



11. Heft | 28. Mai 1908

WILLEM HUBERT VLIËGEN · DIE BEDEUTUNG DES HOLLÄNDISCHEN PARTEITAGS 1908

VON unserer holländischen Sozialdemokratie bekommen die Leser der deutschen sozialdemokratischen Tageblätter nicht viel Gutes zu hören. Als vor zwei Jahren in Utrecht der Gruppe in der Partei, die alle deutschen Meinungsverschiedenheiten ohne jeden Grund nachahmen wollte und gegen gewisse führende Parteigenossen wahre Verfolgungen in Szene gesetzt hatte, ein lautes Halt zugerufen wurde, da haben die nämlichen Parteigenossen sich den Namen *Marxisten* angeeignet, und da war natürlich der Name *Revisionisten* für ihre *Gegner* gegeben. Seitdem wird ihr Ausland fleissig kolportiert, die holländische Sozialdemokratie sei antimarxistisch, sie habe den Klassenstandpunkt und noch eine Anzahl anderer Standpunkte verlassen und stecke vollkommen im Sumpfe des *Opportunismus*.

Was geschieht denn nun so Schreckliches in unserem Ländchen? Wieviel Sozialdemokraten sind schon bei uns Minister? Wieviel sozialdemokratische Vizepräsidenten haben bereits am Hofe ihre revisionistischen Waden gezeigt? Welche fürchterlichen Kompromisse hat die Partei unter revisionistischer Führung schon abgeschlossen? Ich wage es fast nicht sie alle aufzuzählen. Es ist unglaublich: Alle diese Dinge sind in Holland vollständig unbekannt. Aber in der *Leipziger Volkszeitung* vom 18. April 1908 lesen wir in einer holländischen Korrespondenz:

»Die niederländische Sozialdemokratie bot im vergangenen Jahre ein Bild des Opportunismus und der Prinzipienverachtung, wie man es in marxistischen Kreisen kaum besser wünschen konnte.«

Unwillkürlich liest man den Satz noch einmal. Doch es steht da: »wie man es in marxistischen Kreisen kaum besser wünschen konnte«. Also man wünscht in marxistischen Kreisen den »Opportunismus« und die »Prinzipienverachtung«? Irrt der Korrespondent sich nicht? Nein, er ist immun gegen jeden Irrtum: ist er doch *Marxist*. Er irrt sich wirklich nicht. In holländischen marxistischen Kreisen wünscht man konstatieren zu können, dass die Partei *opportunistisch* und *prinzipienlos* ist. Und dass der Wunsch ein fruchtbarer Vater ist, ist wohl bekannt. Und darum konstatiert man. Wie man das tut? Nur ein einziges Beispiel. In der selben Korrespondenz der

Leipziger Volkszeitung lesen wir über die Aktion unserer holländischen Partei: »Bei den Wahlen im Sommer des vorigen Jahres, als die Gemeinderäte sowie die Provinzialstaaten zum Drittel erneut wurden, bildete die Partei den äussersten Flügel eines liberalen Blocks . . .«

Da haben wir's! Es wird deutschen Lesern vielleicht etwas sonderbar in den Ohren klingen, wenn ich ihnen erzähle, dass diese Mitteilung, die da schwarz auf weiss steht, rund heraus gesagt, erfunden ist. Hält die *Leipziger Volkszeitung* ihre Leser denn einfach zum besten? Ich weiss es nicht, aber diese Mitteilung ist von A bis Z aus den Fingern gesogen. Auch nicht der kleinste Kompromiss ist abgeschlossen worden. Das erkennt man am deutlichsten, wenn ich mitteile, dass alle 15 Provinzialstaatenmandate, die die Partei eroberte, ohne eine einzige Ausnahme den Liberalen abgenommen wurden. Nirgends im ganzen Lande hat auch nur eine Unterredung mit den Liberalen stattgefunden. Und doch ein Block . . . Ja, der Wunsch ist ein fruchtbarer Vater, sagte ich oben; die Phantasie ist aber eine noch fruchtbarere Mutter. Noch ein Beispiel dafür, wie man die deutschen Parteigenossen über unsere Verhältnisse unterrichtet. In der gleichen Korrespondenz wird vom Rotterdamer Ortskartell gesprochen, wo »ein gewisser Spiekman, bürgerlicher Journalist, aber zugleich Gewerkschaftsführer, obgleich er kein Mitglied einer Gewerkschaft ist, und Mitglied des Parteivorstandes, die führende Stellung inne hat . . .« Dieser »gewisse Spiekman« war einer der 12 Unterzeichner des Manifestes, mit dem im Jahre 1894 unsere Partei gegründet wurde. In den Jahren 1899 und 1900 war er Parteivorsitzender. Er eroberte den ersten Sitz für die Sozialdemokratie im Rotterdamer Gemeinderat. Seit Jahren ist er Mitglied des Parteivorstandes. Er ist unbestritten der Führer unserer Partei und der Arbeiterorganisation in Rotterdam, einer Stadt von mehr als 400 000 Einwohnern: » . . . ein gewisser Spiekman . . .«

Alles, was man den deutschen Genossen im *Vorwärts*, in der *Leipziger Volkszeitung* usw. über unsere Partei erzählt, ist der hellste Unsinn. Die niederländische Sozialdemokratie tut bescheiden aber kräftig ihre Pflicht. Die ganze *marxistische* Agitation und Opposition ist nichts als künstlich angelegtes Feuer, in dem man den Mangel an Brennstoff durch kräftiges Blasen zu verdecken sucht. Weil es in ihren Kram passt, hat man uns und den deutschen Parteigenossen vorgeredet, wie schrecklich schlecht es unserer Partei geht. Und weil das mit den Tatsachen in Widerspruch steht, müssen natürlich Redensarten erhalten. Die erwähnte Korrespondenz tut es nur unseren *Marxisten* nach.

Die Mitgliederzahl unserer Partei ist 1907 von 7471 auf 8443 gestiegen. Dies ist mit einer Ausnahme die stärkste Zunahme, die je ein Jahr brachte. Man hat nun alles versucht, um diesen Erfolg zu verkleinern. Man hat behauptet, dass der Erfolg nur dem Lande zuzuschreiben sei, was widerlegt wurde. In Rotterdam stieg die Mitgliederzahl um $22\frac{1}{2}$ %, im Haag um 13 %; nur in Amsterdam, das teilweise unter *marxistischer* Führung steht, zeigte sich fast ein Stillstand. Auch tut man so, als ob die *Marxisten* die Städte und Industriezentren, die Revisionisten das platte Land vertreten. Auch das ist durch die Tatsachen widerlegt. In keiner einzigen grossstädtischen Parteiorganisation haben die *Marxisten* eine starke Mehrheit. Nur eine von den 7 Amsterdamer Sektionen hatte auf dem jüngsten Parteitag in Arnheim eine *marxistische* Delegation. In Rotterdam und im Haag sind sie eine ver-

schwindende Minderheit. Auch die Fabrikarbeitersektion Enschede, ausser Amsterdam die grösste der Partei, gab mit allen Stimmen ein für die Parteileitung günstiges Mandat. Ungefähr alle Fabrikstädte waren durch Revisionisten vertreten.

Nicht viel besser stand es mit den Dingen, die man auf dem Parteitag gegen die führenden Organe der Partei vorzubringen hatte.¹⁾ Und doch versuchte man einen Sturmangriff. Frau Roland Holst, die es diesmal von allen am ärgsten machte, schrieb, die ganze Partei wäre von antisozialistischen Tendenzen durchzogen. Beweise blieben natürlich aus, und als sie auf dem Parteitag solche zusammenzubringen versuchte, machte sie sich lächerlich. Jedermann wird auch begreifen, dass sich eine ernsthafte, wachsende Opposition zeigen würde, wenn unsere Partei wirklich auf falschem Wege wäre. Man hat aber zugeben müssen, dass der diesjährige Sturmangriff auf die führenden Parteiorgane jedes ernsthaften Grundes entbehrte. Doch hatte in den letzten Monaten vornehmlich ein in Amsterdam unter der Redaktion der Genossen Wijnkoop, van Ravesteijn und Ceton erscheinendes Blatt *De Tribune* alle Schranken überschreitende Angriffe auf die Parteiorgane veröffentlicht, wozu noch *Kritiken* auf alles und jedes kamen. Erscheint hier eine Broschüre von einem Revisionisten, dann sind die schlimmsten Qualifikationen nicht schlimm genug, um die Untauglichkeit, die Prinzipienlosigkeit, die Unwissenschaftlichkeit dieser Publikationen zu beweisen. Ein Beispiel dieses vollständigen Mangels an Takt und Gefühl sei hier angeführt. Anfang dieses Jahres trat ein Franziskaner, Pater Coelestinus, mit seinem bürgerlichen Namen H. J. van Vorst, ein im katholischen Süden bekannter Prediger, zur Partei über. In einer Polemik, in die dieser Genosse über die Frage gezogen wurde, ob ein Katholik Anhänger der Sozialdemokratie und besonders der Sozialisierung der Produktionsmittel sein könne, schrieb er einige abfällige Worte über den Materialismus, wie er ihn verstand, und legte dabei den Marxschen Materialismus nicht ganz richtig aus. Da fällt das ganze *marxistische* Ketzengericht über ihn her und zerfleischt den armen Kerl, der dabei das Empfinden gehabt haben muss, er wäre aus der einen Kirche als Ketzer weggelaufen, um in einer andern als solcher auf den Scheiterhaufen geschleppt zu werden.

Unser Parteiorgan *Het Volk* hat kurz vor dem Parteitag einmal in einer Artikelserie mit diesen Herren und Damen Abrechnung gehalten und natürlich dadurch Ärger bei diesen Genossen erweckt. Auf dem Parteitag ward daher gegen die Redaktion schweres Geschütz aufgeföhren. Trotz der stundenlangen Reden verschiedener *marxistischer* Genossen, darunter van der Goes und Henriette Roland Holst, wurde nach meiner Verteidigung der Redaktion mit 204 gegen 86 Stimmen, also fast Dreiviertelmehrheit, ihre kollektive Form beibehalten. Auch eine Anzahl Revisionisten stimmte für eine Formänderung, was die Opposition um mindestens 20 Stimmen vermehrte, von Delegierten, die sonst vollständig auf der Seite der Parteileitung standen. Als am folgenden Tage die Debatte weitergeföhrt wurde und auch die Kammerfraktion auf die Angriffe geantwortet hatte, kam nicht einmal ein Antrag, um etwas zu bedauern oder zu rügen. Die Debatte erlosch wie eine Nachtkerze. Bei einer grossen Anzahl von Delegierten herrschte natürlich grosse Missstimmung

¹⁾ Über diesen Parteitag ist bereits in der Rubrik *Sozialistische Bewegung* der Rundschau in den *Sozialistischen Monatsheften*; 1908, 1. Band, pag. 572 ff., referiert worden.

darüber, das mehr als die Hälfte der Parteitagszeit an einer so inhaltslosen Debatte verschwendet wurde.

Wenn diese Dinge nicht vorhanden gewesen wären, so hätte dieser Parteitag die glänzendste Propaganda abgeben können. Die politischen Verhältnisse haben sich geändert. Das liberale Ministerium de Meester ist gestürzt, gestürzt durch die militaristischen Parteien einerseits die Sozialdemokratie und einen Teil der Freisinnig-Demokraten andererseits, die Regierung ist in den Händen der Rechten, der Konservativen; die Verfassungsrevision ist eingestellt. Es wird alle Machtentfaltung der Arbeiterklasse notwendig sein, um eine lange reaktionäre Periode zu verhindern. Die Wahlrechtsbewegung erfordert alle Kräfte; denn dem niederländischen Proletariat ist die Eroberung des allgemeinen Wahlrechts sehr nahe, wenn es dafür sorgt, den bürgerlichen Parteien weder Rast noch Ruhe zu lassen. Die *Liberale Union*, mit 24 Mitgliedern der Kammer die stärkste Fraktion der liberalen Partei, hat sich unlängst für das allgemeine Wahlrecht ausgesprochen, die Freisinnig-Demokraten sind stets dessen Anhänger gewesen, in der katholischen Partei ist eine sehr starke Strömung dafür. Jetzt heisst es anpacken und festhalten. Und gerade in der Wahlrechtsbewegung hatte der Parteitag ein sehr erfreuliches Ereignis zu verzeichnen. Der *Verband der niederländischen Gewerkschaften*, der jetzt gegen 35 000 Mitglieder zählt, hatte sich gerade einstimmig dafür ausgesprochen an der Wahlrechtsbewegung teilzunehmen, falls das jetzige Wahlrechtskomitee sich auflösen und die Führung der Bewegung an die sozialdemokratische Arbeiterpartei übergehen würde. Für letzteres waren schon wiederholt Stimmen laut geworden. Für unsere Wahlrechtsagitation war also ein wichtiges Moment gegeben. Die Resolution des Parteivorstandes, die den Kampf für das allgemeine Wahlrecht beschloss, und eine zweite, die auch das Frauenwahlrecht verlangt, wurde einstimmig angenommen.

Die Annäherung der Gewerkschaftsbewegung an die sozialistische Partei ist für Holland, wo noch vor wenigen Jahren das Verhältnis zwischen der Partei und der Mehrheit der Gewerkschaften sehr gespannt war, ein höchst erfreuliches Ereignis. Darum musste es um so mehr erbittern, dass gerade jetzt Frau Roland Holst auch die Gewerkschaften anzugreifen beliebte und ihnen antisozialistische Tendenzen vorwarf. Einen unglücklicheren Moment hätte sie dafür gar nicht wählen können. Immerhin war es für die *Marxisten* noch ein Glück, dass der Parteitag die hässlichen Beleidigungen noch nicht kannte, die in der *Leipziger Volkszeitung* vom 18. April gegen die sehr geschickte und begabte Leitung der niederländischen Gewerkschaftszentrale erhoben worden waren, weil die holländischen Gewerkschaftsführer die reichen Erfahrungen der deutschen nach Kräften ausnutzen.

Was die anderen Verhandlungsgegenstände des Parteitags anlangt, so sei die Frage der Frauenarbeit genannt, ein Punkt von grosser prinzipieller Bedeutung. Doch ist diese Materie, bei der mancherlei interessante Gesichtspunkte in Frage kommen, wichtig genug, um später einmal in einem besonderen Artikel behandelt zu werden. Der Parteitag hat auch keinen bestimmten Beschluss gefasst sondern sich dafür entschieden die Frage noch ein Jahr lang näher untersuchen zu lassen, um dann erst dazu Stellung zu nehmen. Ein paar Stunden des Parteitags waren dem Unfallversicherungsgesetz gewidmet, das augenblicklich seitens der Unternehmer heftig angegriffen wird. Der Par-

teitag nahm Referate der Genossen Duijs, eines Beamten der Reichsversicherungsbank, und Spiekman entgegen und beschloss dann sich mit der grössten Energie gegen die Pläne der Unternehmer zur Wehr zu setzten.

Das war, von einigen organisatorischen Angelegenheiten abgesehen, die Arbeit des Parteitags 1908. Welche Folgen der Parteitag haben wird, kann man jetzt noch nicht mit Bestimmtheit sagen. Der erste Eindruck musste der sein, dass die Situation schlimmer, die gegenseitige Verbitterung grösser denn je geworden ist. Dem gegenüber steht aber der fast allgemeine Eindruck, dass alles, was die *Marxisten* diesmal gegen die führenden Organe und gegen die Partei selbst angeführt haben, so sehr jeder Sachlichkeit und jedes Ernstes entbehrte, dass auch in ihren eigenen Reihen die Einsicht bald einkehren muss, dass sie auf dem Holzwege sind. Dazu kommt, dass der neue Schwung, der in die Wahlrechtsbewegung gebracht ist, auf die Ausgleichung der inneren Gegensätze günstig einwirken wird. Meinte doch einer der Parteiführer der *Marxisten* selber, dass das der einzige Punkt wäre, wo alle Sozialisten mit voller Kraft zusammenhalten könnten. So ist die Hoffnung nicht aufzugeben, dass auch die *Marxisten* Vernunft annehmen und an das alte holländische Sprichwort denken werden: »Wer seine Nase verunstaltet, verunstaltet sein Gesicht.«

XX

MAX SCHIPPEL · LANDTAGSWAHLEN UND PARTEIEN IN PREUSSEN



EINE der alten Parteien Preussens ist zu lebhafterem Interesse an einer gründlichen Wahlrechtsumgestaltung anzustacheln gewesen. Das stellt sich, wie wohl niemand bestreiten wird, als das Endergebnis der ganzen schläfrigen bürgerlichen Landtagswahlbewegung heraus. Unser Druck von aussen her, durch Presse, Versammlungen und Demonstrationen, vermochte, wie sich schon vorher erkennen liess, gegen den vereinigten Trägheitswiderstand der Regierung und der Parteien zunächst nichts auszurichten. Etwas Greifbares als Wahlbundesgenossen zu bieten waren wir, bei der allseitigen unüberwindlichen Abneigung gegen den Blockfreisinn in unseren Reihen, erst recht nicht in der Lage. Der ganze Aufmarsch der bürgerlichen Parteien hat sich unter diesen Umständen lediglich nach den kleinlichsten Fraktionsberechnungen, ohne jede aufrüttelnde, richtunggebende und durchschlagende Wirkung des Wahlrechtsproblems vollzogen. Das ist bedauerlich, aber die Konstellationen eines Wahlkampfes lassen sich nun einmal nicht nach Belieben künstlich erzeugen, und die Erfahrungen der letzten Monate liessen kaum einen anderen Verlauf erwarten.

Der Kontrast gegen früher, als in der deutschen Sozialdemokratie die ersten Erörterungen über die Landtagswahlbeteiligung begannen, ist allerdings ein aussergewöhnlich scharfer. Damals, vor der Mitte der neunziger Jahre, erwog man bei uns in voller Ruhe sogar die einfache, von Mandats- und Stimmgegenleistungen ganz unabhängige Stimmabgabe für die bürgerliche Linke, soweit sie für bestimmte nächstliegende Fortschritte einzutreten und bestimmte drohende Rückschritte abzuwehren versprach. Die tiefe und langanhaltende Erregung über den Zedlitzschen Schulgesetzentwurf hatte diesem Gedanken, bis hinüber zu unseren vermeintlich Radikalsten, manchen angesehenen und eif-

rigen Anhänger verschafft. Man wollte durch ein erstmaliges Wahleingreifen den drückenden Ring der konservativ-klerikalen Herrschaft in Schule und Kirche wie mit einem kecken Handstreich auseinandersprenge und damit zugleich die ganze Dreiklassenwahl derart *ad absurdum* führen, dass die Regierung selber einen Ausweg aus der bösen Sackgasse, eine Änderung des Wahlsystems suchen müsse, auf dem es sich bisher so bequem geruht hatte, und das nun mit einem Male recht verblüffende Nücken und Tücken enthüllen sollte. Ich halte diesen Gedanken selbst heute noch keineswegs für den schlechtesten. Aber den notwendigen allgemeineren Anklang kann er selbstverständlich nur unter besonderen, nicht willkürlich und jederzeit zu schaffenden Voraussetzungen finden. Nur dann nämlich, wenn grosse, breite Wählermassen eine ernste Gefahr drohend nahegerückt sehen und deren Vernichtung und Beseitigung für viel wichtiger halten als die beliebten gegenseitigen Fraktionsanklagen und die üblichen Aufklärungen über ziemlich fernliegende und unsichere Zukunftsziele. Angesichts der geplanten Auslieferung der staatlichen und kommunalen Volksschule an die katholische und protestantische Klerisei, dann nochmals während des Entrüstungssturmes gegen den Reckeschen Vereinsgesetzentwurf und später noch dann und wann bei ähnlichen Gelegenheiten hätte sich zweifellos eine ähnliche Wahltaktik nicht bloss denken sondern selbst den meisten noch Widerstrebenden plausibel machen lassen. Heute ist damit gründlich aufgeräumt. Selbst wenn heute wieder ein entsprechender tatsächlicher Zündstoff vorläge wie damals, so würden die preussischen Arbeiter doch nirgends eine bürgerliche Linke sehen wollen, der man auch nur das geringste Vertrauen entgegenbringen könnte. Umgekehrt hat natürlich diese wachsende Entfremdung und Erbitterung zwischen der bürgerlichen Linken und der Sozialdemokratie das Anlehnungsbedürfnis des Freisinns nach rechts verstärkt und auch dort die Verkünder des Bundes aller freiheitlichen Elemente zu einsamen Predigern in einer menschenleeren Wüste gemacht. Damit haben sich die Aussichten der preussischen Wahlrechtsentwicklung, soweit diese von Verschiebungen in der parlamentarischen Parteigruppierung abhängt, überaus ungünstig gestaltet.

Die Haltung der *Freisinnigen Volkspartei*, in die ja sehr bald die *Freisinnige Vereinigung* aufgegangen sein wird, kennzeichnet Dr. Barth in seiner letzten Flugschrift ganz richtig:

»Die preussischen Landtagswahlen stehen vor der Tür. Man hat bisher selbst in den Kreisen der *Freisinnigen Volkspartei* wenigstens die Fiktion aufrecht erhalten, als ob dabei die Forderung der Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preussen den sachlichen Mittelpunkt der Wahlbewegung für die Freisinnigen bilden werde. Wer kann im Ernst heute daran noch glauben? Es ist ein offenes Geheimnis, dass die Führer der *Freisinnigen Volkspartei* für diese Programmforderung nur ein sehr platonisches Interesse empfinden; aber andere haben sie ernst genommen und nehmen sie heute noch ernst. Wie will man jedoch das Vertrauen in die Aufrichtigkeit dieser Bestrebungen erwecken, wenn man nach dem Payerschen Rezept verfährt und als die oberste Richtschnur des politischen Verhaltens der gesamten freisinnigen Fraktionsgemeinschaft das Prinzip aufstellt, dass den verbündeten Regierungen weder ein Grund noch ein Vorwand gegeben werden dürfe die Freisinnigen aus dem Bülowblock auszuschalten. Werden die Gegner der Landtagswahlreform in Preussen angesichts dieser Payerschen Erklärung die agitatorischen Bemühungen der Freisinnigen in der Wahlrechtsfrage nicht mit vollem Recht als Schaumschlagerei ansehen? Wie kann man an die Aufrichtigkeit der freisinnigen Wahlrechtsagitation glauben, nachdem eben erst die feierliche Versicherung abgegeben ist, dass man mit Agrariern, Antisemiten und Nationalliberalen,

also den entschiedensten Gegnern der Übertragung des Reichstagswahlrechts in Preussen, weiter kooperieren wolle, um Zentrum und Sozialdemokratie, das heisst die Parteien, die für jene Übertragung eintreten, zu bekämpfen? Die Unaufrichtigkeit dieser Situation springt in die Augen, und deshalb erscheint es ganz ausgeschlossen, dass der Blockfreisinn bei den bevorstehenden Landtagswahlen einen Kampf um eine Landtagwahlreform führen wird, der mehr bedeutet als ein blosses Schauffechten. Den alten, ererbten Paradedegen wird man ziehen, aber nicht um gegen die Reaktion einen tüchtigen Streich zu führen sondern um schliesslich vor ihr zu salutieren.¹⁾

Die Nationalliberalen, mit denen in erster Linie der Freisinn Wahlbündnisse abzuschliessen sucht, »verwerfen« in ihrem Berliner Wahlflugblatt ausdrücklich »im Gegensatz zur freisinnigen Partei die Übertragung des Reichstagswahlrechtes mit seinem gleichen Wahlrecht auf Preussen Wir wollen nicht, dass der Mittelstand künftig überhaupt keinen Einfluss auf das Wahlergebnis hat, wir wollen nicht, dass Moabit auch im Landtage durch einen Sozialdemokraten vertreten wird.« 1867 schrieb diese Partei bekanntlich dem »nächsten Landtage« die Aufgabe zu das überlebte beschränkte Klassenswahlrecht zu verlassen und den »Übergang zum allgemeinen Stimmrecht« vorzubereiten. Heute erstrebt die Partei nur noch eine stärkere Zuweisung von Landtagssitzen an die industriellen und städtischen Kreise, die Beseitigung der öffentlichen und indirekten Stimmabgabe und einen Ersatz der Bevorzugung in der ersten und zweiten Wählerklasse durch eine Art Pluralstimmrecht aller derer, die, wie man annehmen darf, im Durchschnitt gut nationalliberal wählen. Ein richtiges *juste milieu*-Programm, nicht ohne Aussicht auf Unterstützung aus Regierungskreisen; aber bei Nationalliberalen wird man froh sein müssen, wenn sie unter dem beginnenden Drucke der Konservativen selbst von diesem bescheidenen Standpunkt nicht nochmals weit zurückweichen.

Das Aufreizendste jedoch ist die Haltung des Zentrums. Diese Partei setzt offenbar bei ihren Wählermassen eine derartige Urteilslosigkeit voraus, dass ihr nachgerade jede noch so plötzliche Frontveränderung möglich scheint. Sie glaubt noch nicht einmal wie der Blockfreisinn hier und da eine Bezirksvereinsopposition fürchten zu müssen, wenn sie, eben noch über die gouvernementale Nachgiebigkeit des Freisinns drei Kreuze schlagend, den Abmarsch nach der äussersten Rechten einleitet und mit der grössten Skrupellosigkeit bis zu den letzten Schritten durchführt. Und immer ist es nur das engste augenblickliche Fraktionsinteresse, niemals ein grosses dauerndes politisches Interesse, nach dem sie ihre geduldigen Schutzbefohlenen bald nach links zur Opposition bald nach rechts zur Reaktion hindirigiert. Mit erstaunlicher Offenherzigkeit begründete kürzlich Herr Erzberger im *Tag* vom 13. Mai die von oben herab empfohlene Wahltaktik, das heisst die Unterstützung und Verstärkung der preussischen Stockkonservativen — denn selbst die Freikonservativen sind diesen seltsamen Vorkämpfern einer »ehrlichen, gesunden Demokratie« zu sehr liberal angekränkt und blockverbündet —:

»Es muss im Zentrum das stärkste Misstrauen gegen die Freisinnigen Platz greifen; denn man sagt sich, dass man nur den politischen Kuhhandel und die politischen Gewinne des Freisinns erhöhen würde, wenn man diese Gruppe stärken wollte; dafür liegt aber für die Zentrumswählerschaft gar keine Veranlassung vor, und sie hat in einer grossen Anzahl von Kreisen Gelegenheit, dies zu verhindern. Der Liberalismus hat offen den Kampf gegen Konservative und Zentrum als Ziel der Wahlbewegung bezeichnet, was die Situation klärt. Es ist ganz naturgemäss, dass die beiden Bedrohten dementsprechend ihre Taktik einrichten, und dass vom

¹⁾ Vergl. Theodor Barth *Der Freisinn im Block* (Berlin 1908), pag. 23 ff.

Zentrumsstandpunkt aus — abgesehen von den Wahlbündnissen mit den Polen — die Konservativen überall das *kleinere Übel* und daher nach der bewährten Windthorst'schen Taktik zu unterstützen sind. Dies auszusprechen fällt mir schwer, da ich in den meisten politischen und vielen sozialpolitischen Fragen den Konservativen so fern stehe wie nur denkbar, da ich hundertmal lieber mit einer ehrlichen, gesunden Demokratie gehen würde. Aber nach den jüngsten Erfahrungen im Reichstag findet man diese auf der bürgerlichen Linken nicht mehr. Da aber der Liberalismus der christlich-konservativen (nicht in parteipolitischen Sinne) Weltanschauung den Kampf aufs neue angesagt, da Herr Abgeordneter Kopsch gar einen *Kulturblock* gegen Zentrum und Konservative ins Leben rufen will, ist die Stellung eines Zentrumswählers [!] von selbst gegeben. Die Situation ist heute so geklärt wie nie zuvor; die Orientierung wesentlich erleichtert. Ebenso klar ist, dass diese Unterstützung nicht für die Freikonservativen in betracht kommt, da sie in der Frage der Weltanschauung überhaupt nicht wissen, was sie wollen, und *volle Freiheit* lassen; sie sind auf diesem Gebiete das *Treibholz* der Regierung. Der Ausfall der Wahlen ist nach diesem Aufmarsch nicht mehr ungewiss; das liberale Kampfesziel wird nicht erreicht werden.

Gewiss, wenn die hehre, die Rechte und das Zentrum einigende christlich-konservative Weltanschauung in den Vordergrund rückt, wo bleibt da in der Wahlkampf-führung noch Raum für das kümmerliche, trennende Wahlrechtsproblem, bei dem sich alles auf die Zurückdrängung eben der selben preussischen Rechten zuspitzt! Aber der Segen des Himmels ruht sichtlich auf einem solchen prinzipientreuen Zentrum. Denn während andere Parteien nicht selten um ihrer hochgehaltenen Grundauffassungen willen reale politische Erfolge in der Gegenwart sich entschlüpfen lassen müssen, deckt hier die ideale Flagge stets die profitabelste Fraktionshandelsware. Die Weltanschauung, um die es sich hierbei dreht, harmoniert jederzeit in trefflichster Weise mit der simplen hausbackenen Fraktionsberechnung, dass das Zentrum sich niemals vom »Kuhhandel« ausschalten lassen dürfe, von dem selben Kuhhandel, den man bei Liberalen als charakterloses Strebertum verurteilt. »So ergibt sich von selbst die Scheidung der Geister«, fährt Herr Erzberger in seinen Offenherzigkeiten fort:

»Zur Zertrümmerung der *konservativ-klerikalen Mehrheit* muss der Liberalismus einschliesslich der Freikonservativen rund 40 Mandate erobern; da Konservative und Zentrum diesen Verlust erleiden sollen, ergibt sich für den bevorstehenden Wahlkampf von selbst die *Waffenbrüderschaft* der Abwehr, und das trotz aller Gegensätze in der Reichspolitik und in Fragen der Landespolitik. Auch die Wahlrechtsfrage ändert an dieser Konstellation nichts.«

Es lohnt nicht heute die Frage aufzuwerfen, ob diese ganze Parteikonstellation in Preussen so kommen musste wie sie nunmehr an der Schwelle der Wahlen als vollendete, unabänderliche Tatsache vor uns steht. Jedenfalls ist sie, mehr noch als im Reich, für unsere nächsten politischen Forderungen und Wahlerfolge in Preussen wesentlich unvorteilhafter als man das noch vor Jahresfrist voraussehen konnte. Es ist uns nicht gelungen Bundesgenossen zu finden und dadurch vielleicht zu einem ersten festen, wenn auch kleinen Kern entschieden wahlformfreundlicher Abgeordneter, auch in der bürgerlichen Linken, zu gelangen. Die ganz unter sich gebliebenen bürgerlichen Fraktionen haben aus sich selber heraus, wie zu erwarten, nichts für eine Zusammenfassung der vorwärtsdrängenden Kräfte getan, und sie werden nach dem ganzen Gang der Wahlbewegung zu urteilen kaum im stande sein für irgend welche Wahlrechtsumgestaltung in irgend einer bestimmten Richtung eine geschlossene Initiative zu entfalten. Alles wird hier, im innerparlamentarischen Getriebe,

nach wie vor von der Regierung abhängen, die doch wenigstens noch einen einheitlichen Willen zu entwickeln vermag. Die wirklichen Entscheidungen jedoch werden, wenn der 3. und der 16. Juni vorüber sind, abermals nach aussen, in die Agitationen unserer Presse und Organisationen verlegt sein.

Oder sollte uns das Dreiklassenwahlssystem in seiner Unberechenbarkeit auch einmal angenehme Überraschungen bereiten?

XX

EDUARD BERNSTEIN · KLASSENPOLITIK UND GEFÜHLSPOLITIK



IR stehen nunmehr inmitten des Wahlkampfes zum preussischen Abgeordnetenhaus. Doch ist von einer richtigen Kampf Stimmung noch wenig zu merken. Vielleicht ändert sich das noch in der letzten Woche. Das Dreiklassenwahlssystem ist auch darum verwerflich, weil es an die Stelle eines frischfröhlichen Kampfes der Geister den Schacher um Mandate setzt. Den Wählern aus der breiten Volksmasse wird das Wählen gründlich verekelt, damit, wo nicht der Landrat die Wahlen *macht*, die handvoll Wähler der anderen Klassen sich möglichst ohne Anstrengung ihres Hirns in die Mandate teilen können. Und dieser *Teilungsprozess* ist natürlich durch die Blockschöpfung noch gefördert worden. Mandatsschacher begegnet uns auf Schritt und Tritt, fast durchgängig diktiert von dem Wunsch einem rechten Wahlkampf aus dem Wege zu gehen, den Wahlausgang zu einer im voraus erledigten Sache zu machen.

Kein Wunder, wenn sich unter solchen Umständen die rechte Kampf Stimmung selbst in der Arbeiterschaft nur langsam einstellt. Jeder Kampf braucht ein bestimmtes unmittelbares Ziel, mag es *Etappe* oder *Endziel* sein. Beim Wahlkampf heisst es Zählung der Kräfte und Einwirkung auf die Zusammensetzung des in Frage kommenden Vertretungskörpers. Für die Klasse der Arbeiter und Abhängigen ist jedoch durch die Vorschrift der öffentlichen Stimmabgabe und die geschilderte Beschlagnahme der Mandate von seiten der privilegierten Wähler beides im höchsten Grade eingengt. Die Begeisterung, wie sie der Reichstagswahlkampf fast von selbst hervorruft, ist unter diesen Umständen von vornherein beeinträchtigt. Der so viel schwerere Kampf geht um ein viel weniger augenfälliges Objekt und bedarf daher viel stärkerer Anfeuerung. Bei der jetzigen Wahl ist das um so mehr der Fall als der ungünstige Geschäftsgang den Prozentsatz der Abhängigen noch erheblich vermehrt hat. Jeder Erfolg, jede auch nur mässige Vermehrung der Stimmen gegen 1903 wird daher diesmal um so höher anzuschlagen sein. Das bleibt indes vorerst eine bloss theoretische Wertung, während die Aufgaben der Zeit danach drängen die sozialdemokratischen Stimmen praktisch zur möglichsten Geltung zu bringen.

Unter dem Dreiklassenwahlssystem kann die Partei, die ihre Wähler im grossen und ganzen nur in der dritten Klasse findet, nur in der Masse direkt auf die Gesetzgebung einwirken, als sie die Gegensätze zwischen den Parteien der anderen Klassen ihren Zwecken dienstbar zu machen versteht. Dass solche Gegensätze bestehen, bedarf nicht erst einer langen Auseinandersetzung. Wenn sie gegenüber dem Kampf, den alle jene Parteien heute mit der Sozialdemokratie führen, mehr oder weniger leicht ins Gewicht fallen, so sind sie darum

doch da und streben immer wieder dahin sich geltend zu machen. Es liegt auch gar nicht in unserm Interesse, dass dieses Spiel aufhört oder sich über das Mass hinaus abschwächt, von dem man begründetermassen sagen kann, dass es durch die Existenz der Sozialdemokratie unvermeidlich vorgeschrieben ist. Ein Punkt, bei dem manche unter uns die Unterschiede gar zu gering einschätzen, wie sie die Dinge, die von der Gesetzgebung entschieden werden, etwas gar zu leicht nehmen. Man braucht nur den Verhandlungen über die Wahlrechtsänderung im sächsischen Landtag zu folgen, um sich zu überzeugen, wie wenig es für die Sozialdemokratie gleichgültig ist, welches die Zusammensetzung des nächsten preussischen Abgeordnetenhauses sein wird. Sie zeigen uns, wie grosse Meinungsverschiedenheiten in der Bemessung der Weite und Formen des Wahlrechts unter den bürgerlichen Parteien selbst dort noch möglich sind, wo man überzeugt ist, dass das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht der Sozialdemokratie die Mehrheit im Landtag verschaffen würde. In Preussen, wo es einstweilen damit noch nicht brennt, wir aber grössere Verhältnisse haben, haben die Meinungsverschiedenheiten um so grösseren Spielraum, und um so mehr stehen wir vor der Aufgabe, die Klassenpolitik der Sozialdemokratie nicht durch gefühlspolitische Regungen bei der Wahl beeinträchtigen zu lassen.

Erfahrungsgemäss und aus leicht zu verstehenden Gründen pflegen Parteien sich um so leichter in die Haare zu geraten, pflegt auch der Kampf zwischen ihnen ein um so persönlicherer zu werden, je näher sie einander stehen. Die Nachbarschaft lässt die kleinlicheren Momente mehr in den Vordergrund treten und verursacht Reibungen und Gehässigkeiten, die in dem Masse in Wegfall kommen, wie der Berührungspunkte weniger werden. Dazu kommt, dass Nachbarparteien sich die am meisten störende Konkurrenz machen und bei jeder von beiden die Vorstellung erwächst, dass es für sie und die allgemeine Sachlage am besten sein würde, wenn dies störende Element nicht da oder zu völliger Impotenz verurteilt wäre. Sie wird auch gewöhnlich ein Stück Wahrheit enthalten. Aber doch immer nur ein Stück. Denn Parteien sind keine Zufälligkeiten, sondern haben in bestimmten politischen Zuständen und sozialen Differenzierungen ihren Nährboden, und Nachbarparteien machen sich nicht nur Konkurrenz, sondern führen auch in bestimmten Grenzen gemeinsam Kampf gegen Dritte. Andernfalls sie keine Nachbarparteien wären.

Welche Gefühlsregungen die Nachbarschaft von Freisinn und Sozialdemokratie bei beiden Parteien hervorgerufen hat, ist bekannt. Bekannt ist auch, dass die Sozialdemokratie ziemlich ausnahmslos durch sie das politische Urteil sich bisher nicht hat trüben lassen. Fast stets hat sie vielmehr dort, wo es von ihr abhing, ob ein Freisinniger oder ein rechtsstehender Politiker gewählt wurde, weder der Stimme des Verdrusses über Gehässigkeiten und Verrätereien noch der Vorstellung Folge gegeben, dass die halben Gegner schlimmer seien als die ganzen, sondern sie hat, um ihre grösseren Gegner zu schwächen, für die Freisinnigen gestimmt. Sie ist dabei nicht schlecht gefahren. Wo der Freisinn solche Unterstützung mit Verräterei beantwortete, hat gewöhnlich er am Ende den Schaden davongetragen. Was demokratisch dachte, fiel von ihm ab und der Sozialdemokratie zu. Ihre stets auf die grossen Interessen der Arbeiterklasse gerichtete und gerade darum konsequent demokratische Politik hat der Sozialdemokratie das Vertrauen aller wirklichen Demokraten gewonnen und

ihr unter anderm immer mehr Anhänger aus solchen Kreisen zugeführt, die der Klassenlage nach dem Grenzgebiet zwischen Freisinn und Sozialdemokratie angehören.

Was hat nun der Eintritt des Freisinns in den Bülowblock an den Voraussetzungen jener Taktik geändert? Es ist notwendig, diese Frage jetzt zu erörtern, weil sie für unser Verhalten zu den Abgeordnetenwahlen von Bedeutung ist.

Parteipolitisch richtet der Bülowblock jetzt seine Spitze in erster Linie gegen die Sozialdemokratie. Sein Kampf gegen das Zentrum galt von Anfang an nur der parlamentarischen Herrschaftsstellung dieser Partei und ist, seitdem dieses Ziel einigermassen erreicht worden ist, völlig abgeflaut. Wenn der Freisinn bisher in neun von zehn Fällen lieber einem Erzreaktionär ins Parlament verhalf als einem Sozialdemokraten, so wird er das als Blockteil fortan in zehn von zehn Fällen tun. Das war als naturgemässe Folge seines Eintritts in den Block vorauszusehen, und die Antworten, die unsere Genossen in Breslau und anderwärts auf ihre Anfragen bezüglich gegenseitiger Unterstützung bei der Landtagswahl von den freisinnigen Wahlkomitees erhalten haben, haben es bis zum Überdruß bestätigt. Auf irgend welche Gegenseitigkeit bei Wahlen und eine sie voraussetzende Wahlkombination ist gegenüber dem Blockfreisinn nicht zu rechnen. Auch im Parlament selbst ist eine qualitative Veränderung des Freisinns mit Notwendigkeit eingetreten. Das Wort *Regierungspartei* hat in Deutschland, wo wir keinen richtigen Parlamentarismus sondern nur dessen Zerrbild haben, keinen genau bestimmten Sinn. Aber es bedeutet jedenfalls erhöhte Geneigtheit zu Zugeständnissen an die Regierung des Tages. Der Freisinn wird sich bei Rüstungen noch bewilligungseifriger zeigen als bisher, und ebenso wird er der Regierung in Steuerfragen ein Stück weiter entgegenkommen und zum guten Ende ihr selbst Verbrauchssteuern bewilligen. Vielleicht wird er sie nur mit dem schmückenden Deckblatt der gleichzeitigen Abschaffung einer unpopulären oder verfehlten Steuer bewilligen. Aber er wird sie bewilligen. Das ergibt sich mit ebenso grosser Notwendigkeit aus seiner Stellung zur jetzigen Regierung wie sein Verhalten in der Frage des Reichsvereinsgesetzes. Am Beispiel dieses letzteren haben wir aber einen Wegweiser, wie wir es jetzt mit unserm Kampf gegen den Freisinn halten sollten.

Das neue Reichsvereinsgesetz hat im Sprachenparagraphen und in den Sätzen über die jugendlichen Personen Bestimmungen, die jeder Sozialdemokrat und selbst jeder bürgerliche Demokrat mit der äussersten Energie bekämpfen musste. Ich halte es auch für durchaus richtig, dass unsere Reichstagsfraktion wegen dieser Bestimmungen das Gesetz ablehnte, obwohl es Belästigungen beseitigt, die keine Partei so heimsuchten wie die Sozialdemokratie. Es verbot sich einfach für uns Erleichterungen um den Preis der Zustimmung zur Verletzung von fundamentalen Rechtsgrundsätzen der Demokratie einzutauschen. Es wäre eine sehr kurzsichtige und enge Auffassung vom Klasseninteresse der Arbeiter gewesen, wenn wir anders gehandelt hätten. Wenn umgekehrt die Freisinnigen für das Gesetz stimmten, so kann man jedoch nicht sagen, dass irgend ein spezifisch bürgerliches Klasseninteresse sie dazu nötigte. Das Bürgertum hat von den Polizeischikanen, die nach dem Gesetz jetzt aufhören sollen, wenig zu spüren bekommen, und für die bürgerlichen Parteien hat die Übertragung der Vereinsgesetzgebung auf das Reich und die damit verbundene Übertragung der

Kontrolle seiner Handhabung auf den Reichstag weit geringeren Wert als für die Sozialdemokratie. Es sind mehr parteitaktische Rücksichten, die der Regierung wie den Blockparteien die Schaffung dieses Gesetzes nahelegten. Die Freisinnigen müssen ihren Wählern, die ja nicht nur Bourgeois sind, etwas zu zeigen haben, um ihre Teilnahme am Block zu rechtfertigen. Darum haben sie es sich angelegen sein lassen auf einigen Verbesserungen der ursprünglichen Vorlage zu bestehen, und darum hat die Regierung ihnen nachgegeben.

Auf diese Weise werden der Block und der Freisinn im Block weiterarbeiten. Für die demokratischen Elemente im Freisinn ist dessen Beitritt zum Block ein empörendes Ereignis gewesen, musste er es sein; uns konnte er nicht ent-rüsten, weil er uns die Mehrheit dieser Partei in keinem neuen Lichte zeigt. Sie hat von den beiden Wegen sich zur Geltung zu bringen, den nach rechts eingeschlagen, aber sie wird und kann nicht aufhören einen gewissen Liberalismus zu markieren. Es wird nach wie vor Interessengegensätze im Block geben, die die Regierung bemüht sein wird auszugleichen. Nicht zum wenigsten wird sich das zeigen, wenn die Änderung des Wahlrechts auf der Tagesordnung stehen wird. Das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht ist dabei ausser Frage. Mit Ausnahme von etwa einem halben Dutzend Leuten ist den Blockfreisinnigen das demokratische Wahlrecht bestenfalls ein theoretisches *Ideal*, das ihnen *zu hoch* steht, um sich seinetwegen in Unkosten zu stürzen. Es geht ihnen mit ihm, wie Faust mit den Sakramenten der Kirche. Sie *ehren* es — aber *ohne Verlangen*. Das heisst indes nicht, dass ihnen jedes Wahlrecht gleich sein wird, wie es die Regierung etwa vorschlagen sollte oder die Konservativen herzustellen suchen werden. Ihre Interessen wie diejenigen liberalen Ideen, die sie nun einmal schlecht oder recht vertreten, nötigen sie zum Kampf wider ein allzu plutokratisches oder gar ständisches Wahlsystem. Es fragt sich also, inwiefern man sie um dieses Umstandes willen nicht doch den Konservativen vorziehen soll. Ich erinnere noch einmal daran, dass als vor zehn Jahren im preussischen Landtag die *lex Recke* auf der Tagesordnung stand, Auer und Bebel sehr energisch dafür eintraten die Freisinnigen bei der Landtagswahl zu unterstützen, ohne von ihnen eine Gegenleistung im Wahlkampf selbst zu verlangen. Sie kannten ihre Pappenheimer so gut, dass sie voraussahen, diese Forderung würde eher noch zu einer Vermehrung als zu einer Verminderung der Machtstellung der Konservativen und ihrer Freunde führen. Viel drastischer als in seinen Kongressreden hat Auer das damals in Briefen an mich entwickelt. Sein Standpunkt war durchaus der des ohne Sentimentalität, das heisst ohne Schwärmererei und ohne jedes zweckwidrige Rachebedürfnis handelnden Politikers der Arbeiterklasse. Er wusste genau, was der Freisinn seiner Natur nach leisten konnte und würde, und richtete danach seine Taktik ein. Die Parole, für die neben Auer und Bebel damals unter anderen auch Gustav Kessler, Carl Legien, Herrmann Molkenbuhr, Max Quarck, Clara Zetkin eintraten,¹⁾ hatte denn auch den Erfolg, dass bei den Wahlen von 1898, wo wir den ersten Versuch einer Beteiligung machten, die Position der Konservativen im Landtag geschwächt

¹⁾ Vergl. darüber das Protokoll des Hamburger Parteitags der deutschen Sozialdemokratie /1897/ sowie die Antworten auf die Umfrage über die Landtagswahlbeteiligung in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1897, pag. 375 ff. und 457 ff.; man wird da manches Interessante und Lehrreiche finden. Zum Beispiel befand sich damals unter denen, die von einer Beteiligung an der Landtagswahl und einer Unterstützung des Freisinns eine Schädigung der Sittenreinheit der Sozialdemokratie befürchteten, auch Herr Maximilian Harden.

wurde. Den negativen Beweis hinsichtlich der Leistungsfähigkeit des Freisinns lieferten die Wahlen von 1903. Damals stellten wir die Gegenseitigkeitsforderung, das Resultat war neues Steigen der Macht der Konservativen.

Nun haben sich seither die Verhältnisse immerhin bedeutend genug geändert, dass es nicht mehr angeht die Parole von 1898 kurzweg zu wiederholen. Im Kreise derer, die heute in der Leitung des Freisinns das grosse Wort führen, gibt es Leute, die weder wie Eugen Richter durch gewisse Traditionen an eine leidlich demokratische Politik gebunden sind noch sonst irgend welche Bürgschaften für sie darbieten, Leute, die nicht durch Grundsätze sondern durch Umstände in ihre Partei gekommen sind, ihrer Denkweise nach aber ebenso gut oder besser bei den Freikonservativen als auf der Linken des Parlaments sässen. Aus diesem Grunde und wegen des ganzen Blockverhältnisses konnte für die Urwahlen keine wesentlich andre Parole ausgegeben werden als sie der Landesausschuss der Sozialdemokratie Preussens am 14. April veröffentlicht hat. Wir müssen jetzt unter den Freisinnigen, zwischen Leuten à la Gothein, Potthoff usw., und Leuten à la Fischbeck differenzieren. Das konnte aber bei den Urwahlen nicht geschehen, ohne den grössten Wirrwar hervorzurufen. Bei den Abgeordnetenwahlen ist es dagegen ohne solche Wirkung möglich, und darum sollte es dort auch geschehen. Nach erfolgter Wahl der Wahlmänner liegen die Machtkonstellationen schon klar vor aller Augen, ebenso ist man alsdann überall betreffs der Natur der gegnerischen Kandidaten im reinen. So falsch es gewesen wäre Freisinnige von vornherein unterschiedslos zu unterstützen, so falsch wird es meines Erachtens später sein die Freisinnskandidaten unterschiedslos zu gunsten von Konservativen fallen zu lassen. Wo sie Garantie bieten, dass sie in der Wahlrechtsfrage ihren Mann stellen werden, da empfiehlt es sich die gegen den Blockfreisinn als Ganzes ubwaltenden Gefühlsregungen zu unterdrücken und für sie zu stimmen. Denn ruhige Prüfung der Sachlage führt zu der Folgerung, dass es für die Arbeiterklasse nicht gleichgültig ist, wie das neue Wahlrecht für den preussischen Landtag aussehen wird.

Es gibt Leute, die da meinen, für den Freisinn gäbe es nur eine Kur, nämlich Durchfall aller seiner Kandidaten. Wenn ihm das einmal passiert sei, werde aus den Ruinen des verrotteten Freisinns ein besserer neuer erstehen. Ich will die möglichen Folgen dieser Eisenbartkur nicht näher untersuchen, sientemalen es gar nicht in unserer Macht steht sie anzustellen. Wir können die Qualität des Liberalismus nur verbessern, indem wir bei ihm Auswahl treffen. Die absolute Enthaltung wäre nicht Klassenpolitik sondern Gefühlspolitik jener Art, die zu allen Zeiten sich als verfehlt erwiesen hat.

XX

KARL LEUTHNER : DER KATHOLIZISMUS ALS KULTURHEMMUNG



ER aus einiger Entfernung den Verlauf der Wahrmond-Affäre in allen ihren teils grotesken teils ungeheuerlichen Entwicklungen und Nachwirkungen verfolgt hat, muss über die Grösse des Anlasses und des Mannes, der den Anlass gab, eine wunderliche Meinung fassen. Sein Name hat die Universitäten in zwei kämpfende Lager getrennt, seinetwegen rüstet die Studentenschaft aller Hochschulen

Österreichs zum Streik, stürmen Bauernscharen gegen die Universitätstore heran, vertauschen Priesterzöglinge das Brevier mit dem Knüttel, beraten Senate, Parteien, Minister, und der kunstvoll wohlgefügte Bau der Parlamentsmehrheit gerät ins Wanken. So grosse Folgen scheinen einen bedeutenden Grund zu fordern. Aber man übersieht eben zweierlei: dass in einem Lande, wo alles schweigt, die Stimme des einen Rufenden laut schallen muss und bei starker Parlamentsgewalt, also reich entwickelter Demagogie, die meisten Dinge leicht politisch werden, alles Politische aber mannigfaltiges Blendwerk und ein vielverschlungenes Wechselverhältnis realer und agitatorischer Interessen umgibt.

Greift einer nun nach der fast schon legendenhaft gewordenen Broschüre Wahr-
munds, die der Funke ist, aus dem diese Feuerbrände emporgeflammt sind, so würde er als Freund verwegener und unerhörter Wahrheiten recht erstaunt und enttäuscht sein. Wie? Die Bestreitung der unbefleckten Empfängnis, der Dreifaltigkeit, der Göttlichkeit Jesu, diese scharfe Kritik der Kirche wecken solche Stürme? Haben das — und zwar gleichfalls in populären Schriften und öffentlichen Vorträgen — im Reiche Rohrbach, Pfeleiderer, Delitzsch und ungezählte andere nicht ebenso getan und sind doch Reichskommissare, ordentliche öffentliche Professoren, ja auserwählte Gefässe der kaiserlichen Huld und Gnade geworden oder geblieben? Sollte, was im *konservativen* Deutschland für Theologen möglich ist, im *freien* Österreich sogar einem Juristen verwehrt sein? Und andererseits, warum diese grenzenlose Erregung und Neugierde bei einer literarischen Arbeit, die so wenig Neues enthält?

Die Deutschen Österreichs — und diese kommen hier fast ausschliesslich in betracht — sind Katholiken in einem katholischen Staate. Das macht: ihnen fehlt das intellektuelle Interesse für Glaubenssachen, wie es der Protestantismus mit seinem auf die Bibel gegründeten Religionsunterricht wecken mag und wie es allein den ausserordentlichen literarischen Erfolg der Schriften der verschiedenen Richtungen des Neoprottestantismus, der liberalen und radikalen Theologie erklärt. Sie stehen aber auch nicht in Spannung gegen eine evangelische Mehrheit wie in Deutschland, kein konfessioneller Gegensatz drängt zur Beschäftigung mit Glaubensfragen und bietet den starken Anstoss zur Entfaltung eines umfangreichen Schrifttums apologetischer Natur. So ist unter den Gebildeten die vorherrschende Richtung gegenüber der Religion der Indifferentismus in allen Graden bis zur offenen Verachtung; zumal gilt das von den Deutschen in den Sudetenländern, wo ein kirchlich Gesinnter in gebildeten Kreisen eine auffällige und erstaunliche Seltenheit bildet, wo selbst die bäuerlichen und kleinbürgerlichen Massen fast vollständig frei von klerikalem Einfluss sind wie kaum sonst in einem katholischen Lande. Diesen stark national empfindenden Deutschen ist eben der Klerikalismus noch immer national verdächtig. In den Alpenländern mit ihrer gewaltigen klerikalen Organisation liegen die Dinge freilich vielfach anders, doch auch hier sind die eigentlich Gebildeten vorwiegend religiös indifferent. Ja, so stark wirkt der Gegensatz der aus dem Josefinitismus und Liberalismus überlieferten Vorstellungsgruppen *Fortschrittlich*, *National*, *Religiös aufgeklärt* einerseits und *Klerikal*, *National-lau*, *Kulturfeindlich* andererseits in den Gemütern noch heute nach, dass den Christlichsozialen, die doch grossenteils nur klerikal überfärbt sind und über die meisten Stellen und Machtposten verfügen, es herzlich schwer wird eine ge-

nügende Zahl Intellektueller anzuwerben. Die klerikale Gesinnung ist sehr bekömmlich, doch gilt sie noch immer gewissermassen als *levis macula*.

Es sind also vorzüglich äussere Ursachen, die den Gebildeten vom Katholizismus trennen, nicht eine bewusste oder irgendwie durch Argumente vermittelte Ablehnung, sondern, was ja auch sonst wohl als die Regel gilt, der Glaube wird mit der selben Ignoranz verworfen wie angenommen. In allen Spielarten stellt sich der Indifferentismus dar. Er verträgt sich mit der äusseren Erfüllung gewisser Gebräuche, die Stellung oder Familie fordern, er gestaltet bei den innerlicher Gearteten den Katholizismus, den er auf den blossen Gottesglauben beschränkt, in ein zwischen Protestantismus und Deismus schwebendes Etwas um. Die lästigsten Gebräuche, wie österliche Beichte und Kommunion, halten regelmässig bloss die ganz Frommen ein, die jedoch wieder nach der tiefsten Wesensart katholischer Gläubigkeit vornehmlich rituell und kultisch an die Kirche gebunden sind, ohne mit dem Gedanken den Glaubensfragen zu folgen. Die intellektuelle Seite des Religiösen überlassen sie ordnungsgemäss der lehrenden Kirche, so dass der sogenannte *Laisismus*, über den die letzte Enzyklika Wehe schreit, nirgends weniger als in Österreich eine Gefahr bildet.

Hinwiederum stellt jedoch der Klerikalismus die gewaltigste politische Macht dar, die es in Österreich gibt. Er ist nicht nur die Denkweise des Hofes und die Mode der obersten Schichten, sondern — was heute weit mehr bedeutet — er verfügt über die einzige Organisation, die neben der Sozialdemokratie den Vergleich bestehen kann. Seinen Geboten gehorchen die mittleren und niederen Schulen, und die sonst so zahm gewordenen Staatsanwälte betrachten ausser dem Monarchen und der ihm gesetzlich gewährleisteten *Ehrfurcht* die *Einrichtungen der katholischen Kirche* als Reservatrecht und Altenteil ihrer konfiskatorischen Tätigkeit. Der Klerikalismus verfügt als die einzige unter den deutschen bürgerlichen Parteien über Verbindungen mit den anderen Nationen und hat sich jetzt zugleich, unter der Führung der Christlichsozialen und mit ihnen zur grössten parlamentarischen Gruppe verschmolzen, den Deutschen als Schild und Wehr des nationalen Besitzstandes unentbehrlich gemacht. Er gebietet in seiner christlichsozialen wie in seiner rein klerikalen Form despotisch über Wien und mehrere Kronländer, was bei der ausgebildeten Landes- und Städteautonomie Österreichs nichts Geringes besagt. Und endlich hat er die Suggestion grosser Erfolge für sich, so dass gerade in den obersten Schichten der Intelligenz — und vielfach auch unter ihrem sehr zahlreichen jüdischen Bruchteil — der religiöse Indifferentismus und die Aufgeklärtheit den Zug vorsichtiger Zurückhaltung angenommen haben. Um sich selbst die Freiheit des Denkens und Forschens ungeschmälert zu sichern, will man sich hüten die fromme Bestie zu Wutausbrüchen zu reizen.

Das sind die Umstände, die dem Auftreten Wahrmonds den Reiz der Neuheit und die Macht einer Sensation verliehen und seine harmlose Broschüre zum Mittelpunkt eines heftigen politischen Wirbels machten. Allein in einem parlamentarisch regierten Lande muss alles, was in die politische Sphäre eintreten will, einen parteimässigen Ausdruck finden. Wahrmond hätte hundertmal die Jungfrauengeburt Mariens und ihre unbefleckte Empfängnis bestreiten können: würde dieses an sich politisch höchst gleichgültige Faktum dem Tiroler Flügel der Christlichsozialen nicht als ausgezeichnete Gelegenheit erschienen sein durch Erfolge für die Kirche zu glänzen, so wäre sein Vortrag Vortrag, seine

Broschüre Broschüre geblieben. So aber haben es die Tiroler Parteiführer jetzt sehr nötig Gottes Kampf zu kämpfen. Im *heiligen Land* wurde nämlich die altklerikale Partei den Christlichsozialen nicht angegliedert sondern von ihnen niedergesäbelt, und mit dem Groll des Besiegten rechnet sie dem Sieger nach, wie die gottlose Frechheit der Hochschulen im allgemeinen und des Professors Wahrmund im besonderen nur die Wirkung der traurigen Tatsache sei, dass das Recht der Kirche der eifrigen Verteidiger jetzt entbehre. Kein geringer Grund für die Christlichsozialen ein helles Glaubensfeuer leuchten zu lassen. Doch da einmal die Tiroler Volksseele kocht, erinnern sich auch die steirischen Klerikalen, die sich nur ungern unter die christlichsoziale Führung begeben haben und grollend den Gottesfrieden mit den Nationalen aufrecht erhielten, ihrer alten Händel; der Zank der klerikalen und freiheitlichen Studentenverbindungen wird auf dem heissen Boden der Universitäten wieder lebendig. Es entsteht ein seltsames Wogen und Sichkreuzen der kämpfenden Kräfte. Die obersten Führer der Klerikalen, denen ihre Macht und ihre Portefeuilles lieber sind als der Sturz Wahrmunds, wollen das Macht verbürgende Bündnis mit den freiheitlichen Deutschen festhalten, wie diese gern bereit wären Wahrmund und was drum und dran ist, gälte es die Sicherung der parlamentarischen Mehrheit, erbarmungslos zu opfern. Allein auch ihnen tritt ungeberdig in den eigenen Reihen die Kampflust der Studenten entgegen, und der Versuch eines Kompromisses, vom Parlament heimlich eingeleitet, wonach Wahrmunds Vorlesungen zunächst sistiert werden sollten, entfacht bloss die Erregung zur Siedehitze. Blickt man tiefer, so erkennt man, dass hier wie so oft innerhalb der selben Parteien die agitatorischen Bedürfnisse mit den parlamentarisch-diplomatischen Notwendigkeiten im Streit liegen, die Bedingungen des parlamentarischen Lebens sich gegen dieses selbst empören.

Der Zusammenbruch des erfolgreichen und intelligenten Regimes, das heute über Österreich waltet, würde als ausserordentliche Folge eines so geringfügig scheinenden Ereignisses alle Aufmerksamkeit auf sich ziehen; dennoch dünken mich die tieferen Strömungen, die in jener Bewegung wirken, darum beachtungswerter, weil sie die dauernde Kraft darstellen, deren Bedeutung über ein einzelnes Ereignis hinausreicht. Es ist eben nicht bloss agitatorisches Bedürfnis, was zu all dem Toben und Wüten Sporn und Anlass gibt, sondern in dem grossen und aus verschiedensten Elementen zusammengesetzten, von den verschiedenartigsten Interessen zusammengehaltenen Gebilde der klerikalen Partei liegt eine innerste Schicht echtsten Klerikalismus, sind Gruppen rastlos tätig, in denen sich die römischen Machtgedanken in Fanatismus, in persönlichen Lebenswillen umgesetzt haben. Ihnen ist die klerikale Partei nicht Mittel zum Zweck der Herrschaft, sondern die Macht im Staate Mittel zum Zweck der klerikalen Herrlichkeit, und die unablenkbare Richtung ihres eigensinnigen Wollens, Konzessionen der Klugheit nur selten zugänglich, zwingt umgekehrt die Führer nachzugeben, um die in der Einheit ruhende Unverschrtheit des Parteiapparats zu retten. Sie stürmen gegen die Universitäten nicht nur, weil sie sich darüber ärgern, dass die öffentliche Meinung der Studenten die klerikalen Kommilitonen zu akademischen Bürgern zweiter Klasse herabgedrückt hat: sie ahnen mit der Spürkraft des Instinkts, dass diese äusserliche und herkömmliche Verachtung des Klerikalen innerhalb eines vielfach ebenso äusserlichen und herkömmlichen Indifferentismus auch durch äussere Erfolge ge-

schwächt und gebrochen, und dass so die Schranke niedergelegt werden könnte, die Talent und Besitz der Bildungsmittel heute vom Ultramontanismus fernhalten. Das allgemein ausgesprochene klerikale Losungswort: man müsse die Gleichberechtigung an den Universitäten erobern, um das beschämende Missverhältnis politischer Macht und kultureller Einflusslosigkeit zu beseitigen, steigert sich bei ihnen zu dem wahnwitzigen Vorsatz die moderne Wissenschaft von den Stätten ihres Daseins zu vertreiben und durch die täuschend nachgeahmte Scheinwissenschaft apologetischer Herkunft und jesuitischer Mache zu ersetzen. Und der rein katholische Charakter des Staates scheint ihre Chimäre zu rechtfertigen.

Gewiss, ein unmögliches Ziel. Doch wieviel Hemmungen muss schon das Streben danach, wenn nur einiger Erfolg es geleitet, der Kulturentwicklung schaffen! Hier ist auch der Punkt, wo die deutschösterreichische Frage zugleich zu einer gemeindeutschen wird; ja, man darf sagen, dass in Deutschland als Gefahr und Verderben zum Teil bereits besteht, was sich in Österreich erst drohend ankündigt. Es hat sich in Deutschland mit Recht laute Empörung erhoben, als der preussische Unterrichtsminister Volksbibliotheken mit seiner Zensur meistern wollte: mit Recht deshalb, weil ein Kulturvolk aus seinem Selbstbewusstsein heraus solche Eingriffe der Staatsgewalt zurückweisen muss. Doch wird niemand ernstlich behaupten wollen, dass dergleichen Vorfälle den Gang des deutschen Geisteslebens hemmen könnten. Wie sonderbar nun, dass man so lässig, so gleichmütig der weit schwereren, weit verbreiteteren Gefahr der klerikalen Volksbüchereien gegenübersteht! Und es sind nicht diese Volksbüchereien allein, es ist die ganze klerikale Literatur und Wissenschaft, die ihr Verderben über alle Schichten der Gesellschaft aussendet. Kann man es denn als nebensächlich behandeln, dass gut die Hälfte der Katholiken Deutschlands von der geistigen Gemeinschaft der Deutschen ausgeschlossen und abgeschnürt ist? Mich dünkt, nichts schändet unsere Kultur schlimmer als diese Tatsache, neben der alle die anderen Unerfreulichkeiten, an denen die Entrüstung aufschäumt und der Spott sich übt, in wesenslosem Scheine verschwinden.

Vielleicht muss man geborener Katholik sein, um hier recht zu sehen; denn unter Protestanten kann man selbst bei ausgezeichneten Sachkennern wie Harnack oder Krüger Urteile von erstaunlicher Harmlosigkeit lesen. Die Verblendung erreicht offenbar den Gipfel, wenn protestantische Schriftsteller im Ton eines Anwalts des Katholizismus, eines Fassbender oder Ehrhardt, gar von dem Wetteifer *katholischer*, will sagen klerikaler, Geistesarbeit reden. War denn in irgend einem Augenblick der deutschen Kulturgeschichte die Aufgabe gestellt die deutschen Katholiken durch klerikale Veranstaltungen hinter die Protestanten zu bringen? Ist die deutsche Kultur nicht ein bereit liegender Besitz für jeden Deutschen, dem Parteimeinungen und Parteivorurteile Herz und Sinn nicht verschlossen haben? Posen, Elsass oder Oberösterreich haben in dem Drama des deutschen Geisteslebens kaum in einer bedeutenden Szene mitgespielt, dennoch findet der Posener, Elsässer und Oberösterreicher den Weg zu Goethe nicht schwerer als der in Frankfurt oder Weimar Einheimische. Die klerikale Literatur ist kein Werk der Kultur sondern ein Kampf mit den Mitteln der Kultur gegen deren Wesen. Durchweg trägt sie apologetischen Charakter, auch wo sie es zu verbergen wünscht, und das heisst dörb und

geradezu gesagt: sie ist eine Mathematik und Physik, nicht um physikalische und mathematische Sätze zu beweisen sondern um zu beweisen, dass die Katholiken auch eine Mathematik und Physik haben; sie ist eine Geschichtsschreibung, nicht um die Vergangenheit zu erforschen und nach der individuellen Fähigkeit des Zusammenschauens zum Kunstwerk zu gestalten sondern um einen Prozess zu führen für das Recht der Kirche; sie ist Philosophie, die logische Vorbauten für das Dogma aufrichtet. Sie hat kein eigenes Leben und keinen eigenen Zweck; nicht das Band lebendiger Aktion und Reaktion verbindet sie zum Organismus, sondern sie ist selbst völlig eine Reaktion auf das moderne Geistesleben, dessen Formen sie nachahmt, um sich ihres Inhalts zu erwehren. Nicht Gesittung trägt sie in die von ihr beherrschten Kreise, sondern sie sucht ein leider nun einmal vorhandenes geistiges Bedürfnis durch Surrogate zu befriedigen, damit das echte Gute nicht eindringe. Sie schafft nicht neue Verknüpfungen mit der grossen Kulturgemeinschaft sondern schliesst die Gläubigen mit einer geistigen Mauer ab, wie die katholischen Tanz- und Turnvereine eine gesellschaftliche Scheidewand darstellen. Möchte man mir etwa Ehrhardt, Hertling, die Indexbewegung entgegenhalten, so wäre der Beweis im einzelnen hier nicht zu führen, doch genügt schon hervorzuheben, dass sogar der ehrliche und innerlich ringende Schell in harter Lebensarbeit einen apologetischen Ausgleich mit der Philosophie suchte und zu finden glaubte, der das katholische Lehrgebäude in den wesentlichen Stücken unberührt liess. Bis Männer wie Schnitzer und Bücher wie Günters *Legendenstudien* dem Geist des echten Modernismus unter den Katholiken Deutschlands die Wege bahnen, wird dem unter der Glasglocke des Zentrums abgeschlossenen Volk viel Zeit verfließen, und auch dann würde es einen Umweg bedeuten von Frankreich, von Italien her zu empfangen, was dem Deutschen die protestantische Religionsforschung aus erster Hand zu bieten vermöchte.

Man sollte glauben, dass hier das eigentliche Feld der Betätigung für *Goethebündler* und sonstige Kulturkämpfer wäre. Aber es scheint, dass man gerade in dem unpolitischsten Lande Europas, in Deutschland, das Politische auch dort miteinfließen lässt, wo rein geistige Werte entscheiden. Die Kulturgefahr des Klerikalismus verdeckt vielen die in ihren Ursachen doch wohl sehr durchsichtige Opposition des Zentrums; der Blick bleibt allein auf den Staat gerichtet, auf einzelne Vorkommnisse, an denen sein Übergreifen in die geistige Sphäre anschaulich wird. Allein der Staat vermag der Wissenschaft und der Kultur gegenüber nichts mehr, wenn er nicht mehr alles vermag. Das Zarentum in seiner einstigen Machtfülle konnte über die Universitäten die Ruhe legen, die auf Friedhöfen herrscht, der deutsche Konservatismus hindert seine Hochschulen nicht die blühendsten Anstalten Europas und das Ziel der Sehnsucht aller deutschen Gelehrten ausserhalb des Reichs zu sein. Es ist mehr die Idee des Staates als seine Macht im Geben oder Nehmen persönlicher Vorteile, was beirrend in den Gang einzelner Wissenschaften greift. Die Hohenzollernlegende hat in ihren schöpferischen Trägern nicht der Byzantinismus hervorgerufen sondern die Sehnsucht nach der Einheit der deutschen Nation und deren Erfüllung, die mit dem Staat der Deutschen auch dessen Haupt vor den Augen des Rhetors Treitschke verklärte. Umgekehrt mag man sehen, dass alle die reichen Gaben, die sich in Österreich über die Gelehrten ausgiessen, denen hier Minister-, Staatssekretär- und Statthalterposten in eine Nähe

rücken wie kaum noch irgendwo, die Habsburgerlegende nicht zu befruchten, polnische und tschechische Gelehrte nicht von der rein, deutsche nicht von der vorwiegend nationalen Richtung des Denkens abzulenken vermocht haben. Während die klerikale Idee wenigstens unter den Deutschen die reinen Österreicher und *Nichts-als-Patrioten* kostenlos liefert, und neuestens der tolle Wahn eines Grossösterreich in all seiner politischen und historischen Widersinnigkeit viele Geister patriotisch umzustimmen vermochte, so dass sich selbst die Tollhausidee als Idee noch mächtiger erweist als die, geistig gewertet, so dürftige Tatsache des bloss geographisch und staatsrechtlich existierenden Staates oder die Lockungen seiner Würden und Ämter. Im höheren und höchsten Kulturleben sind trotzallem die ideellen Motivationen die wirksamsten. Nichts kann darum der Freiheit und Raschheit der Entwicklungsprozesse des Gedankens mehr Hindernisse bereiten als Ideen von weitem Gebiet und langer Dauer der Herrschaft, die mit ihrem Inhalt immer mehr der Vergangenheit anheimfallen und doch das Meinen der Gegenwart durch Massensuggestion und Massenwirkungen regieren. Es gilt dies aber zunächst und vor allem von der katholischen Idee, die schon deshalb das stärkste und umfassendste Hemmungsmittel darstellt, weil sie die Anmassung mit sich führt das Ganze des menschlichen Daseins in seinen leiblichen und geistigen Äusserungen zu umspannen, zu normieren und zu leiten.

XX

RICHARD CALWER · DEUTSCH-FRANZÖSISCHE ANNÄHERUNG



IEDERHOLT sind im Lauf der letzten Jahre Versuche unternommen worden durch alle möglichen Veranstaltungen dem Wunsche einer Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich Ausdruck zu verleihen, vielfach mit dem Resultat, dass in Frankreich nach jedem solchen Versuch sich eine Reaktion bemerkbar macht, die als gutes Barometer für die Stimmung des französischen Volkes gegen Deutschland betrachtet werden kann. So hat der kürzlich veranstaltete Besuch französischer Studenten, der auch der Annäherung zwischen beiden Ländern dienen sollte, nachträglich in Frankreich ein wenig angenehmes Echo ausgelöst, über das man freilich sich nicht zu erregen braucht. Denn es ist in der Tat bei der Aufnahme des Besuches etwas gefehlt worden, so dass nicht nur drüben in Frankreich sondern auch bei uns die Kritik selbst in den Kreisen einsetzte, die warm für eine deutsch-französische Annäherung eintreten. Aber das ist das Leidwesen: Man verkennt das Wesen der Entwicklung, die Zeit haben will, man will einen guten Gedanken sofort verwirklicht sehen und arrangiert dann irgend eine Sache, die von eifrigen und sicherlich wohlmeinenden Entrepreneuren mit Rührigkeit in die Hand genommen wird. Impressionisten können aber nicht Weltgeschichte machen.

Nein, eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich will Zeit haben: sie lässt sich weder künstlich beschleunigen noch erzwingen. Es ist gut, wenn die für dieses Ziel sich erwärmenden Kreise hüben und drüben sich zusammenfinden und für ihre Gedanken werben, aber sie mögen nie vergessen, dass sie weder im Namen des deutschen noch in dem des französischen Volkes sprechen können. Alle unangebrachten Tiraden schaden mehr als sie nützen.

Die deutsch-französische Annäherung muss und wird aus wirtschaftlichen Ursachen sich entwickeln: gemeinsame Interessen müssen teilweise stärker werden teilweise erst entstehen. Gemeinsamen Gefahren gegenüber wird man erkennen, dass sie nur durch ein Hand in Hand Gehen der beiden Völker abgewehrt werden können. Auch an gegenseitigen Reibungen wird es nicht fehlen, durch deren glatte Überwindung der beste Beweis für eine friedliche Auseinandersetzung erbracht werden kann. Es wäre grundverkehrt, wenn von deutscher Seite Frankreich wegen der Marokkoangelegenheit Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden würden. Auf grund der Algecirasakte ist eine Basis geschaffen, durch die unsere Rechte in Marokko umgrenzt sind. Frankreich will diese Rechte respektieren, hat sich aber in Marokko in einer Weise engagiert, die kein Zurück mehr gestattet. Nun handelt es sich nur noch darum, ob Deutschland eine Frankreich versöhnliche Politik machen oder ob es Frankreich noch mehr als bisher in eine Umarmung mit England drängen will. Unsere Marokkopolitik ist der beste Prüfstein für Frankreich, ob in Deutschland der Wille besteht eine aufrichtige mitteleuropäische Politik zu treiben. Freilich, noch wird ja die Notwendigkeit einer mitteleuropäischen Wirtschaftspolitik hüben wie drüben nur in einem recht engen Kreise erst erkannt, und es wird noch langer Zeit bedürfen, bis beide Völker erkennen, dass die Zukunft Mitteleuropas nur dann allen Stürmen gegenüber gefestigt dastehen wird, wenn Deutschland und Frankreich das Kriegsbeil für immer begraben haben. Das wird nicht der Entschluss eines Augenblicks sein sondern das Ergebnis der weltwirtschaftlichen Entwicklung der nächsten Jahrzehnte.

Frankreich ist ein Land mit einer stagnierenden Bevölkerung: die Einwohnerzahl nimmt nicht zu, sie geht zum Teil sogar zurück. Das ist eine sehr ernste Tatsache, deren Bedeutung heute kaum noch übersehen werden kann, die von Jahrfünft zu Jahrfünft an Tragweite gewinnt. Die Zahl macht gewiss nicht alles, aber unter sonst gleichen Umständen ist sie ausschlaggebend. Die Weltstellung Frankreichs muss infolge dieser Stagnation wachsenden Staaten gegenüber bedroht werden. Frankreich ist kein grossindustrielles Land. Auch der Mangel eines grossindustriellen Rückgrats wird um so schärfer empfunden werden, je mehr die Grossindustrie Englands, Deutschlands und Amerikas den Weltmarkt beherrschen. Frankreich wird dadurch ganz von selbst aus dem Konzert der grossindustriellen Mächte ausgeschieden werden, und das hat seine Rückwirkung auch auf seine politische Stellung. Gewiss ist Frankreich ein von Natur reiches und durch seine Wirtschaftsgeschichte auch kapitalreich gewordenes Land: aber seine Ersparnisse gehen zu einem grossen Teil ins Ausland. Mit seinen Anlagen im Auslande hat es schon manche bitteren Erfahrungen gemacht. Es wird noch weitere Opfer bringen müssen, bevor es erkennt, dass das kapitalärmere Deutschland für Frankreichs Ersparnisse das beste und sicherste Anlagegebiet ist.

Vor allem sieht man aber in Frankreich ebensowenig wie in Deutschland die gemeinsame Gefahr, die ganz Mitteleuropa von der wirtschaftlichen Entwicklung Grossbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika droht. Die Verschiedenheit der Produktions- und Marktbedingungen in den genannten drei Wirtschaftsgebieten ist so stark, dass Rivalitäten und Interessengegensätze nicht ausbleiben können. England sucht nahen Anschluss an seine Kolonien und schafft sich dadurch ein sehr vorteilhaftes Absatzgebiet für seine

Industrieerzeugnisse, während die Kolonien das Mutterland mit Getreide, Vieh und anderen Erzeugnissen der Landwirtschaft billig versorgen. Amerika aber sucht aus einem ganzen Weltteil ein in sich abgeschlossenes Wirtschaftsgebiet zu bilden, das ebenso über eine reiche Landwirtschaft wie über eine höchst entwickelte Industrie verfügt. Das englische wie das amerikanische Wirtschaftsgebiet vermag seine Bevölkerung mit billigen Nahrungsmitteln ebenso reichlich zu versehen wie mit Fabrikaten, deren Hersteller bis zum letzten Arbeiter hinunter gut bezahlt werden. Denn sowohl England wie Amerika verfügen neben einer hochbezahlten industriellen Arbeiterschaft über eine Unmasse äusserst niedrig gelohnter Arbeitskräfte, die namentlich in der Landwirtschaft Verwendung finden. Die Massenfabrikation gewerblicher Erzeugnisse ermöglicht aber auf der anderen Seite wieder einen Aufbau des Produktionsapparates, dessen Leistungsfähigkeit eine hochbezahlte Arbeiterschaft garantiert.

Ganz anders liegen die Verhältnisse in Mitteleuropa, speziell in Deutschland und Frankreich. Die Landwirtschaft dieser Länder ist mehr als tausend Jahre alt, stark verschuldet und intensiv entwickelt. Weder kann Raubbau grossen Stils auf ihrem Boden getrieben werden noch stehen Arbeiter zur Verfügung, die einer niedrigeren Kulturstufe angehören und entsprechend billiger arbeiten. Wenn auch in den europäischen Ländern die Landwirtschaft geringere Löhne bezahlt als die Industrie, so stehen sie doch pro Erzeugungseinheit wesentlich höher als zum Beispiel in Indien, in Argentinien, in den amerikanischen Südstaaten usw. Und wo, wie in Nordamerika, die Löhne in der Landwirtschaft sehr hoch stehen, da können durch billigen Boden, Raubbau und extensiven Betrieb die Gesteungskosten noch immer so herabgedrückt werden, dass wir in Mitteleuropa nicht mitkommen können. Will Mitteleuropa aber seine Landwirtschaft, namentlich seinen Körnerbau und damit das wichtigste Mittel wirtschaftlicher Selbständigkeit nicht preisgeben, dann muss es diesen Verschiedenheiten in der Zusammensetzung der Produktionskosten durch seine Wirtschaftspolitik Rechnung tragen. Auch industriell liegen die Verhältnisse in Frankreich und Deutschland anders als in England und Amerika. Beide Länder haben einen breiten Mittelstand, der das Produkt einer vielhundertjährigen Entwicklung ist und der zweifellos der rücksichtslosen Ausbreitung der Grossindustrie starke Hemmungen entgegensetzt. Die Massenfabrikation findet in Europa keinen solchen grossen Markt wie zum Beispiel in den englischen Kolonien und in Amerika. Die Folge ist, dass auch die ganze Struktur des grossindustriellen Produktionsapparats in Deutschland nicht in dem Grade wie in Amerika und teilweise in England auf die blosse Massenfabrikation zugeschnitten ist. Wir können dementsprechend die Arbeit noch nicht gleich gut bezahlen wie diese Länder.

Als Resultat ergibt sich also, dass Mitteleuropa aus wirtschaftsgeographischen und aus historischen Gründen seine Produktionserträge sich mit grösserer Arbeit erwirtschaften muss als das grössere England und als Amerika, dass infolgedessen aber auch das wirtschaftliche und soziale Niveau nur langsam steigen kann. Handelte es sich nur um abgeschlossene Wirtschaftsgebiete, dann wäre diese Aussicht für Mitteleuropa auch schon Grund genug, um der heutigen wirtschaftspolitischen Zersplitterung entgegenzutreten. Erst recht aber gilt diese Erwägung bei der immer stärkern Abhängigkeit der modernen

Länder von der Weltmarktwirtschaft. Weder England noch Amerika werden ausserhalb ihres vergrösserten Wirtschaftsgebietes aufhören zu kaufen und zu verkaufen. Infolge der verschiedenartigen Gesteungskosten diktiert aber nicht Mitteleuropa, sondern diktiert England und vor allem Amerika den Weltmarktpreis. Im Handel mit beiden Wirtschaftsgebieten arbeitet Mitteleuropa mit Verlust, sei es dass es landwirtschaftliche Erzeugnisse bezieht, sei es dass es Fabrikate ausführt. Es ist für Mitteleuropa nicht vorteilhaft landwirtschaftliche Erzeugnisse einzuführen, mit deren Produktionskosten unsere Landwirtschaft nicht konkurrieren kann, und es ist auch nicht vorteilhaft Fabrikate auszuführen, in denen geringer bezahlte Arbeit steckt als in entsprechenden amerikanischen und englischen Erzeugnissen. Noch weit schärfer treten aber die wirtschaftlichen Gefahren in den Vordergrund, wenn Europa dazu ausersehen wird den Produktionsüberschuss Englands und Amerikas aufzunehmen. Denn dann gestatten die grossen Inlandsmärkte Englands und Amerikas einen solchen Preisdruck auf ihre Exportpreise, dass das ungeeinte Europa wehrlos einer Krise nach der andern ausgesetzt wäre. Dass es zum Schlimmsten kommt, ist nun allerdings nicht anzunehmen. Denn je häufiger und stärker sich die Wirkungen der wirtschaftlichen Überlegenheit Englands und Amerikas auf die mitteleuropäischen Länder bemerkbar machen, desto mehr geht man auch den Ursachen solcher Erschütterungen nach. Die gewerbliche Depression, in der wir gegenwärtig leben, hat ihren Ausgangspunkt in Amerika genommen: ganz Mitteleuropa, auch England ist von ihr ergriffen. England wird gegen solche Erschütterungen durch die Schaffung eines grösseren und gesicherten Absatzgebietes in seinen Kolonien Schutz und Sicherung suchen, für die mitteleuropäischen Länder bleibt als Schutz in erster Linie eine handelspolitische Annäherung an einander, durch die die gemeinsamen Interessen gegen Amerika und England vertreten werden können. Den ersten Schritt zu einer Schaffung eines mitteleuropäischen Marktgebietes bildet aber die Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland.

Man glaube also nicht, dass die Annäherung beider Länder anders zu Wege gebracht werden könne als durch einen starken Druck von aussen, der die noch bestehende politische Spannung zum Verschwinden bringt. Vermag man freilich in der wirtschaftspolitischen Entwicklung Englands und Amerikas keine gemeinsame Gefahr für die mitteleuropäischen Länder zu erblicken, werden also die zwingenden Gründe wirtschaftlicher Natur ausbleiben, die der Verständigung erst die solide Basis geben, so bleiben alle Annäherungsbestrebungen das Monopol kleiner Kreise, vermögen aber nicht die beiden Völker zu durchdringen. Das vermag nur die Erkenntnis wirtschaftlicher Notwendigkeit.

XX

OLAV KRINGEN · DIE KIRCHENFRAGE IN DER NORWEGISCHEN SOZIALDEMOKRATIE



M Jahre 1536 erfolgte durch den Reichstag in Kopenhagen die Annahme der lutherischen Lehre als der offiziellen Staatsreligion für das dänische und das damals mit ihm vereinigte norwegische Reich. Die Reformation wurde in beiden Ländern durchgeführt, und die reichen Schätze der Kirche und die Klostergüter fielen der erschöpften Kasse des Königs anheim. In den fernen Tälern, wo bisher wenigstens die

Legenden des Katholizismus aufgeflackert waren, und wo die Betriebsamkeit der Mönche eine gewisse Zivilisation geschaffen hatte, erlosch alles geistige Leben. Doch die Entwicklung begann wieder von neuem und schritt langsam vorwärts, bis die absolute Macht der Kirche fiel und diese in unserer Zeit sowohl in Dänemark wie in Norwegen unter weltliche Herrschaft kam. Zunächst ohne es zu ahnen oder zu fühlen, da die wirklich Herrschenden ja die eigenen Männer der Kirche waren. Als aber die Aufklärung und die Anerkennung alles wissenschaftlichen Fortschritts immer weiter um sich griffen, als man Männer aus dem Volke zu Kultusministern machte und bei der Ernennung theologischer Universitätsprofessoren nur auf die wissenschaftliche Befähigung der Kandidaten Rücksicht zu nehmen begann, die mehr und mehr der freigesinnten kirchlichen Richtung angehörten, da erwachte das *Kirchenvolk*. Auf den Rationalismus der Aufklärungszeit, der im Ausgang des 18. und im Beginn des 19. Jahrhunderts das Volk durchsäuert und fast alle Kanzeln mit Freidenkern besetzt hatte, folgte eine streng pietistische Laienbewegung. Begonnen wurde sie von dem Bauernsohn und Prediger Hans Nielsen Hauge, der einen vollständigen Sieg errang und durch sein Wirken an der Universität auch die Geistlichkeit für den Pietismus gewann. Diese Richtung ist es, die die religiös Interessierten in Norwegen noch heute beherrscht. Natürlich rief sie eine Gegenbewegung wach, in erster Linie bei den Gebildeten; und binnen kurzem hatte man denn auch eine innerhalb der Kirche tätige Organisation, die sogenannte *innere Mission*. Sie lebt von freiwilligen Beiträgen, ordnet sich jedoch im übrigen in allen Punkten der Staatskirche ein. Es handelt sich hier um eine freiwillige Äusserung religiösen Tätigkeitsdranges. Erst in den späteren Jahrzehnten begann in den Fischerdörfern des südwestlichen Norwegen unter den recht zahlreichen Laienpredigern eine Bewegung, die die Abschaffung der Staatskirche und eine freie Kirchenorganisation proklamierte. Dieser oder jener ein wenig allzu rührige Volksschullehrer oder ein Pfarrer, dem nicht gerade der Mühlstein um den Hals hing, trat auf und erweckte Ärgernis unter jenen schwerblütigen Menschen da draussen.

Wir können also sagen, dass seit den Zeiten des Pietismus im 19. Jahrhundert bei den kirchlich Gesinnten in Norwegen zwei Richtungen gross geworden sind: eine religiös sehr stark interessierte, die die Masse des Volkes hinter sich hat und ein finsternes pietistisches Gepräge trägt, und die Bewegung einer geistigen Elite, die nur schwach religiös interessiert ist, und deren wesentliche Gefolgschaft aus den Lehrern, den jüngeren Pfarrern und im übrigen dem aufgeklärten Teil des Volkes aller Klassen besteht. Diese letztere Richtung hat in den letzten zehn Jahren ein rasches Wachstum erlebt, und zu ihr gehören alle theologischen Professoren der Universität. Dass sich ihr binnen kurzem auch der überwiegende Teil der breiteren Volksschichten anschliessen wird, darüber ist kein Zweifel möglich.

Bis zum Jahre 1901 hatte die norwegische Sozialdemokratie die Abschaffung der Staatskirche auf ihrem Parteiprogramm stehen, strich dann aber diesen Punkt. Kurz darauf begannen die Pietisten die Agitation zur Auflösung der Staatskirche und Errichtung einer freien Kirche. Die Angelegenheit fand von Anfang an nur wenig Beachtung, da das religiöse Interesse beim Volke für erheblich geschwächt galt.

Die Volksschulen waren am Ausgang des 18. Jahrhunderts ausschliesslich

Religionsschulen. Das dänische Schulgesetz aus dem Jahre 1720 und das norwegische aus dem Jahre 1739 behandelten die Schulen als reine Religionsanstalten. Doch die anderen Fächer rückten ein und drängten den Religionsunterricht zurück; der Platz, den er nunmehr einnimmt, ist zwar nicht unbedeutend — er beträgt $\frac{1}{7}$ der ganzen Schulzeit —, aber immerhin bescheiden gegen den, der ihm in den Privatschulen vieler anderer Länder zugewiesen ist. Die Schulen sind sämtlich öffentlich; die wenigen anerkannten Privatschulen, die noch ihr Dasein fristen, sind kaum nennenswert. Die Volksaufklärung steht auf einer hohen Stufe.

Die Bewegung zu gunsten der freien Kirche erfuhr eine gewaltige Förderung durch die Besetzung einiger theologischer Lehrstühle mit Vertretern der modernen Theologie. Denn nun hielten die alten Theologen, mit den meisten Bischöfen und älteren Pastoren an der Spitze, grosse Kirchenversammlungen ab und gaben ihrem Programm eine feste Fassung. Es wurde die Errichtung eines eigenen von der Universität unabhängigen Pfarrerseminars beschlossen — dieser Gedanke ruht zwar einstweilen —, und man trat mit einem Vorschlag zur Organisation einer freien Kirche hervor. Dieser Vorschlag wurde von einem dazu eingesetzten Komitee ausgearbeitet und läuft in seinen Hauptzügen auf Folgendes hinaus:

Der Storting nimmt ein Gesetz an, das eine konstituierende Kirchenversammlung damit beauftragt, der norwegischen Kirche ein Verfassungsgesetz zu geben. Diese Kirchenversammlung wird vom König einberufen und soll aus 84 Repräsentanten sämtlicher Gemeinden, 24 Repräsentanten der Geistlichkeit, aus den 6 Bischöfen und 3 vom König ernannten Repräsentanten bestehen. Der Entwurf des Komitees für ein solches Verfassungsgesetz beruht auf dem Prinzip von der Souveränität des Kirchenvolkes.

Organisation. Jede Gemeinde hat ihre Gemeindeversammlung; stimmberechtigt ist hier ohne Unterschied des Geschlechts jeder, der das Alter von 25 Jahren erreicht hat, und der seine Aufnahme in die Kirchengemeinschaft wünscht. Ferner hat jede Gemeinde einen Gemeinderat, der aus 4 bis 10 Mitgliedern bestehen soll, die durch die Gemeindeversammlung für die Dauer von 4 Jahren gewählt werden. Dieser Gemeinderat hat die eigentliche Führerschaft in der Gemeinde. Ausserdem soll ein Rat der Ältesten gewählt werden, der religiösen Charakter hat. Jeder Stiftsbezirk hat seine Bezirksversammlung, die aus je 3 Repräsentanten jeder Pfarre besteht, nämlich einem Geistlichen und zwei Laien, und seinen Bezirksrat, der sich aus 3 Mitgliedern zusammensetzt, nämlich dem Bischof, welcher ihr für allemal den Vorsitz führt, und zwei anderen, von der Bezirksversammlung gewählten Repräsentanten. Das Landesorgan der Kirche ist die Kirchenversammlung, deren Repräsentanten von den Bezirksversammlungen gewählt werden. Die Kirchenversammlung ihrerseits wählt einen Kirchenrat, dessen Vorsitzender durch Sonderwahl auf 2 Jahre ernannt wird.

Gesetzgebung. Alle Kirchengesetze werden auf der Kirchenversammlung angenommen, bedürfen aber der Genehmigung des Königs. Gesetze, die Veränderungen in der augenblicklich geltenden Gesetzgebung betreffen der kirchlichen Fonds, der Gehälter der Geistlichkeit sowie der ökonomischen Verfassung der Kirche mit sich führen, bedürfen der Bestätigung durch Staatsgesetze, um Gültigkeit zu erlangen. Nur diese Gesetze sind Gegenstand der Handhabung durch die staatlichen Behörden.

Ökonomische Verfassung. Die Einnahmen der Kirche setzen sich, abgesehen von ihrem Anteil an den Fonds für das Volksbildungswesen, teils aus Abgaben teils aus freiwilligen Opfern zusammen. Die Abgaben sind keine mit gerichtlichen Mitteln eintreibbare Steuer.

Bekanntnis. Im kirchlichen Bekenntnis tritt keine Änderung ein. Die Entscheidung über alle Lehrfragen liegt in den Händen der Kirchenversammlung. Betreffs des Bekenntniszwanges der Pastoren schlägt das Komitee vor: Falls ein Pfarrer zu der Anschauung gelangt, dass die Lehre der Kirche unrichtig sei, so legt er

die Frage seinem Bischof vor. Befriedigt ihn die Entscheidung des Bischofs nicht, so kann er die Sache der Kirchenversammlung unterbreiten. Diese entscheidet dann endgültig, inwieweit seine Lehre öffentlich verkündigt werden kann. Falls ihm die Entscheidung nicht zusagt und er sich der Auffassung der Kirchenversammlung nicht beugen zu können meint, so muss er sein Amt niederlegen, behält aber ein Anrecht auf Pension.

Freie Gemeinden. Um den verschiedenen Strömungen innerhalb der Kirche grössere Freiheit zu verschaffen, schlägt das Komitee vor die Gründung von freien Gemeinden zuzulassen; aber auch sie sollen Mitglieder der Landeskirche sein und müssen auf dem Boden des evangelisch-lutherischen Bekenntnisses stehen. Zur Organisation einer freien Gemeinde bedarf es der Einwilligung des Kirchenrats, nachdem Erklärungen von dem betreffenden Gemeinde-, Ältesten- und Stiftsbezirksrat eingeholt worden sind. Als Bedingung für die Einwilligung ist unter andrem eine gewisse Garantie dafür erforderlich, dass die Gemeinde eine sichere ökonomische Grundlage hat.

Staat und Kirche. Die Bewilligungsvollmacht über den Fonds für das Volkswesen wird, nach Abzug der zirka 225 000 Kronen, die jährlich der Universität zufallen, ebenso wie über die übrigen Kirchenfonds der Kirchenversammlung übertragen. Mit der Verwaltung wird der Kirchenrat betraut. In Verbindung hiermit schlägt das Komitee vor die kirchliche Abteilung des Departements aufzuheben und ihre Geschäfte dem Kirchenrat zu übertragen.

Ausbildung. Die Ausbildung der Pfarrer erfolgt entweder an der Universität oder an einer Lehranstalt, die die gleichen Anforderungen stellt. Das theologische Staatsexamen wird vor einer Kommission abgelegt, die aus 4 Mitgliedern besteht: von diesen werden 2 vom Unterrichtsdepartement und 2 vom Kirchenrat ernannt. Das praktisch-theologische Seminar wird ganz dem Kirchenrat unterstellt. Bei der Ernennung theologischer Professoren soll das Gutachten des Kirchenrats eingeholt werden.

Aus diesem Vorschlag wird man ersehen, dass er den deutlichen Versuch macht nicht allein die Freiheit der Kirche und ihre Unabhängigkeit vom Staat durchzusetzen sondern ihr auch eine Machtstellung zu geben, die jedenfalls eine gewisse Ähnlichkeit mit derjenigen hat, die die Kirche in den katholischen Ländern einnimmt.

Nach unserer jetzigen Kirchenordnung gilt die Kirche als ein Glied des Volkswesens, und die Männer der Kirche, die Pfarrer, werden dadurch gezwungen mit den Strömungen der Neuzeit mitzugehen. Als Staatskirche in dem Sinne, wie er in den nordischen Ländern gilt, ist die Organisation weltlich; der oberste Herr der Kirche, der die Pfarrämter vergibt und die höchste Machtinstanz bildet, kann recht gut seines Zeichens ein Schuster oder Schneider sein; augenblicklich ist es ein Bauer. Aber auch der Charakter der Organisation ist weltlich. Eine Religionsänderung oder sogar die Abschaffung aller Religion braucht die Organisation als solche nicht zu berühren. Die freikirchliche Bewegung seitens der Religiösen ist darum leicht erklärlich. Ebenso verständlich ist, dass die Scheidung nicht ohne Kampf ablaufen wird.

Unter den Sozialdemokraten hat, wie erwähnt, der Gedanke der Beibehaltung der staatlichen Macht über die Kirche bisher dominiert. Es gibt jedoch innerhalb unserer Partei auch eine Richtung, die an der ursprünglichen Forderung, an der Einrichtung der Privatkirche, festhält, wie es im Einklang mit der Erklärung steht, dass die Religion Privatsache sei. Der Verfasser der vorliegenden Arbeit hat in einer Broschüre geltend zu machen versucht, dass die Religion ein Begriff ist, der in einer Privatkirche schwer einen privateren Charakter haben kann als in einer vom Staate geleiteten Kirche.¹⁾ Inwieweit aber die

¹⁾ Vergl. meine Schrift *Kyrkan 'sedd från socialistisk standpunkt* (Stockholm 1906).

Majorität innerhalb der Sozialdemokratie diesen Standpunkt einnimmt, steht nicht fest. Darum ist auch zu erwarten, dass sich in dieser Frage eine Meinungsverschiedenheit innerhalb unserer Partei geltend machen wird.

Der religiöse Kultus macht einen so bedeutenden Teil unseres sozialen Lebens aus und greift so tief in alle Verhältnisse ein, dass es mit grossem Risiko verbunden ist ihn der privaten Initiative zu überlassen. Man wird gewahr, dass die Kirche sich nicht mit irgend einem bescheidenen Winkel in der Gesellschaft begnügt. Sie will herrschen. Will über Verhältnisse herrschen, die sie nichts angehen. Drum wird man einen ständigen Kampf mit der Privatkirche zu führen haben, um sie zu hindern, dass sie ihr Gebiet überschreitet. Derjenige Teil der Sozialdemokratie, der sich zur Privatkirche bekennt, kann nun antworten, dass das religiöse Bedürfnis des Volkes im Abnehmen ist, und dass man durch Aufklärungsarbeit und Bekämpfung der religiösen Dogmen, ja sogar der Religion selbst, noch eine weitere Reduktion bewirken kann. Hierzu ist zu sagen, dass zwischen der Existenz der Kirche und den religiösen Bedürfnissen kein absolutes Abhängigkeitsverhältnis besteht. Es liegt in der Natur der Sache, dass ein Kampf zwischen der Sozialdemokratie und der Privatkirche unvermeidlich ist: Schon das rein Organisatorische würde dazu führen. Die Sozialdemokratie sieht sich hier durch ihre Aufgaben gezwungen, viel Raum zu beanspruchen, und die Kirche ist, wie wir wissen, in der selben Lage. Doch auch die prinzipiellen Gesichtspunkte müssten zu einem Kampf zwischen der Sozialdemokratie und der Privatkirche führen. Dieser Kampf ist in all den Ländern im Gange, wo die Privatkirche existiert, so in allen katholischen Ländern. Und der Kampf ist so realer Natur, dass es keine besondere Aufmerksamkeit erweckt, wenn ein Schuhmacher, Schriftsteller oder ein weltlicher Universitätslehrer Sozialist ist, während die Tatsache des Übertritts eines Pfarrers auf der Stelle Sensation erregt. Wenn die Sozialdemokratie in ihrer Gesellschaft der Privatkirche einen Platz einräumen will, so muss das Programm hierzu fertig sein, bevor wir ans Werk gehen.

Die religiösen Gefühle, die bei jedem Individuum verschieden sind — ein jeder hat auch in der christlichen Kirche seinen Spezialgott —, existieren nun einmal. Ich behaupte auch, dass sie sehr stark sind. Die Unbegreiflichkeit der kirchlichen Dogmen, die ganze Art ihrer Ausgestaltung, ihre ehrwürdig alte Entstehung vermehren nur ihren Mystizismus und ziehen sogar die Menschen unserer Zeit an. Soll man das alles dann aufschliessen und sich frei entwickeln lassen? Ich glaube, dass wir am weitesten an den skandinavischen Ländern gekommen sind, wo die Kirche als Glied der allgemeinen Volksunterweisung der staatlichen Leitung unterstellt ist. Dadurch ist eine Kontrolle gesichert und die Kirche selbst gezwungen sich dem Gesetz der Entwicklung zu heugen. Sonst existiert nirgendwo eine Staatskirche, die ihrer Organisation nach mit der norwegischen und der dänischen zu vergleichen ist. Die schwedische kommt ihr noch am nächsten.

Man wird bemerken, dass die Art, wie unsere kirchlich gesinnten Kreise die Kirche organisiert wissen wollen, in vielen Punkten mit der jetzt in Frankreich eingeführten Ordnung übereinstimmt. Die ganze Bewegung ist, wie erwähnt, von den pietistischsten Kreisen ausgegangen, von denjenigen Schichten, für die das Wort *Sozialismus* ein Greuel ist. Sie ist gefördert worden, indem sich ihr starre orthodoxe Pfarrer und Bischöfe anschlossen; und seine

HELENE VOIGT-DIEDERICH'S · BESUCH



OTT, so ein Hungerleider. Es war eigentlich nicht recht standesgemäss von Papa ihn einzuladen. Die verstorbene Mama hätte das auch gefunden. So ein gewesener Lithographenlehrling, der dann von irgend jemand entdeckt und zum Künstler ausgebildet worden war. Einfacher Buchdrucker war sein Vater und sollte noch heute irgendwo wohnen, vier Stock hoch im Hinterhaus einer Mietskaserne

Hildegard stand aufgeregt vor der blonden Schwester, die mit roten Tausend-schönchen und Perlhyazinthen im Schoss unter der blühenden Kastanie sass und träumerisch zusah, wie die Zweige in Sonne und Wind ein wunderbar lebendiges Schattenspiel an der weissen Wand des Herrenhauses machten.

»Du brauchst ja nicht mit ihm zu sprechen«, sagte Gertrud langsam mit ihrer unsicheren, zärtlichen Stimme, lächelte in sich hinein und dachte daran, dass es ein wirklicher, ganz wirklicher Künstler sein würde, so einer, von dem Bilder im Museum hingen, der heut nachmittag mit Papa hier durch den Garten gehen würde, und sie fing bereits an Bäume und Teich und die gestreckten Scheunen mit den Augen des Fremden zu betrachten.

»Du brauchst ja weiter nicht mit ihm zu sprechen«, wiederholte sie, stand auf, so dass alle Blumen von ihrem Schoss fielen, und bückte sich dann sie aufzuheben.

»Na danke für gütigen Ratschlag«, sagte Hildegard abweisend, »dass i c h nicht anfrage, darauf kannst du sicher sein. Ich verstehe Papa nur nicht ganz. Wir kennen ihn doch fast gar nicht. Man weiss nicht einmal ob er Manieren hat . . . Alles in allem bleibt es eine Zumutung ihn zu empfangen. Aber so was findest du natürlich romantisch. Nein, ich werde Papa zusetzen, dass er dich endlich zum Winter in die Pension schickt. Da bekommt man erst den richtigen sicheren Blick für das Leben. Vor zwei Jahren, da war ich auch noch so ein Kindskopf wie du . . . Wenn Mama noch lebte, die hätte dich längst fortgeschickt gehabt.«

»Ach, du blaublütiges Pensionsfräulein!« sagte Gertrud, und ihr weiches volles Gesicht verzog sich schnippisch. »Du hast ja überhaupt den Adelstick, ja, das hast du. Herr Referendar und Herr Leutnant, und alle deine Freundinnen müssen von sein.«

Hildegard warf einen kalten Blick auf die Schwester, fand dass es unter ihrer Würde sei zu antworten, raffte ihr Kleid zusammen und stolzierte gemessenen Schrittes den dunklen Parkweg entlang.

An der ziegelgedeckten Mauer, die Gemüseland und Wirtschaftshof von einander schied, tat sich die weisse Gitterpforte auf. Eine breite Männergestalt betrat den Park, zögerte, entdeckte die Mädchen und näherte sich ihnen rasch. Graue Schnurrbartenden flatterten um ein von Lebensfreude gerötetes Gesicht. »Aber Kinder, wo bleibt ihr? Ich denke, wir wollen zusammen an die Bahn fahren?«

»Sie will ja nicht!« sagte die jüngere Schwester und sprang dem Vater entgegen. »Sie könnte sich doch freuen, dass endlich mal jemand zu uns kommt, es kommt ja sonst nie jemand zu uns, die drei oder vier Leute abgerechnet, die immer kommen.« Schmeichelnd heftete sie dem Vater ein paar rote Tausend-schönchen ins Knopfloch.

»Wenn sie nicht mit will: ich komme wenigstens.«
Damit sprang sie ins Haus Hut und Umhang zu holen.

Langsamer folgte Hildegard, wandte sich auf der Treppe noch einmal zum Garten zurück, sah den Vater zur Eile winken und stieg daraufhin noch etwas langsamer die Verandastufen hinan.

Eine Viertelstunde später rollte der gelbe Jagdwagen zum Torweg hinaus. Eilig jagten die glänzend braunen Pferde unter dem tanzenden Ledergeschirr im feuchten Halbschatten des Weges dahin. Hildegard hielt die Zügel und war es selber, die zur Eile trieb: es wäre noch besser, wenn so ein Paar Kutschpferde es nicht leisten könnten zur rechten Zeit am Bahnhof zu sein! Sie kamen an, gerade als der Zug hielt. Papa sprang aus, bevor die Pferde standen und begrüßte den Maler, der im blauen Anzug, suchend und dann hutschwenkend, sich dem Wagen näherte.

Gertrud war auch ausgestiegen und liess sich errötend und zur unrechten Zeit knixend mit dem Maler bekannt machen, was Hildegard mit Triumph und Missbilligung bemerkte. Sie selber gab ihm keine Hand, nickte nur, kitzelte die Pferde mit der Peitsche und murmelte zum Vater gewandt etwas von *schnell Einsteigen* und *Franz* und *Junos Ungeduld*.

»Nun, nun, so gefährlich ist's doch nicht!« Der Papa liess sich Zeit, klopfte die schäumenden Tiere mit dem wirr und heiss gewordenen Fell und bat dann den Maler Platz zu nehmen, während Gertrud zur Schwester hinaufkletterte.

Es war verabredet worden, dass auf dem Heimweg sie die Zügel bekommen sollte. Aber nun blieb Hildegard straff aufrecht am Kutscherplatz, wusste von nichts, und ihre Augen sahen unter dem zurückgeschlagenen Schleier fest und scharf den Geleisen des Fahrweges entgegen. Und Gertrud vergass ihr Recht durchzusetzen. Sie sass ein wenig seitwärts geneigt, warf hin und wieder einen raschen Kinderblick auf den rötlichen Spitzbart des Malers, glitt zu den sehr blauen Augen hinauf und sah dann jedesmal ein wenig erschrocken nach der Seite, wo Papa sass, lauschte auch ein Weilchen aufmerksamer dem lebhaften Gespräch, das zwischen den beiden Männern in Fluss kam.

Die gemeinsamen Bekannten in der Landeshauptstadt, bei denen man sich kennen gelernt, die Bilder, die Papa kurz darauf in der Ausstellung gesehen. Ihm waren ja die Landschaften mit wenig Erde und viel Gewölk, oder den grossen Flächen von Wald und Korn ein wenig zu still, er hätte gern Arbeiter oder wenigstens Tiere darauf gehabt, aber er wusste ja, dass »die Geschmäcker verschieden« seien, und war im übrigen stolz darauf, dass der Maler schon mehr als einmal skizzierend in der Umgebung des Gutes umhergestreift war. Das war's ja auch, was ihn zu dieser Einladung veranlasst hatte, und der Maler sagte — viel zu oft, fand natürlich Hildegard — dass es ihn »doß freute« all dies, was ihm seit Jahren heimlich lieb geworden, wiederzusehen.

Es war ein windiger Maitag, voll von Duft und Fruchtbarkeit. Glänzendes Gewölk und Buchten von tiefem Blau wechselten am heiteren Himmel. Flattern und Schaukeln war überall in den Zäunen, die der letzte Regen schnell undurchsichtig gemacht hatte. In den Lücken der Hecktore tauchten dann die grünen Felder auf: am Horizont eine Waldlinie oder eine Windmühle, manchmal auch beides, zuletzt dann öfter und näher das blaue Meer. Eine doppelte Allee von Linden, die noch nicht so grün war wie alles sonst, führte ein wenig

ernsthaft vom Torweg zum Herrenhaus hinauf, das abseits von den Wirtschaftsgebäuden sich erhob und mit zwei kurzen Flügeln Auffahrt und Rasen trotzig umklammert hielt.

Das blossarmige Mädchen im Häubchen eilte die Steintreppe herab, vom Stall kam der Kutscher herbei und nahm die Zügel an sich. Man stieg vom Wagen, und im nächsten Augenblick stand der Maler lachend und hilflos zwischen einer Schar von bellenden Hunden, die zudringlich an ihm aufsprangen. Hildegard trieb sie zurück mit einer kleinen Lederpeitsche, die sie im Aermel trug, stampfte auch mit dem Fuss, zornig und beherrscht, als zwei junge Doggen ihr ungehorsam mit täppischen Seitensprüngen antworteten.

»Gnädiges Fräulein, Sie verstehen aber mit dem Viehzeug fertig zu werden!« sagte der Maler und bewegte dankbar lächelnd den Kopf. »Unsereins, das hat sein Zigeunerblut im Leib und fürchtet sich vor Hunden.«

Hildegard fand, dass er nicht noch mit seiner geringen Herkunft hätte zu protzen brauchen, und dann sagte er *gnädiges* mit drei richtigen langen Silben, so als ob es etwas recht Ungewohntes für ihn wäre mit einem gnädigen Fräulein zusammen zu sein.

Die jungen Mädchen gingen zum Ablegen in ihr Zimmer hinauf, während der Maler mit dem Hut in der Hand stand und die gewundene Treppe betrachtete, die weiss und golden in den Flur eingebaut war, mit doppelten Armen, die sich über der Saaltür zu einem kleinen Balkon vereinigten. Natürlich imponierte ihm das. Jemand mit Zigeunerblut: dem war es wohl was Seltenes in einem Hause zu sein mit einer Treppe aus dem vorigen Jahrhundert! Hildegard wusch ihr Gesicht mit kaltem Wasser und lächelte und war stolz auf die Treppe, und dabei stieg trotz aller Geringschätzung ein kleines Wohlgefallen in ihr auf an dem Fremden, dem gegenüber sich so recht von Herzen fühlen liess, was es hiess schon von Geburt aus anders als andere zu sein.

Als die beiden Mädchen herunter kamen, sassen Papa und der Fremde schon im kühlen Saal vor der offenen Verandatür, das Mädchen reichte den Kaffee herum. Alles war weiss und hell: die gescheuerte Diele und der mächtige Bauch des Kachelofens, die goldgemusterte Lilientapete, das Geschirr, das durch die Scheiben der Mahagonischränke leuchtete, und die Gipsabgüsse der Büsten von Plato und Sokrates auf dem Eckbrett. Dazu das schimmernde Tisch Tuch und die Mullgardinen, die sich nach dem offenen Fenster zu bewegten, jedesmal, wenn eine Tür ging.

Gertrud nahm dem Mädchen den silbernen Kuchenteller ab und bot selber herum, dann sass sie still mit glänzenden Augen, hörte kaum zu, war versunken in das Gefühl, dass ein wirklicher lebendiger Künstler da mit ihnen in dem weissen, ernsthaften Saal sass, der immer so still war sonst, auch wenn ein paar Gutsnachbarn kamen und bei Wein und Whist froh waren mit Papa.

Hildegard hatte zuweilen ein rasches Wort, das sie mit einem kleinen hochmütigen Ruck des Kopfes in die Unterhaltung warf, und das mehr ihre gute Erziehung als ihre Teilnahme am Gespräch zeigen sollte. Der Maler wandte sich ihr jedesmal mit einem aufmerksamen Blick zu, aber das genügte sie ganz verstummen zu lassen, und das Ende davon war, dass auch der Fremde sie nicht sonderlich mehr beachtete, dafür um so lieber dem Papa zuhörte, der über Anlage und Entstehungszeit von Park und Herrenhaus eine umständliche Erklärung abgab. Er schloss mit der Aufforderung einen gemeinsamen Rund-

gang durch das Gebäude zu machen; später wollte man dann in Park und Feldern sich umsehen. O, es war Zeit, viel Zeit bis zum letzten Zug! Hildegard lehnte mit einem raschen Blick ab den Papa zu begleiten. Sie wollte mit der Wirtschafterin das Abendbrot besprechen. Dann versuchte sie auch Gertrud zurückzuhalten, aber Gertrud tat blind und taub, recht dick aufgetragen, hängte sich an Papas Arm und lachte erst vom anderen Zimmer her noch einmal froh ihrer Flucht die Schwester an.

Hildegard setzte sich an den Flügel, der das einzig Dunkle hier war, zugleich aber all das schimmernde Weiss von Zimmer und Fenster her schimmernder zurückwarf. Sie blätterte in Mozarts Sonaten, nahm dann ein Liederalbum vor, ohne einen Ton anzuschlagen, stand auf und setzte sich wieder auf das selbstgestickte Polster des runden Sesselchens, drehte sich ein wenig herum und hielt jedesmal unwillig an, wenn die Schraube unten zu quieken begann. Eigentlich ärgerte sie sich, dass sie nicht mitgegangen war: Was hatten sie übrigens nur so lange im Haus zu besehn?

Nach einer halben Stunde erst kamen die anderen von ihrem Rundgang zurück, lächelnd und händereibend der Papa, Gertrud mit verklärten Augen, und ganz ausgelassen vor Begeisterung der Maler: Das Gelb der Wände, die Decke im niedrigen Billardzimmer, die schweren bäuerlichen Renaissancestühle im getäfelten Speisesaal, ein Fetzen von blauem Gobelin, der Empireschreibtisch, gelb mit schmalen Streifen von Grün eingelegt: Donnerwetter, wo hatten die Leute von Anno dazumal nur immer all das feine Kirschholz her! Dann die alten Familienbilder, vor allem das Pastell der blonden Urgrossmutter im schimmernden Atlasweiss. Das musste eine Frau gewesen sein, doll fein. Allein wie an den Schläfen das Haar ansetze! Dann die Linie des Mundes, aufgebogen in der Mitte und nach den Winkeln zu schmerzlich gesenkt
Übrigens war die Ähnlichkeit mit Fräulein Gertrud auffallend, bis auf die Bewegung der Schultern zu verfolgen.

Das blonde Mädchen mit den feinen roten Wangen errötete, und Papa lächelte und sagte: »Na, du kleine Urgrossmutter« und beguckte sein Kind ein bisschen. Hildegard aber schlug ungeduldig vor, wenn man gehen wollte, wolle man jetzt gehen, denn mit dem Regen sei es nicht sicher heut; und herablassend verschwand sie ihre Jacke zu holen.

Man stieg die Verandatreppe hinab.

Es war sehr warm im Park. Alleen und Laubengänge schatteten noch kaum. Aber es war auch eigentlich nicht die Sonne, die wärmte sondern die ganze feuchte Frühlingsluft, die schwer war vom harzigen Duft der Koniferen und voll von Vogelgesang; besonders ein Vogel war es, der mit drei Tönen immer wieder rief: genau die drei ersten Töne der Ouvertüre vom *Oberon*, und als der Maler das gesagt hatte, spitzte er seinen Mund zum Pfeifen und pffif sie nach.

Man wollte die Schwäne auf dem Teich sehen, aber sie hatten sich im Schilf versteckt, und erst als Papa den Handstock im Kreise schwang, kamen sie geschwommen und fauchten den grossen Doggen entgegen, die von Hildegard herangerufen bellend am Ufer auf- und niedersprangen.

Aus der Pforte an der Waldseite trat man später durch die grünen Buchenreihen aufs freie Feld hinaus. Die Sonne schien nicht mehr, aber es war

wärmer und fast windstill geworden. Ruhig lag die Erde, die Ferne fast so deutlich wie das, was nah war, und darüber ein bedeckter Himmel, graugelb, von tausend kleinen Wolken belebt, die aussahen wie verstreute Flachsknoten, geballt am Grund, nach oben leicht und hell verflatternd. In stumpfen Pfaden lag das glänzende Gras hinter den schreitenden Füßen. Das Gespräch war für eine Weile eingeschlafen. Hier draussen kamen Papa allerhand wirtschaftliche Gedanken, die sich mit Klee, Rüben und Brachfeld befassten. Auch war es ihm nicht recht, dass das Wasser für die Kühe aus der sumpfigen Moorgrube geholt wurde, und er herrschte den vorbeifahrenden Knecht an und war dann unzufrieden mit Hildegard, weil sie die beiden Hunde mitgenommen.

»Das Viehzeug ist schon so unruhig genug. Jedesmal merkt man sowas nachher an der Milch.«

Hildegard blieb stehen, bereit mit den Hunden zurückzubleiben. Aber da war Papas Zorn schon verraucht, und er lachte und sagte: »Na, ich weiss ja, Schlossfräulein, dass du so etwas um dich herum nötig hast.«

Diese vornehm spöttische Handwegung war ebenso unpassend von Papa wie vorhin das mit der Milch. Hildegard war unzufrieden, und in dieser Stimmung vermisste sie es doppelt, dass der Maler gar kein bisschen verwundert schien über die endlos lange Reihe der roten Kühe, und sie hätte ihn gern noch einmal entschieden darauf aufmerksam gemacht. Aber wenn er nicht mit ihr sprach: sie fing wahrhaftig nicht an!

»Gnädiges Fräulein, Sie haben einen Anbeter«: das war es, was sie schliesslich hinter sich hörte.

Stolz und verständnislos wandte sie sich um. Der Maler hatte sich gebückt und stand nun aufrecht mit dem Dornbusch in der Hand, den er vom Saum ihres Kleides losgehäkelt hatte.

»Sie kennen dieses Wort wohl gar nicht?« lachte er. »Mich wundert übrigens, dass er's gewagt hat« Damit schleuderte er den Busch weit hinaus in das silberne Gras.

»Doch, ich habe es gehört, in der Pension«, sagte Hildegard verächtlich und schritt schneller voran, von nun an nur noch mit ihren Hunden beschäftigt, während Gertrud nach wie vor an Papas Arm hing und nur zuweilen seitwärts ins Gras hineinschnellte, voll von Hoffnung auf ein Vierklee und traurig, dass sie immer noch keins fand. Es wäre so schön gewesen heut ein Vierklee zu finden und in Geibels Gedichten zu pressen.

Der Maler schwärmte, kniff die Augen zusammen und prüfte mit schief gehaltenem Kopf die Landschaft. Dies wahnsinnige Gelb des Rapssaatfeldes, das in einer Zunge in den Meeresstreifen hineinwuchs, so dass Blau und Gelb schroff aufeinanderplatzten: zu schroff, um möglich zu sein. Die jungen Pferde, die auf dem Hügelkamm weideten und riesenhaft gegen den glänzenden Himmel standen, das Lila, mit dem der grüne Wald gegen das grüne Feld absetzte, und dann fiel ihm auf, wie das rote Halsbandleider zum stahlgrauen Fell der Doggen »klang«.

Als er das sagte, sah Hildegard ihre Hunde an, und während sie noch eben innerlich bereit war über das *klang* zu spotten, wurde plötzlich der alltägliche Anblick etwas ganz Neues, fremdartig Schönes, und als sie betroffen von dieser Entdeckung die Augen abwandte, sah sie statt Meer und Rapssaat lodernde Flächen von Blau und Gelb, sah dass da hinten irgendwo schöne schlanke Pferde

weideten, ohne daran zu denken, dass es ihres Vaters Pferde waren, und eine unklare Scham befiel sie und eine Ahnung von dem, was da war: niemand zu eigen als dem, der es zu fühlen verstand. Sie spürte ein wenig Wärme und Neugier in sich heraufkommen, zugleich aber regte sich etwas wie Eifersucht, dass der Fremde da von dem was ihnen gehörte etwas besass, was sie nicht haben sollte, und dann sagte sie so obenhin, dass das mit dem roten Leder etwas ganz Zufälliges sei. Sie hätte gern noch seine Antwort gehört, aber nun mischte Papa sich wieder ins Gespräch und man redete weiter von Hunden und Pferden, vom schönen Land und von der schönen Jahreszeit und Papa sagte einmal über das andere, dass es etwas Seltenes für ihn wäre so mit jemand zu gehen, der so viel Freude hätte an allem: Gott ja, fünfundzwanzig Jahre weiter zurück, da hätte ihm auch noch so ziemlich der Sinn gefehlt für das, was jetzt die Hauptsache sein musste.

Auf Umwegen, vorbei an versprengten Buchenwäldchen und grünen Teichen, in denen die Frösche anfangen laut zu werden, kam man nach Hause zurück. Auf der Veranda war der Tisch zum Abendbrot gedeckt. Alles in Weiss und Silber, gelber Wein funkelte in der geschliffenen Karaffe, und säuerlich duftete der rote zerschnittene Rhabarber aus der offenen Glasschüssel. Papa war sehr aufgelegt während des Essens. Er lachte, sprach von seiner Jugendzeit, seinen Reisen, seinem Studium, und fragte dann den Maler nach Italien, nach Neapel, das er so gut kannte aus Andersens *Improvisator*, liess sich von der römischen Campagna vorschwärmen, hob dann das Glas gegen seine Töchter und sagte: »Kinder, wahrhaftig, wenn ihr gross seid, fahren wir auch noch mal hin!«

Man war längst fertig mit dem Essen, aber nun sass der Maler und erzählte von der Riviera, vom Gletschergrün, vom Engadin: während in der Waldlücke drüben plötzlich noch einmal die Sonne im Untergehen sichtbar ward und für eine Sekunde tausend rote Lichter aufbrannten in Glas, Silber, Wein und Menschenaugen.

Dann fiel das Wort *Nietzsche*.

Papa kannte ihn nicht, er wusste nur das eine von ihm, dass er schuld sei an der heutigen Sucht der jungen Leute sich auszuleben.

»Na, das ist ein weites Feld!« lachte der Maler. »Wenigstens, ich sag Ihnen, Sachen hat er geschrieben, doll fein. Der *Zarathustra* ist immer in meiner Tasche.«

Er zog ein braunes Lederbändchen heraus, blätterte darin, hielt an und zitierte: »Nacht ist es: nun reden lauter alle springenden Brunnen. Und auch meine Seele ist ein springender Brunnen. Nacht ist es: nun erst erwachen alle Lieder der Liebenden. Und auch meine Seele ist das Lied eines Liebenden.«

Papa fürchtete, es möchte etwas kommen, was seinen Töchtern schaden könnte, und er schickte Hildegard nach den Zigarren, und Gertrud sollte fragen, ob das Mädchen dem Kutscher Bescheid gesagt, und als der Maler noch immer mit seinem Buch in der Hand sass, sagte er aus Höflichkeit, es würde ihn sehr interessieren den Mann kennen zu lernen.

Dann hörte man draussen die Wagenräder auf dem Kies, das Mädchen kam und meldete, dass alles zur Abfahrt bereit sei.

Der Maler erhob sich.

Von den Töchtern verabschiedete er sich oben an der Haustür. Von Gertrud

mit einem Blick, in dem ein ganz klein wenig harmlose Huldigung für das zärtliche Kind lag, von Hildegard mit einer absichtlich förmlichen Verbeugung und einem halben mitfühlenden Lächeln: freu dich, dass du den Eindringling los bist!

Papa begleitete den Maler an den Wagen, gab dem Kutscher mit der Uhr in der Hand eine Anweisung, lehnte allen Dank ab, sah das rollende Gefährt in der langen Allee verschwinden, bewegte noch einmal den Hut und trat dann mit herzlichem Lachen seinen Töchtern entgegen.

»Ein drolliger Hering! Aber bei allem, er gefällt mir; er gefällt mir nicht schlecht. Schade, dass er aus der Gegend fortzieht: man könnte ihn öfters da haben.«

Er nahm seine beiden Töchter unter den Arm, sprach noch eine Weile heiter auf sie ein und liess sich dann Lampe und Zeitung auf die Veranda bringen.

Gertrud war müde vom langen Tag und allem, was sie erlebt hatte. Sie sagte *Gute Nacht* und ging hinauf. Aber nach einer Weile kam sie noch einmal in den Saal geschlichen, leise, dass auf der Veranda sie niemand hören sollte, und band ein Seidenbändchen um das Bein des Stuhles, auf dem der Maler gesessen. Hildegard blieb noch mit einer Stickerei beschäftigt neben dem Vater. Sie hatte sich vorgenommen, dass sie vor dem Schlafengehen noch eine Blume und zwei Schnörkel machen wollte an der Nachtzeugtasche für die Pensionsfreundin. Aber sie hatte keine rechte Ruhe dazu, und als sie einen ganzen Stengel mit falschen Stichen gemacht hatte, wurde sie ärgerlich und fand, dass beides, Tasche und Freundin, ein wenig albern war.

Sie warf ihre Arbeit hin und ging in den Park hinunter, und sie jagte die Hunde zurück, die unter der Veranda hervorsprangen und mitlaufen wollten. Ganz gegen ihre Art, sie wusste selbst nicht warum, jagte sie die lauten Hunde zurück. Unten auf der Brücke aus schimmerndem Birkenholz stand sie regungslos und sah den langen Baumgang hinunter mit den schweren Schatten rechts und links, und dann fiel ihr plötzlich der Vers ein, den der Maler vorgelesen: »Nacht ist es . . . « Ob wohl das Buch drinnen im Saal liegen geblieben war? Eine Sehnsucht befahl sie nach den Worten, die sie nicht mehr wusste, und ein Verlangen, die Hände auszustrecken nach etwas, das heut an ihr vorbeigegangen. Und sie schritt die Parkwege zurück, voll von einem wunderlichen Gefühl für all dieses Dunkel und Grau um sich herum, nichts sah sie mehr als dieses Dunkel und Hellgrau, und es schien mehr zu sein und lebendiger als alles, was wirklich da war.

Im Saal brannte kein Licht mehr, suchend tappte sie mit den Händen über den Tisch und über den Flügel, aber sie fand das Buch nicht, und als sie enttäuscht zum Vater zurückgehen wollte, sah sie plötzlich an der weissen Flurtür die Gestalt ihrer Schwester lehnen.

»Gertrud . . . , aber Gertrud, wenn dich jemand sieht im Hemd! Was willst du denn noch?«

»Ich hatte etwas vergessen«, sagte das Kind, heiser vor Schrecken, dass sie ertappt war.

Hildegard griff schnell nach der Schwester Händen: nein, das Buch hatte sie nicht, wie hätte sich das Kind daran verderben können! Aber die Finger der Rechten blieben zusammengekniffen, und Gertrud machte nicht auf, Hildegard konnte so viel drücken, quälen und kitzeln, wie sie wollte. Nein, sie gab nicht

nach: es war ja auch nichts drin, was sie nicht hätte nehmen dürfen, nichts als ein Häufchen Asche, Asche aus der Schale, in die der Maler seine Zigarette abgestossen.

XX

HEINRICH HARPUDER · INDIVIDUALISMUS UND SOZIALISMUS



N seiner reinsten, konsequentesten und eben deshalb extremsten Form ist der Individualismus¹⁾ die Weltanschauung von gestern. Oder eigentlich hat er es nie zu einer allgemeineren Anerkennung gebracht; er ist stets das geblieben, was er von allem Anfang an war, damals aber sein musste: Glaubenssatz einer verschwindenden Minorität, Sektendogma. Dass aber seine Ausbreitung, sein Wachstum in die Tiefe und Breite schon auf der ersten Stufe erstarrte und trotz aller Wiederbelebungsversuche nur noch mehr versteinerte, darin liegt schon sein Todesurteil gefällt, seine Lebensunfähigkeit von der Entwicklung bestätigt. Denn in noch viel höherem Grade als früher ist heutzutage alles Massenbewegung, jeder Sieg ein Massensieg — oder er ist eine Niederlage. Dieser Individualismus ist nie über das lebenslängliche Theorem hinausgekommen. Es ist nie auch nur der Schein eines ernsthaften Versuchs gemacht worden, ihn aus dem luftigen Reiche menschlichen Denkens, philosophischer Spekulation, in die harte, aber wertvoll greifbare Realität der Erde umzusetzen, die mühsam mit dem Pfluge will bearbeitet sein. Das Scheitern eines solchen Wagnisses etwa die unendlich geistreichen, aber vagen Stirnerschen Ideen aus Nebelheim in eine zu schaffende gesellschaftliche Organisation herunterzuholen und praktisch zu verwirklichen liegt zu offensichtlich. Es ist bezeichnend, dass, wo immer man sich daran machte auf Grundlage dieser Gedanken ein halbwegs oder entfernt durchführbares Zukunfts- und Gegenwartsprogramm aufzubauen, dies immer nur auf dem Wege der Korruption seines Wesens und seines reinen Charakters durch mehr oder weniger soziale und demokratische Elemente gelang: so beim Bakunismus durch Aufpfropfen eines kollektivistischen Zweigsystems auf den schlackenfrei individualistischen Stamm des Stirnerschen Anarchismus. Was alles natürlich am utopischen Charakter der Grundsteine und damit des ganzen Baus nichts verändern konnte. Es wurzelt eben im Wesen des Individualismus, dass seine Realisierung ein frommer Wunsch bleibt, solange er *er selbst* ist, frei von allen Fremdkörpern, die ihn verstümmeln. Robinson, um diesen ewigen Juden der Sozialwissenschaft noch einmal zu missbrauchen, konnte sich den Luxus gestatten nach einer extrem individualistischen Weltanschauung sein Dasein einzurichten; auch dann noch, als er nicht mehr der *Einsige* sondern mit Freitag zu zweien war, ja selbst, wenn sich diesem Freitag noch ein Donnerstag, Mittwoch usf. hinzugesellt hätte. Auch der Besitzer

¹⁾ Eine objektive Orientierung über den allgemeinen Gedankenkomplex des Individualismus bietet die Schrift Walther Borgius' *Die Ideenwelt des Anarchismus* /Leipzig 1904/, über die in der Rundschau der Sozialistischen Monatshefte (1904, 2. Band, pag. 677 ff.) bereits referiert wurde. Von Behandlungen vom sozialistischen Gesichtspunkt aus seien genannt: Josef Bloch (*Catilina*) *Die anarchischen Lehren und ihr Verhältnis zum Kommunismus im Sozialistischen Akademiker*, 1895, pag. 273 ff.; Georg Plechanow *Anarchismus und Sozialismus* /Berlin 1904/; Eduard Bernstein *Die soziale Doktrin des Anarchismus in der Neuen Zeit*, 1891-1892, 1. Band, pag. 358 ff.; Alexandre Hamon *Der Anarchismus, eine Richtung des Sozialismus?* im *Sozialistischen Akademiker*, 1896, pag. 107 ff.

eines ganzen Heeres von Dienern und Sklaven hat die Macht in seiner kleinen Gesellschaft, in seinem *Staate* ein ganzer, vollgewichtiger Ludwig XIV. zu sein und seinen Willen zur *suprema lex* zu dekretieren. Dass *er* ganz nach seinem Kopfe leben könnte, ist denkbar. Ein praktischer Nonsens aber ist, trotz aller Theorie, ein Individualismus — und wir sprechen hier zunächst nur von seiner reinen extremen Gestalt — unter lauter Individualitäten. So paradox es klingen mag: Individualismus ist nur möglich zwischen Individualität und Nichtindividualität. Als Fundament für die Beziehungen der Persönlichkeiten untereinander wäre er heute die Auflösung aller Gesellschaft, ihr Harakiri, oder aber er hat zur notwendigen Voraussetzung eine völlig anders geartete menschliche Natur, einen neuen Menschentypus, den eines Über-, Edel- oder Adelsmenschentums. Für dies Amerika muss aber erst noch der Columbus geboren werden. Aus diesem Grunde muss meines Erachtens einer Kritik des praktischen, in unserem Sinne des mit sozialen Momenten durchsetzten Individualismus zunächst eine Kritik des reinen Individualismus vorangehen.

Jede Weltanschauung, mag sie sich in das Prunk- und Staatskleid eines religiösen Glaubensbekenntnisses oder in den simplen, aber oft solideren Mantel einer Philosophie hüllen, ist, was ihren Inhalt wie ihren Ursprung betrifft, eine Auseinandersetzung des Menschen mit den Problemen des Lebens: naturwissenschaftlichen wie sozialen. Was in dieser Beziehung die Gegenwart von früheren, weiter zurückliegenden Epochen absondert, ist, dass heute das charakteristische Merkmal einer konkreten Weltanschauung weniger auf naturwissenschaftlichem als gerade auf gesellschaftlichem Boden liegt. Das soziale Problem ist das zentrale Problem der Jetztzeit. So unterscheiden sich auch die beiden Weltanschauungen des Individualismus und Sozialismus auf sozialem Gebiete durch die einer jeden eigenen Auffassung des Problems *Individuum und Gesellschaft*. Welche Stellung nimmt der einzelne in der Gesamtheit ein, und welche kommt ihm in ihr zu? Je nachdem der eine oder andere diese Frage beantwortet, neigt er mehr der sozialen sozialistischen oder der individualistischen Weltanschauung zu, mag er nun in Denken und Tun die letzten Konsequenzen seiner Antwort ziehen und damit beweisen, ob er sich der Wichtigkeit seiner Entscheidung bewusst war oder nicht.

Ludwig Feuerbach sagt: »Der Mensch ist dem Menschen das höchste Wesen.« Der extreme Individualismus geht von dem Satze aus: Ich bin Mir das höchste Wesen. Mir geht nichts über Mich. Es gibt nichts, das über Mir steht: Ich vertrage das nicht. Alles steht unter Mir, die Sachenwelt wie die Menschenwelt, beide sind Mir gleichermassen botmässig: so will es Mein Wille. Ich kann keine Herren über Mir dulden: Ich selbst will ihr Herr sein. Die Imperative des Dekaloges: Ich bin dein einziger Gott, du sollst keine Götzen haben ausser Mir, wendet der Individualist auf sich an: Ich bin Mein einziger Gott; ausser Mir gibt es nichts, das Ich anbeten, zu dem Ich emporsehen müsste, nichts unberührbares, das Ich nicht umstossen dürfte. Ich darf alles, wofern Ich es k a n n. Mein Recht hat bloss e i n e Grenze: Meine Macht. Ich erkenne kein Gesetz an als Meinen Willen. Ethik, Humanität, Gesellschaft, Staat, Nation, Recht sind für Mich leere Begriffe, Schreckgespenster und Spukgeister, ein Schein, hinter dem nichts steckt. Ich brauche bloss nicht an sie zu glauben, und sie sind nicht da. Sie sind Netze, aufgestellt, damit Ich

Mich in ihren Maschen verfange und Mich zeitlebens im Dienste eines *Sparrens* abzappele: Ich bin dazu nicht töricht genug. »Ich hab' Mein' Sach' auf Nichts gestellt [als auf Mich]«.²⁾

Das ist so etwa der konzentrierte Gehalt des konsequenten Individualismus in der wikingerkühnen Fassung Stirners. Man ist nun sehr leicht verleitet zu schliessen — und wir begegnen auch in der Tat diesem Schluss allzu häufig —, dass diese Art des Individualismus nichts als ein geistreiches System des krassesten Egoismus darstellt oder, wenn nicht von vornherein so gewollt, mit Naturnotwendigkeit in ein solches münden muss. Nichts ist falscher als diese Annahme. Die fortwährende Betonung des *Ipse*, des *Ego* verführt dazu. Dieser Egozentrismus muss nicht notwendig in selbstischen Egoismus hinauslaufen. Wenigstens nicht in einen Egoismus in unserem vulgärüblichen Sinn: als Antialtruismus. Der Kult der eigenen Persönlichkeit kann möglicherweise zur Anerkennung des Rechtes eines anderen auf Persönlichkeit führen, für kürzere oder längere Zeitdauer, auf schmälere oder breitere Basis. Aber — und das ist der springende Punkt — er muss nicht dazu führen. Da das Individuum souverän ist, kann es einem anderen Rechte einräumen, sie aber auch sofort zurückziehen, wenn sein Interesse es gebietet oder wenn auch nur seine Laune umschlägt. Etwas Bindendes gibt es für es nicht, wenn nicht die Faust dieses anderen. Und dann entscheidet eben der Kampf oder vielleicht schon das blosse Pochen auf die Macht und die mutmasslichen Aussichten. Wie es überhaupt dem reinen individualistischen Gedanken eigentümlich ist, dass, sobald er als massgebendes Prinzip den Plan für den Unterbau einer realen, nicht bloss ideellen Gesellschaftsordnung liefern würde, diese aller nun einmal nötigen Stabilität — im relativen Sinne — ermangeln müsste, ihre Grundlagen keine festen, beständigen, beharrlichen sondern höchst unbeständige, jeden Augenblick veränderliche, unter den Füßen wankende und flüssige sein würden. Der Aggregatzustand einer exklusiv individualistischen Gesellschaft, wenn man dieses Gebilde überhaupt unter den unendlich viel festeren und strafferen Begriff der *Gesellschaft* bringen darf, wäre ewig schwankend, sowohl in Inhalt wie Form. Dichte des gesellschaftlichen Zusammenhanges, der Rechte und Pflichten des einzelnen usw., keinen Augenblick konstant, ein perennierendes Hin- und Herfluten.

Da das Individuum über der Gesellschaft steht, kann es von keiner ausser ihm thronenden Gewalt gezwungen werden Glied eben dieser Gesellschaft zu werden und zu bleiben. Findet es der einzelne gut, so scheidet er aus und ist damit von allen gesellschaftlichen Satzungen, an deren Aufstellung er vielleicht selbst mitgearbeitet, losgebunden. Majorisieren lässt er sich nicht, das widerspricht seiner Auffassung von seiner Souveränität und seiner Freiheit.³⁾ Es müsste erst vorher das Sphinxrätsel gelöst werden: alles allen recht zu machen. Die

²⁾ Vergl. vor allem Max Stirners Werk *Der Einzige und sein Eigentum*, dazu die satirischen Glossen Karl Marx' und Friedrich Engels' gegen Stirner *Sankt Mar*, veröffentlicht in den *Dokumenten des Sozialismus*, 4. Band, pag. 210 ff., und Eugen Dietzgen *Max Stirner und Josef Dietzgen* im Anhang zu des letztern *Streifzügen eines Sozialisten in das Gebiet der Erkenntnistheorie* /Stuttgart 1906/; ferner John Henry Mackay *Die Anarchisten* /Berlin 1891/.

³⁾ »Der Staat muss wegl Bei der Revolution tue ich auch mit. Untergrabt den Staatsbegriff, stellt die Freiwilligkeit und das geistig Verwandte als das für ein Bündnis einzig Entscheidende auf: das ist der Anfang einer Freiheit, die etwas wert ist! Ein Wechsel der Regierungsformen ist weiter nichts als eine Pusserei mit Graden — ein bisschen mehr oder ein bisschen weniger — Torheit alles zusammen! So Henrik Ibsen an Georg Brandes am 17. Februar 1871.

Gesellschaft ist für ihn keine Zwangsorganisation, in die man hineingeboren wird und aus der man bloss austreten kann, indem man herausstirbt. Sein Prophet wider Willen ist Rousseau. Der *Contrat social* die typische Organisation der Individualisten. Sie schliessen einen Vertrag, treten einen Teil ihrer Rechte, ihrer Macht, ihrer Befugnisse, ihrer *Hoheiten* einer ideellen, juristischen Person, ihrer Vertretung, ab; behalten sich aber *eo ipso* und stillschweigend — und damit schreiten sie über Rousseau hinaus, der bloss eine *raisonable* Erklärung der Staats- und Fürstensouveränität geben wollte — das Recht des Austrittes für jeden Augenblick vor.

Diesem Individualismus ist das Recht des Individuums das Primäre, Originäre, das Gesellschaftsrecht, soweit er ein solches überhaupt anerkennt, das Sekundäre, Abgeleitete, eine Derivation. Umgekehrt dem Sozialismus. Während der Individualismus alles Sozialrecht als Recht der Gesellschaft an ihren Gliedern aus dem Recht der einzelnen Individuen durch Synthese vieler Teilwillen entstehen lässt, erhebt der Sozialismus das Recht der Gesellschaft zur *Quelle* der Rechte jedes einzelnen, macht er die Souveränität der Gesamtheit zur Mutter der den Individuen von Gesellschaft wegen eingeräumten Hoheitsrechte, Freiheiten und Befugnisse. Und alles dieses im Namen und zum Heile selbiger Individuen. Man mag vielleicht darin eine Entwürdigung der Persönlichkeit erblicken; aber sie wird bloss *ideell* entwürdigt, um dann *reell* in alle Würden eingesetzt werden zu können. Die Gesellschaft beschneidet die Rechte, den Willen, die Handlungsfreiheit des einzelnen zu gunsten der Rechte, der Freiheit und der Willensbestimmung aller andern. Da dies jedoch gleichzeitig an allen andern vollzogen wird, keiner eine Exemption bildet, wächst einem jeden an Rechten und Befugnissen hier zu, was ihm auf der anderen Seite genommen worden. Beraubt, steht er reicher da denn zuvor. Er wurde gebunden, um in Wahrheit desto freier im Sozialismus sich auswirken und ausleben zu können.

Ebenso deplaciert wie der Vorwurf des Antialtruismus, den man so oft dem Individualismus in seiner Reinkultur macht, ist allerdings auch der, dass er unsittlich, antiethisch sei; ebenso hinfällig wie seinerzeit der der Immoralität gegen Nietzsche; Nietzsche, den grössten, höchststehenden und fanatischsten Moralisten. Der Individualismus steht, er kann sich darauf berufen, jenseit von Gut und Böse. »Was gut, was böse! Ich bin ja selber Meine Sache, und Ich bin weder gut noch böse. Beides hat für Mich keinen Sinn.« Er ist nicht so sehr antiethisch als er vielmehr anethisch ist. Die Ethik, wie ihre Tochter, das fixierte, fest niedergelegte Recht, hat die soziale Aufgabe, dem einzelnen in seinem Tun und Lassen Zügel anzulegen, ihn in seiner Freiheit, sobald diese in gesellschaftsschädlicher Weise die ihr zugemessenen Grenzen überschreitet, zu beschränken, ihm ihr Veto zuzurufen, damit nicht die andern darunter leiden müssen. Der Individualismus aber versagt wohl jeder ihm von aussen aufgedrängten Fussfessel die Anerkennung, erblickt darin eine Usurpation, einen widerrechtlichen Eingriff in seine Machtsphäre und folgert daraus die Berechtigung dagegen zu protestieren und eventuell zu rebellieren. Aber er selbst, er darf sich eigenmächtig die Fussfessel anlegen. Nichts kann ihn daran hindern. *L'État c'est moi*. Sieht er die Ratsamkeit ethischer und rechtlicher Imperative ein, erkennt er, dass er als Individuum ein gewichtiges Interesse an einer Rechtsordnung, an ethischen,

allgemein gültigen Maximen hat, so kann er sich ihnen freiwillig unterordnen. Aber — und damit taucht wieder das Faunsgesicht der Labilität einer individualistischen Gemeinschaft auf — alles beruht nur auf momentanem Übereinkommen, auf der Konvention. Spricht die Vernunft oder die Willkür anders, so ist Ethik und Recht auf Kommando für ihn nicht mehr vorhanden, sie sind ihm Luft geworden. Der Gesellschaftsbau des Individualismus ist ein gänzlich loser, ob sich die Menschen in beruflichen oder anderen Interessengruppen vereinigen; die Steine sind nie mit Mörtel fest und dauerhaft verbunden. Sie liegen lose auf einander, wie die zu einem Bau gefügten Steine eines Baukastens. Oder, ein recht grober Vergleich, ihr Gesellschaftskörper ist ein Organismus, dessen einzelne Zellen, die Individuen, völlig souverän sich der sozial absoluten Freiheit erfreuen; behagt es ihnen in der Gesellung nicht, so dürfen sie auseinanderstieben. Zwischen den einzelnen Gliedern erkennt er kein anderes Bindemittel an ausser dem des individuellen Willens: der beliebig widerruflichen Einwilligung.⁴⁾

Aus eben dem selben Grunde muss aller Individualismus antidemokratisch sein, muss er jedes Majoritätsprinzip als letztes, entscheidendes Wort verwerfen. Majorisierung bedeutet für den einzelnen Vergewaltigung seines Einzelwillens durch den Gesamtwillen.⁵⁾ Und da ihm dieser sein Einzelwille sein unantastbares Sanktissimum verkörpert, so muss er dagegen rebellieren, *rebelle à l'abandon*. Völlig anders vom Standpunkte einer sozialen Weltanschauung. Da das Recht, die Freiheit usw. des Individuums Ausfluss des Gesamtwillens ist, ein bescheidenes Segment dessen, so ist die Majorisierung des einzelnen nicht sinnföhl mit seiner Tyranisierung oder seiner Vergewaltigung. Die Gesellschaft ist souverän und nur durch diese vermittelt das Individuum. Glaubt es, dass der Majoritätsbeschluss eine zufällig oder künstlich hervorgerufene falsche Interpretation des Gesamtwillens ist, so mag es auf eine Korrektur hinwirken. Dazu ist es berufen; nicht aber den Gesamtbeschluss um deswillen nicht anzuerkennen, weil dem etwa sein persönlicher Wille widerschlägt.

Ob Individualismus oder Sozialismus, beruht auf dem Unterschied des Sehapparates. Oder, anders ausgedrückt, der Individualismus sieht durch eine Zerstreuungslinse. Die gesellschaftliche Einheit wird ihm zur Vielheit und Mannigfaltigkeit, zur Buntheit. Der Gesamtwille zersplittert in eine Summe, in eine Unzahl von kleinen und winzigen Willen, die einander fieberhaft bekämpfen, die tödliche Waffe in der Hand und so oft eine heimtückische Hinterlist im Herzen, und die verurteilt sein sollen dies ewig zu tun. Das Gemeininteresse atomisiert sich in eine Sahara von kleinsten und kleinlichen Sonderinteressen. Alles zerstäubt. . . . Der Sozialismus, die Kristallisation der einzig zu Ende gedachten sozialen Weltanschauung, sieht durch eine Sammellinse. Auf seiner Netzhaut sammeln sich wieder die zerstreuten Elemente und Gesellschaftsatome zu einer vielfarbigen organischen Einheit mit

⁴⁾ Vergl. hierzu Rudolf Stammer *Die Theorie des Anarchismus* (Berlin 1894).

⁵⁾ Als Anarchisten, das heisst Leute ohne Regierung, bekämpfen wir jeden, der sich irgendwie Gewalt über die Menschen angeeignet hat, den Besitzer, Fabrikanten, jeden Staat, auch den sozialistischen. Jeder Gedanke an Autorität ist uns zuwider, jedes Gesetz ist unser Feind. Unser Ziel ist daher Vernichtung jedes Staates durch eine revolutionäre Bewegung; alle gesetzlichen Mittel, auch das allgemeine Stimmrecht, verabscheuen wir. (Aus dem Manifest des 2. anarchistischen Kongresses zu Genf am 12. August 1882, zitiert bei A. Kuroff *Der Anarchismus keine Richtung des Sozialismus im Sozialistischen Akademiker*, 1896, pag. 693.)

einem Gesamtinteresse, einer kommunen Freiheit, einem gemeinsamen, alle umspannenden Wollen.

Die Thesen des extremen Individualismus stellen eine historisch durchaus verständliche Verirrung des menschlichen Denkens dar, in der die Konsequenz so weit geführt wird, dass sie in eine Inkonsequenz münden muss. Eine partielle wertvolle Wahrheit, wie sie ohne jeden Zweifel der Kerngedanke des Individualismus ist, wird, indem sie über die ihr eigentümlich zugehörnde Sphäre hinaus zur Dominante, zum leitenden Prinzip aller sozialen Lebensbetätigung aufgebläht wird, zu einer totalen Unwahrheit. Denn der ausschliessliche und sich immer in den Vordergrund drängende Ichgedanke des extremen Individualismus ist nichts als die bis auf die äusserste Spitze getriebene Lehre vom Wert der Persönlichkeit, von der Bedeutung einer allseitig durchgebildeten, selbständigen Individualität, die in gleicher Weise wie sie ihr Gewicht, so auch das der ganzen Gemeinschaft richtig einzuschätzen versteht. So, in einer engeren, aber dafür richtigen Umgrenzung, begriffen, wird der Individualismus gerade für jene Weltauffassungen eine Notwendigkeit, wenn nicht eine unumgängliche Voraussetzung, die an Stelle eines losen Verbandes der Menschen eine innigere, vielfach verschlungene Verknüpfung gesetzt wissen wollen. Je höher die Individualität der einzelnen Gesellschaftsglieder ausgebildet und je grösser der Reichtum an vollen Persönlichkeiten, desto leichter und auf desto höherer Stufenleiter können die sozialen Aufgaben erfüllt werden. So muss der Sozialismus den Individualismus wollen; er muss, denn sein Bestand, vor allem aber seine Entwicklungsfähigkeit und damit seine geschichtliche Berechtigung hängt hiervon ab. Er aber erst kann und wird das Recht auf Individualität aus einem Privileg einzelner, besonders Begünstigter zu einem Gemeingut aller umwandeln. Er ist kommunistisch, deshalb vertritt er auch den Kommunismus — der Individualität. Er ist der Feind aller Sonderrechte. Und da er das ist, so sucht er auf gesellschaftlichem Wege jedem das Recht auf Persönlichkeit zu garantieren. Deshalb fällt unter seiner Hand die Schrankenlosigkeit des Sichauslebens, die herrische Eigenmacht, das Allestunddürfen. Indem er die Machtsphäre jedes einzelnen gegen die jedes anderen abgrenzt, macht er ihn zum Herrn dieser seiner ureigenen Domäne; indem er ihn materiell in eine gesicherte, auf breiterer und schönerer Basis aufgebaute Lebenslage bringt, gibt er ihm erst die Möglichkeit, seine Herren- und Hoheitsrechte auszuüben. Die absolute Freiheit fällt, sie, die niemals bestanden hat; die mögliche Freiheit wird verwirklicht, sie, die bisher nur Sonntagskindern in den Schoss fiel. Der blinde und eitle Kultus des *Ich* ist aufgehoben, das Individuum atmet auf, erlöst von dem für Menschen unwürdigen Zustande der Vergötterung und Vergötzung: ein Mensch unter Menschen kann es sich frei bewegen, befreit von dem Drucke einer endlosen Verantwortlichkeit. Propagiert man den Individualismus nicht als Ausnahmeerscheinung, nicht als Minoritätsdogma sondern als wünschenswerte Forderung für die Gesamtheit, so muss man den Sozialismus wollen. Ohne ihn keinen allgemeinen Individualismus. Der extreme Individualismus ist eine Illusion, der Sozialismus die Verwirklichung der Freiheit. Was echt, was gross an jenem ist, die Logik lässt es im Sozialismus münden, hier nur lässt die Praxis die Idee zur Tat werden, hier nur bekommt die Seele einen Leib. Und dieser Sozialismus ist nicht nur

um seiner selbst willen da, er ist kein Endzweck sondern das Mittel zu einem Zwecke, und der heisst *Individuum*. Eine wahre Gesellschaft, wie er sie verlangt, ist kein Moloch, dem von den Menschen Rauchopfer steigen, sondern ihr Diener und das ganz eigener Art. Er dient auch denen, die in einer kurzsichtigen Verrantheit in irgend ein *Ich*prinzip nach seinen Diensten nicht verlangen. Er dient der Menschheit, mag sie wollen oder nicht. Das Wohl der Individuen ist sein Ziel; ihre Höherzüchtung, ihre Emporführung zu immer grösserer Vollkommenheit sein Existenzgrund: schon um deswillen kann er nicht ihr Feind sein und nicht ihre Fussfessel. Die sozialistische Gemeinschaft ist ein Diener, aber um gerade allen in gleicher Weise dienen zu können, muss sie bis zu einem gewissen Grade souverän sein. Das aber ist sie auch nur so lange als sie eben dient. Würde sie sich jemals zum freischaltenden, selbtherrlichen Autokraten aufwerfen, dem die Individuen zum Werkzeug seiner Lust und Laune werden, dann hebt sie sich selbst auf. Denn ihr Daseinsgrund ist fruchtbarer Humus zu sein für die Aussaat, auf dass das grösstmögliche Glück aller daraus spriesse.

Alles Individuelle ist Sache des Individuums, alles Soziale Sache der Gesellschaft. In allen Angelegenheiten, die lediglich meine eigene Person betreffen, in denen ich nicht in den Rechtskreis meines Nachbarn störend eingreife — und das ist durchaus kein engbegrenztes Gebiet —, bin ich mein eigener, unbeschränkter Herr und Richter, mein Regierer, Verwalter, Gesetzgeber. Wo dagegen Gesellschaftsinteressen in Frage kommen oder gar mit meinen persönlichen in Kollision geraten, da geht Gesellschaftsinteresse vor Individualinteresse. Reichsgesetz bricht Landesgesetz, Landesgesetz Kommunalgesetz und so in immer sich verengendem Zirkel. Die Grenze ist nicht genau abgesteckt; Grenzstreitigkeiten sind möglich, im Einzelfall ist die Entscheidung nicht allzu schwer. Der Sozialismus ist die Realisierung des Individualismus, weil er alles Illusorische, Tote, nicht Lebensfähige, das seiner Verwirklichung hindernd im Wege steht, von ihm lostrennt. Und weil er zugleich seine Demokratisierung ist: er sanktioniert nicht das schrankenlose Recht des einen einzelnen an seiner Persönlichkeit, wohl aber das aller an ihrer Individualität. Er demokratisiert den aristokratisch-oligarchischen Individualismus. Er schafft den *Einsigen* aus einer Ausnahme zum herrschenden Typ um, indem er ihm, beschränkend-befreiend, erst ermöglicht *er selbst* zu sein; so aber, dass das gleiche allen möglich sei. Der Sozialismus ist nicht exklusiv sozial. Sein Glaubensbekenntnis lautet, mit allen jeder komprimierten Formel anhaftenden Ungenauigkeiten, etwa: Individualismus nach innen, Sozialismus nach aussen!

XX

MICHAEL KEIDITSCH · DIE MILZBRANDGEFAHR



NTER den vielen Gefahren, die Gesundheit und Leben der Industriearbeiter dauernd bedrohen, steht die der Milzbrandvergiftung mit an erster Stelle. Insbesondere sind die Arbeiter der in den letzten Jahren stark emporgekommenen Bürsten- und Pinselindustrie stets in Gefahr von diesem meist tödlich wirkenden Gifte infiziert zu werden. Im Reichstag ist schon wiederholt auf diese Gefahr hingewiesen worden, und insbesondere die Darlegungen der verstorbenen sozialdemokratischen Abgeordneten Grillenberger und Oertel, beide Vertreter von Nürn-

berg, der Metropole der deutschen Pinselindustrie, führten zu einem Erlass der bundesrätlichen Verordnungen vom 28. Januar 1899 und 22. Oktober 1902 auf grund des § 102e der Gewerbeordnung. Durch diese Verordnungen kann die Gefahr der Milzbranderkrankungen zwar abgeschwächt, aber nicht beseitigt werden. Die Tatsache, dass bis in die neueste Zeit hinein Erkrankungen und Todesfälle an Milzbrandvergiftungen vorgekommen sind, beweist das eindringlich. Von der gewerkschaftlichen Organisation ist auch immer unablässig gemahnt worden, und auch der jetzige Abgeordnete für Nürnberg, Dr. Südekum, wies am 24. Februar 1903 wiederum darauf hin, dass die neuesten Verordnungen, die die Regierung erlassen hat, nicht so durchgreifend sind, dass nicht neue Wünsche und neue Forderungen zu stellen Recht und Pflicht bliebe. Er sagte wörtlich:

»Es kommt hier bei diesem Schutzgesetz etwas ganz anderes in Frage als bei unseren gewöhnlichen Arbeiterschutzgesetzen. Bei den andern Arbeiterschutzgesetzen handelt es sich im wesentlichen darum die Gesundheit der Arbeiter vor Schädigungen zu bewahren und ihre Arbeitskraft möglichst lange zu erhalten. Das ist in diesem Falle nicht so, sondern bei den Verordnungen zum Schutze der Arbeiter gegen Milzbranderkrankungen handelt es sich direkt um das Leben der Arbeiter. Wenn ein Arbeiter überhaupt mit Milzbrandsporen infiziert worden ist, dann ist er in der Regel auch rettungslos verloren. Schon daraus geht hervor, dass, da es sich um Menschenleben handelt, andere Rücksichten nicht vorwalten können. Menschenleben gehen unter allen Umständen den Interessen der Industrie vor.«

Art und Verlauf dieser Krankheit ist den weitesten Kreisen nur wenig bekannt, so dass eine gedrängte Schilderung an dieser Stelle wohl angebracht sein dürfte.¹⁾ Der Milzbrand ist eine der zuerst bekannt gewordenen Tierkrankheiten, und die Untersuchungen über seine Natur führten zu den ersten glänzenden und bahnbrechenden Erfolgen der Bakteriologie. Besonders empfänglich für diese Krankheit sind Rinder, Pferde, Schafe, Schweine, Ziegen usw. In manchen Ländern, auch in verschiedenen Teilen Deutschlands, treten regelmässig wiederkehrende Milzbrandepidemien unter den Tieren auf. Dadurch, dass Milzbrandkadaver oft stunden- und selbst tagelang auf dem Boden liegen bleiben, ist es möglich, dass die Keime durch andere Tiere und Insekten verbreitet und auch durch Wind und Regen in Gewässer hincingetragen werden, das heisst also, es entsteht eine Gefahr für die gesamte Bevölkerung. Im besonderen sind die Industriearbeiter, die mit den Tiermaterialien, wie Fleisch, Häuten, Haaren, Borsten usw. umzugehen haben, ständig bedroht. Aber auch Personen, die mit dem Rohstoffe direkt nichts zu tun haben, kann der von diesem stammende Schmutz und Staub verhängnisvoll werden. Frauen, die die Arbeitskleider ihrer mit derartigem Material beschäftigten Männer ausbesserten, erkrankten. Die Mutter einer Arbeiterin, die das von ihrer Tochter bei der Arbeit getragene Halstuch umgebunden hatte, starb an einem Milzbrandkarbunkel am Halse. Ein Tischler, der mit Pinselarbeitern gemeinschaftlich speiste, starb an innerem Milzbrand. Sogar durch Benutzung von Haar- und Zahnbürsten sollen Erkrankungen vorgekommen sein. Auch die Maler, die die Gepflogenheit haben einem neuen Pinsel im Munde durch Befeuchten eine spitze Form zu geben, sind besonders zu warnen.

Nun einiges über die verschiedenen Formen der Milzbranderkrankung. Die

¹⁾ Ausführlich wird der Milzbrand von dem Budapester Professor Dr. Friedrich von Korányi behandelt, in seinem Buch *Zoonosen* (Wien 1897).

häufigste ist der Hautmilzbrand, dem besonders verletzte und weiche Hautstellen ausgesetzt sind. Professor Koch hat 1077 Fälle zusammengestellt, von denen 905 auf die oberen Körperteile, wie Gesicht, Hals, Nacken usw. entfallen. In der Regel findet man die Kranken mit nur einem Hautkarbunkel behaftet, der ein Brennen verursacht. Nach etwa 12 Stunden bildet sich das Milzbrandbläschen, das meist aufgekratzt wird, wodurch sich dann eine Bläschengruppe in kreisförmiger Anordnung bildet. Wird nicht schnell und geschickt von einem Arzt eingegriffen, so entwickeln sich gastrische Störungen und Fieber: der Kranke wird auffallend matt, und oft schon am dritten Tage, meist aber am Ende der ersten oder am Anfange der zweiten Woche, selten später, erfolgt der Tod. Dies ist der typische Verlauf der Milzbranderkrankungen, wovon es natürlich mehrfache Abweichungen gibt. Doch jede Form des Milzbrandes bedeutet eine schwere Erkrankung. Die Infizierung der Mundschleimhaut und der Zunge sowie Magen- und Darminfektion führen gewöhnlich zum Tode. Bei Arbeitern, die mit trockenen Tierstoffen zu tun haben, tritt auch häufig der Lungenmilzbrand auf, der durch Einatmung von Milzbrandsporen entsteht und den Tod meist schon am dritten Tage herbeiführt. In Rosshaar- und Wollspinnereien, Pinsel- und Bürstenfabriken, bei der Hadermanipulation und in Papierfabriken wird in den Arbeitsräumen reichlich Staub aufgewirbelt. Stammen nun die Rohprodukte von milzbrandkranken Tieren, so enthält dieser Staub auch Milzbrandsporen. Und gerade diese Eigentümlichkeit des Milzbrandbazillus, die Bildung von Sporen, macht ihn zu dem gefährlichsten Krankheitserreger. Während der Bazillus sich relativ leicht abtöten lässt, zeigen die Sporen — das sind glänzende Kügelchen innerhalb der Stäbchen — eine erstaunliche Widerstandskraft. Sie überdauern sogar einen minutenlangen Aufenthalt in strömendem Wasserdampf von 100° Celsius.

Am 11. August 1894 wählten die Bürsten- und Pinselindustriearbeiter in Nürnberg eine Kommission, der die Aufgabe oblag geeignete Mittel und Wege aufzusuchen, um die Erkrankungen und Todesfälle durch Milzbrandansteckung zu verhüten. Die Stimmen der Arbeiter, vornehmlich derer in Nürnberg, drangen bis an das Reichsgesundheitsamt, das sich dadurch veranlasst sah eine Abordnung Sachverständiger nach Nürnberg und anderen Industriezentren zu schicken, um sich über die hygienischen Verhältnisse in den Fabriken zu orientieren. Nach vielen Untersuchungen und Eingaben an die Behörden seitens der Milzbrandkommission gelangte im Jahre 1898 ein auf Vorschlag des Reichsgesundheitsamtes vom Reichsamt des Innern ausgearbeiteter, 19 Paragraphen enthaltender Entwurf von Vorschriften über die Einrichtung und den Betrieb der Rosshaarspinnereien, Haar- und Borstenzurichtereien sowie der Bürsten- und Pinselmachereien in die Öffentlichkeit.

Der *Verband deutscher Bürsten- und Pinselindustrieller* wandte sich hierauf in einer langen Petition an das Reichsamt des Innern mit dem Ersuchen den Vorschlägen des Reichsgesundheitsamtes in der gegebenen Form die Zustimmung zu versagen. Unter anderm wandte sich die Petition gegen die Desinfektion mit strömendem Wasserdampf unter dem Vorwand, dass durch die Einführung eines solchen Zwanges die Borstenindustrie einen ungeheuren Nachteil erleiden und der ganze Handelsverkehr mit Borsten, der seinen Hauptsitz in Leipzig habe, zu gunsten der anderen Länder sich verschieben würde, wo-

durch die Borstenindustrie, deren Ausfuhr im Jahre 1896 den Wert von 20 595 000 Mark betrug, einer grossen Gefahr entgegengehen würde. Der Einwand, dass alles Material leide, ist blosser Ausrede, was schon dadurch bewiesen wird, dass beispielsweise in Baden seit 1892 eine Verordnung existiert, durch die die Rosshaarspinnereien verpflichtet werden sämtliche aus Russland und den Balkanstaaten stammenden Rosshaare 15 bis 20 Minuten lang strömendem Wasserdampf von 105° Celsius auszusetzen. Auch eine Mailänder Firma wendet seit langem ein ähnliches Verfahren mit sicherem Erfolge an. Ein weiterer Einwand in der Petition, nämlich dass die ausländischen Pferde- und Rinderhaare die Ursache der bisherigen Milzbrandfälle gewesen seien, musste einfach lächerlich wirken. Nach Professor von Korányi, einer ersten Autorität auf diesem Gebiete, waren vor zehn Jahren die Flussgebiete der Saale, der Mosel und des Pregel, das Gebiet zwischen dem Main, dem oberen Rhein und der Donau, das Königreich Sachsen, ein Teil Bayerns, Magdeburg und Frankfurt als milzbrandverseucht bekannt. Da nach dem Viehseuchengesetz die Milzbrandfälle der Anzeigepflicht unterworfen sind, konnten noch im Jahre 1905 nach amtlichen Ermittlungen 6133 Milzbrandfälle festgestellt werden. In der vor mehreren Wochen dem Reichstag zugegangenen Novelle zum Viehseuchengesetz heisst es auch in der amtlichen Begründung, dass der Milzbrand keine wesentliche Verringerung erfahren habe.

Noch eine ganze Reihe nichtiger Einwände waren in der genannten Petition enthalten, einzig und allein um eine ganz geringe Erhöhung der Betriebskosten zu vermeiden, obwohl dabei Gesundheit und Leben der Arbeiterschaft auf dem Spiele stehen. Leider trug der Bundesrat den Wünschen der Industriellen nach verschiedenen Richtungen hin Rechnung. Die wesentlichen Bestimmungen seiner Verordnung vom 28. Januar 1899 sind folgende: Die aus dem Ausland stammenden Pferde- und Rinderhaare, Schweinsborsten und Schafswollen werden dem Desinfektionszwang unterworfen. Die Desinfektion muss nach Wahl der Betriebsunternehmer geschehen entweder durch mindestens halbstündiges Einwirken strömenden Wasserdampfes bei einem Überdruck von 0,15 Atmosphären, oder zweitens durch mindestens einviertelstündiges Kochen in 2prozentiger Kaliumpermanganatlösung mit nachfolgendem Bleichen mittels drei- bis vierprozentiger schwefeliger Säure, oder drittens durch mindestens zweistündiges Kochen in Wasser. Der Reichskanzler kann auch andere Verfahren zur Auswahl zulassen. Die höheren Verwaltungsbehörden können Ausnahmen vom Desinfektionszwang für Materialien zulassen, die entweder durch eines der zugelassenen Desinfektionsverfahren einer erheblichen Schädigung ausgesetzt werden, oder die nachweislich bereits im Ausland einer der vorchriftsmässigen inländischen Desinfektion gleichwertige Behandlung erfahren haben. Jugendliche Arbeiter dürfen zu Verrichtungen mit undesinfiziertem Material nicht verwendet werden. Der Arbeitgeber hat über das von ihm bezogene Material Buch zu führen. Ausserdem enthält die Bekanntmachung noch besondere Vorschriften für Betriebe, in denen in der Regel mindestens 10 Arbeiter beschäftigt werden. Die besonderen Vorschriften beziehen sich hauptsächlich auf Ausgestaltung, Reinigung, Lüftung und Trennung der Arbeitsräume, sowie Anschaffung von Arbeitskleidern und Reinigungsartikeln und auf Aufbewahrung von nichtdesinfiziertem Material in gesonderten Räumen.

Als trotz dieser Vorschriften infolge ihrer Mängel fortgesetzt neue Erkrankungen und Todesfälle an Milzbrandvergiftungen eintraten, war der Beweis erbracht, dass diese Schutzvorschriften zur Abwendung der Milzbrandgefahr unzureichend seien. Die Fabrikinspektionsberichte legen davon Zeugnis ab. Wie oft wurde da konstatiert, dass diese Verordnung infolge des Widerstandes der Unternehmer wirkungslos blieb, so dass eher eine Zu- als eine Abnahme der Milzbrandfälle eintrat. Am 13. Mai 1901 beschloss die Arbeiterschaft der Nürnberger Pinselindustrie abermals eine Eingabe an den Reichskanzler zu richten, in der unter anderem zum Ausdruck gebracht wurde, dass die Ausdehnung des Desinfektionszwanges auf das inländische Material sowie auf sämtliche Ziegenhaare unerlässlich sei. Nachdem Dr. Südekum im Reichstage dieses allzubegründete Verlangen wirksam unterstützt hatte, hat der Bundesrat die Verordnung einer Revision unterzogen und mit dem Datum des 22. Oktober 1902 eine neue reformierte Verordnung herausgegeben, die sich allerdings wenig von der ersten am 28. Januar 1899 erlassenen unterscheidet. Bemerkenswert ist nur, dass auch das ausländische Ziegenhaar der Desinfektionspflicht unterworfen ist, und dass einige Schutzvorschriften, die erst nur für Fabriken galten, auf alle Werkstattbetriebe ausgedehnt werden. Das inländische Material ist nach wie vor vom Desinfektionszwang befreit, ebenso kann die Desinfektion immer noch durch das zweifelhafte Verfahren mittels Kochen erfolgen, und somit ist die Gefahr der Milzbrandvergiftungen keineswegs aus der Welt geschafft, was wiederum aus den Berichten der verschiedenen Fabrikinspektoren hervorgeht. Besonders gross ist die Gefahr in der Hausindustrie, zumal die Unternehmer selbst die bestehenden Vorschriften nicht innehalten.

Der Vorsitzende der badischen Fabrikinspektion, Dr. Karl Bittmann, der Untersuchungen in einem grossen Bürstenindustriegebiet im badischen Schwarzwald vornahm, sagt in seinem Bericht an das grossherzoglich badische Ministerium des Innern über *Hausindustrie und Heimarbeit im Grossherzogtum Baden zu Anfang des 20. Jahrhunderts* wörtlich:

«Betrübenderweise wurden in zahlreichen Behausungen von Heimarbeitern der Bürstenindustrie undesinfizierte, ausländische Borsten vorgefunden. Es handelte sich dabei ausschliesslich um schwarze chinesische Borsten; die Unversehrtheit der aus leichtem, mit chinesischen Schriftzeichen bedecktem Papier bestehenden Originalpackungen liess keinen Zweifel darüber, dass eine Desinfektion nicht stattgefunden hatte. Und solches Material fand sich in den Ortschaften zerstreut, nachdem die Fabrikanten kurz zuvor auf das bestimmteste erklärt hatten, dass niemals undesinfizierte Ware in die Hausindustrie gegeben werde! Weitere Nachforschungen ergaben, dass einzelne Fabrikanten die schwarzen chinesischen Borsten zum grossen Teil undesinfiziert sowohl in der Fabrik als auch in der Hausindustrie verarbeiten lassen und eine Desinfektion dieser Sorte nur vornehmen, wenn diese Prozedur den Borsten eine für bestimmte Waren gewünschte Beschaffenheit geben soll. Für diese offenbare Gesetzesverletzung, die in Hunderten von Wohnungen Gesundheit und Leben der Familie bedroht, wurden die Gründe angegeben, mit denen die Fabrikanten sich schon in früheren Jahren allgemein gegen die erlassene Vorschrift wandten: grosse Unkosten, Herabminderung des Gewichts und des Gebrauchswertes, und dergleichen. Wie wenig stichhaltig diese Gründe sind, erhellt aus der Tatsache, dass andere Fabrikanten die ordnungsgemässe Desinfektion vornehmen und dabei weder technische Schwierigkeiten finden noch in ihren kaufmännischen Kalkulationen gestört werden.»

Neuerdings erheben sich immer mehr Stimmen zum Schutze der Arbeiterschaft sowie der gesamten Bevölkerung. Eine grössere Versammlung in Nürnberg hat am 1. Dezember 1907 beschlossen eine Petition um Ergänzung der Bundes-

ratsvorschriften zu erlassen. Diese ist an den Reichskanzler abgegangen. Sie weist zunächst darauf hin, dass es unumgänglich notwendig ist den Desinfektionszwang auf das gesamte in- und ausländische Material auszudehnen und als Desinfektionsmittel nur strömenden Wasserdampf mit dem nötigen atmosphärischen Überdruck zuzulassen. Die Erfahrung hat gelehrt, dass gerade dieses Desinfektionsmittel, das bisher allein sichere Gewähr für Abtötung der Milzbrandbazillen und -sporen bot, am wenigsten zur Anwendung gelangt und in den meisten Fällen das Kochen des Materials vorgezogen wird, da dies mit den wenigsten Schwierigkeiten verbunden ist und schwer kontrolliert werden kann. Für Material, das bei Desinfektion durch Dampf eine bedeutende Schädigung erleiden würde, soll der Bundesrat durch ein Preisausschreiben ein Desinfektionsmittel zu finden suchen, das die Milzbrandkeime mit Sicherheit zerstört. Weiter weist die Petition auch auf die Notwendigkeit einer Ausdehnung der besonderen Vorschriften für die grösseren Betriebe auch auf die kleinen Betriebe hin, die in hygienischer Beziehung sehr viel zu wünschen übrig lassen. Insbesondere sollen die Vorschriften auch auf die Haus- und Heimarbeit Anwendung finden.

Am 4. Januar dieses Jahres fand auch im Reichsversicherungsamt unter Teilnahme eines Vertreters des Reichsgesundheitsamts mit Vertretern der Lederindustrievereinigung eine Besprechung über die Milzbrandfrage statt. Vom 1. Januar 1906 bis zum 31. Dezember 1907 sind aus Gerbereien 77 Milzbrandfälle gemeldet. Und doch nimmt die Berufsgenossenschaft heute einen ähnlichen Standpunkt in dieser Frage ein wie die deutschen Bürsten- und Pinselindustriellen vor 10 Jahren. Sie sagt, dass durch die Vorschriften über die Einrichtung und Desinfizierung der Lagerräume sowie die Beschaffung besonderer Arbeitskleider die Gerbereien ganz erheblich belastet würden und eine Durchführung solcher Vorschriften teilweise gar nicht möglich sei. Diese Berufsgenossenschaft erblickt das Allheilmittel in der Belehrung der Unternehmer und Arbeiter über die Milzbrandgefahren und in der sofortigen Überführung jedes milzbrandverdächtigen Arbeiters in das nächste geeignete Krankenhaus. In jener Konferenz kam man zu der merkwürdigen Überzeugung, dass die vorliegende Frage noch nicht genügend geklärt sei, um der Industrie belastende, in ihrer Wirkung zweifelhafte Bestimmungen aufzuerlegen. Gerade in den Gerbereien und Fellzurichtereien kommen indessen notorisch die weitaus gefährlichsten Milzbrandvergiftungen vor, und es bleibt deshalb eine dringende Pflicht der öffentlichen Gesundheitsbehörden auch diese Arbeiter zu schützen.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft / Richard Calwer

Allgemeine Lage Der Rückgang der Konjunkturkurve geht weiter. Im Monat April haben die Verkehrseinnahmen eine Abnahme erfahren, der Warenhandel mit dem Ausland hat sich abgeschwächt, die gewerblichen Neuinvestitionen waren geringer

als im Vergleichsmonat 1907. Wenn auch nicht angenommen werden konnte, dass der gewerbliche Beschäftigungsgrad sich wieder merklich heben würde, so konnte man doch nach dem Stande der Beschäftigtenziffer im Anfang April nicht annehmen, dass die Nachfrage nach Arbeitern so wenig zunehmen würde wie dies im April der Fall gewesen ist. Es mag richtig sein, dass vielfach die Rücksicht

auf das Osterfest eine Retardierung des Geschäftsganges mit sich gebracht hat. Das würde die schwache Nachfrage nach Arbeitskräften zwar erklären, aber die Ungunst im April keineswegs abschwächen. Sollte jetzt wieder eine stärkere Erholung kommen, so wäre eine solche Wendung sehr zu begrüßen; denn seit vielen Monaten hat kein Monat so ungünstig auf den Arbeitsmarkt eingewirkt wie gerade der Monat April.

× Arbeitsmarkt ×

Ist doch durch die geringe Zahl der offenen Stellen ein solcher Andrang auf dem Arbeitsmarkte eingetreten, dass auf je 100 offene Stellen 141,8 Arbeitsuchende kamen, also 49 mehr als im April 1907. Das Mehr gegenüber dem Vorjahr war im Dezember 1907 bisher am höchsten, in welchem Monat es 37,6 betrug. Die Zahl der offenen Stellen ist bei den nämlichen Arbeitsnachweisen von 79 000 im April 1907 auf 56 405 zurückgegangen. Und fast der ganze Rückgang entfällt auf den Arbeitsmarkt für Männliche, wo die offenen Stellen im Vorjahre 54 803, im laufenden Jahre nur 32 480 betragen. Bemerkenswerterweise hat die Zahl der Arbeitsuchenden nicht allzu erheblich zugenommen; es wäre sonst das Gepräge des Arbeitsmarktes noch sehr viel ungünstiger ausgefallen. Die Zahl der Arbeitsuchenden stieg bei den gleichen Arbeitsnachweisen von 73 315 im April 1907 auf 79 989 im April des laufenden Jahres. Relativ ist hier sogar die Zahl der weiblichen Arbeitsuchenden stärker, nämlich von 17 715 auf 20 550, gestiegen als die der männlichen. So war die Andrangsziffer im April äusserst hoch, wie ein Vergleich mit früheren Jahren ergibt. Auf 100 offene Stellen kamen nämlich Arbeitsuchende im April 1896 115,5, 1897 109,5, 1898 108,6, 1899 95,5, 1900 93,4, 1901 141,4, 1902 147,5, 1903 135,2, 1904 112,8, 1905 111,0, 1906 100,3, 1907 92,8. Mit Ausnahme des Jahres 1902 war in keinem Jahre der Aprilandrang so stark wie 1908; er geht um eine Kleinigkeit sogar über den Andrang im April 1901 hinaus. Damals war aber der starke Andrang weniger durch den Rückgang der offenen Stellen als vielmehr durch eine ungewöhnlich starke Zunahme Arbeitsuchender veranlasst. Dieser wichtige Unterschied ist für die Beurteilung der gegenwärtigen Lage des Arbeitsmarktes nicht gleichgültig. Er lässt darauf schliessen, dass ein grosser Teil des Neuangebotes in der Landwirtschaft unterge-

bracht wurde, und dass auch die Beschäftigtenziffer nicht zurückgegangen sein dürfte. Über den letzteren Punkt werden die Ausweise der Krankenkassen, die für eine aktuelle Berichterstattung immer noch viel zu spät veröffentlicht werden, genauere und nähere Auskunft bringen.

× Eisenindustrie ×

Die missliche Lage der reinen Walzwerke hat im Verlauf der letzten Monate wieder so zugenommen, dass die beteiligten Werke sich zu einem einheitlichen Vorgehen gegen die Preispolitik des Stahlwerksverbandes entschlossen haben. Der Stahlwerksverband, dessen Mitglieder selbst Walzwerke besitzen, hält den Preis für Halbzeug so hoch, dass den reinen Walzwerken der Wettbewerb äusserst erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht ist. Vor allem wird durch die Preispolitik des Stahlwerksverbandes der Export unterbunden, da die Weltmarktpreise für Walzwerkserzeugnisse niedriger stehen als es dem deutschen Halbzeugpreis entspricht. Ganz anders stellt sich der Betrieb für die Walzwerke der gemischten Betriebe, die dem Stahlwerksverbande angehören: für sie kommt Halbzeug sehr viel billiger zu stehen; sie können daher ihre Walzwerkserzeugnisse sowohl im Inland als auch im Ausland wesentlich billiger anbieten als die reinen Walzwerke. Nun verfolgt allerdings der Stahlwerksverband mit seiner Politik ein bestimmtes Ziel: nämlich die reinen Walzwerke für eine Verbandsbildung, zunächst für Stabeisen, geneigt zu machen, während diese auf die Bedingungen des Stahlwerksverbandes bis jetzt nicht eingehen wollten. Die reinen Walzwerke treten nun dafür ein, dass ihnen der Bezug ausländischen Halbzeuges zu möglichst billigem Preis ermöglicht wird. Unter der Mitwirkung mehrerer Parlamentarier soll man dahin übereingekommen sein für den Bezug ausländischen Halbzeuges Einfuhrscheine zu gewähren, deren Wirkung wäre, dass für die ausgeführten Walzwerkserzeugnisse ein entsprechendes Quantum Halbzeug zollfrei eingeführt werden könnte. Wie im einzelnen diese Massregel durchgeführt werden soll, darüber verlautet noch nichts. Es ist aber klar, dass der Stahlwerksverband diese Durchkreuzung seiner Politik nicht ruhig hinnehmen wird.

× ×

Kurze Chronik Die preussische Eisenbahnverwaltung gab Anfang Mai den Lokomotivbauanstalten 515 Lokomotiven in Bestellung. × Die österreichischen Walzwerke liessen Preiserlässigungen eintreten. × Nachdem der Tapeten trust nicht verwirklicht werden konnte, vereinigten sich zunächst eine Anzahl Fabriken zu der *Tapetenindustrie A. G.*, deren Sitz in Altona ist. × Die *B. E. W.* beabsichtigen die Angliederung der *Elektrizitätslieferungs-gesell-schaft*.

× ×

Literatur Dr. L. Sinzheimer gibt eine Sammlung *Technisch - volkswirtschaftliche Monographien* /Leipzig, Klinkhardt/ heraus, von der bis jetzt 2 Bände erschienen sind. Der 1. Band von Dr. Schuchart behandelt *Die volkswirtschaftliche Bedeutung der technischen Entwicklung der deutschen Zuckerindustrie*, der 2. von Dr. Haarmann *Die ökonomische Bedeutung der Technik in der Seeschifffahrt*. Beide Bände sind von grossem Interesse für alle Nationalökonomien, indem sie die engen Beziehungen zwischen Wirtschaft und Technik auf einzelnen Spezialgebieten aufzeigen. Technik allein ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Bedingungen und Voraussetzungen schafft noch keinen Fortschritt. Erst die Ökonomik verleiht dem technischen Produkt den Gutscharakter, wie sich Haarmann treffend ausdrückt. Auf der anderen Seite schafft aber die Technik der Wirtschaft wieder neue Bedingungen, an die diese sich, oft mit grossen Opfern, anpassen muss. × Eine sehr ausführliche Studie *Das Branntweinmonopol in Russland* hat Dr. V. Lewin /Tübingen, Laupp/ erscheinen lassen, die vor allem eine genaue Darstellung der ganzen Monopolorganisation gibt, aber auch die finanziellen Ergebnisse und die sozialen Wirkungen des Monopols berücksichtigt. × Die *Sammlung Gösschen* bringt als neue Bändchen, die hier zu erwähnen sind, eine Darstellung des Professors Arndt über *Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft* und einen Überblick über *Die deutsche Landwirtschaft* von W. Claassen. × B. A. Hoffmann zeichnet *Grundlinien einer sozialen Bank* /München, Heindl/, durch die die Lösung der Arbeiterfrage angestrebt werden soll.

Politik / Max Schippel

Sachsen: Wahlrecht Die sächsischen Nationalliberalen und Konservativen haben sich zu einem Kompromiss in der heiklen Wahlfrage zusammengefunden. Zunächst nur für den Wahltrechtsausschuss, aber nach alter Erfahrung kann bei so verwickelten, widerstrebenden Interessen das Plenum gewöhnlich nicht mehr viel abändern sondern in allen wesentlichen Grundzügen nur glatt annehmen oder ablehnen. Es bliebe also noch der Widerstand der Regierung; aber diese lenkt offensichtlich ein; von einem schroffen *Unmöglich* verlautete nichts mehr; es hiess ebenso kleinlaut wie einfach, das Gesamtministerium werde Stellung nehmen, sowie die Beschlüsse der Kammer selber vorlägen. Dass die erste Kammer unter solchen Umständen noch eine ausschlaggebende Gegnerschaft entwickeln sollte, ist kaum anzunehmen. Die Chancen des Vorschlages scheinen also keine ungünstigen. In seinem politisch bedeutsamsten Kern läuft er darauf hinaus den Einfluss der Arbeiter zurückzudämmen einmal durch die Bedingung einer längeren Wohnsitzdauer und durch die Zuweisung mehrerer Stimmen an die konservativeren Bevölkerungsschichten. Für die Stimmberechtigung soll ausser dem 25. Lebensjahr und Entrichtung einer direkten Staatssteuer gefordert werden: Wohnsitz am Orte der Listenaufstellung von mindestens 2 Jahren bei Abschluss der Wählerliste und Besitz der sächsischen Staatsangehörigkeit in der nämlichen Dauer. Ausgeschlossen vom Stimmrecht soll ferner sein, wer auf die in den letzten zwei Jahren vor Abschluss der Wählerlisten fällig gewesen Staats- oder Gemeindesteuern Rückstände gelassen hat. Damit wären also die mehr fluktuierenden und ärmeren Elemente bereits stark ausgeschaltet. Dann soll je eine Zusatzstimme, zusammen bis zu drei Zusatz-, also im ganzen ein Stimmrecht bis zu 4 Stimmen, erworben werden: durch höheres Alter, durch Grundbesitz (von mindestens 75 Steuereinheiten), durch wissenschaftliche Vorbildung, wie sie der einjährig-freiwillige Militärdienst verlangt, durch eine gewisse, näher bestimmte Selbständigkeit (ständige Beschäftigung von mindestens zwei Personen, oder Beamtenstellung mit mindestens 1800 M. Einkommen, Ausübung des Geistlichen-, Ärzte- und Rechtsanwaltsberufes), endlich durch Versteuerung eines Einkommens von über 2200 M. Das ganze Bemühen läuft

mit einer geradezu lächerlichen Deutlichkeit darauf hinaus auf der Seite der Lohnarbeiterklasse Stimmen wegzunehmen und auf der anderen Seite Stimmen hinzuzufügen. Die sächsischen Parteigenossen denken jedoch in letzter Stunde ein Wörtchen mitzusprechen und bereiten grosse Gegenkundgebungen vor.

✕ **Mecklenburg:** Noch viel vorsintflutlicher sieht die Verfassungsvorlage in Mecklenburg aus.

Nur hat in diesem vorwiegend agrarischen Staate, anders als in dem gewerblich hochentwickelten Sachsen, niemals eine eigentliche Volksvertretung und ein liberaleres Wahlrecht seit dem Scheitern der 1848er Bewegung bestanden. Keine gewählte Volksvertretung überhaupt, da sowohl die Ritter — das heisst die landtagsfähigen Besitzer von Hauptgütern mit obrigkeitlicher Gewalt — wie die Bürgermeister der landtagsfähigen Städte ohne die Umständlichkeiten eines Wahlkampfes und Wahlganges in den Landtag einrückten, während das Domanium, dessen Einwohner fast ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachen, seine Vertretung ausschliesslich im Grossherzog und in der Regierung erblicken musste. Die Thronrede kündigte nunmehr eine »durchgreifende Umgestaltung altüberkommener Einrichtungen« an. Aber worin soll sie bestehen? Es bleibt, Schwerin zur Grundlage genommen, die besondere Vertretung der Ritterschaft, der selbständigen Gutsbezirke, und zwar mit 17, die der Städteverwaltungen einschliesslich Rostock mit 15 Abgeordneten. Daran reihen sich 4 Abgeordnete, die der Grossherzog ernannt, endlich Vertreter, die von wissenschaftlichen, kirchlichen, wirtschaftlichen Organisationen gestellt werden: je einer von der Universität, aus dem Kreise der Superintendenten und nochmals der Geistlichkeit, von der Landwirtschafts-, der Handels- und der Handwerkskammer. Mitten hinein in diese Ständes- und Körperschaftsdelegierten sollen jedoch 10 städtische und 15 ländliche Abgeordnete verpflanzt werden, wirklich von breiteren Bevölkerungsschichten gewählt, freilich, wie beschwichtigend hinzugefügt wird, unter Abstufung des Wahlrechtes nach Bildung und Besitz und in indirektem Verfahren. Nimmt man beide Mecklenburg, deren Landtagsunion aufrechterhalten bleiben soll, zusammen, so entfallen von 84 Abgeordneten 21 auf die alte Ritterschaft, 18 auf die Landschaft (die Magistrate der

Städte), nur 32 auf eigentliche gewählte Vertreter des *Volkes*, die übrigen auf Ernannte oder Erkorone der Regierung und der erwähnten körperschaftlichen Organisationen. Dabei ist diesem seltsamen Gebilde das wichtige parlamentarische Recht der eigenen Initiative in Gesetzgebungsfragen vorenthalten: es steht ihm zwar das Ersuchen um die Vorlegung von Gesetzentwürfen zu, aber es darf entgegen dem bisherigen Landtage, Gesetzentwürfe nicht selbständig einreichen. Ob die Regierung auf Wünsche, Vorschläge und Beschwerden Auskunft erteilen will, steht ihr frei. Die Gesetzgebung für das Domanium, die der Landesherr bisher ganz selbstherrlich ausübte, soll zwar in Zukunft an die Zustimmung der Landtage gebunden sein; aber eine moderne Abgrenzung zwischen landesherrlichen Privatfinanzen, Domanial- und Staatsvermögen ist kaum angebahnt, geschweige denn gesichert. Möglich, dass Mecklenburg jetzt, nachdem das Reich endlich ein Vereins- und Versammlungsrecht gebracht hat, zum erstenmal wieder eine allgemeine öffentliche Agitation erlebt. Selbst die Liberalen verlangen zu einem grossen Teile die Ablehnung des Verfassungsentwurfes und die Einbringung einer neuen Vorlage. Unsere Parteigenossen rühren sich im ganzen Lande in Versammlungen und in Flugblätterprotesten, vor allem in der Gründung von politischen Organisationen.

✕ **England:** Der neue englische Premier Asquith, obwohl er das Budget Schatzamt an Lloyd-George abgetreten hat, brachte am 7. Mai nochmals den Etat ein. Er konnte, hauptsächlich wegen des Mehrertrages der verschiedensten Einnahmequellen, dann aber auch wegen einiger Ausgabenverkürzungen für 1908-1909 mit einem Überschuss von nicht weniger als 4.9 Mill. Lstrl. rechnen. Davon will er 3.4 Mill. zur Herabsetzung der Zuckersteuer verwenden, die bekanntlich 1901 als Kriegsteuer eingeführt wurde; statt 4 s. 2 d. für den englischen Zentner soll der Zoll in Zukunft 1 s. 10 d. betragen. Die weitere Hauptverwendung des Überschusses bezieht sich auf Alterspensionen, die, wenn die gesetzliche Regelung der Altersunterstützung so rasch gelingt wie Asquith in seiner einführenden Rede voraussetzt, das letzte Finanzquartal (1. Januar 1909 bis Ende März) mit 1,2 Mill. Lstrl. belasten würden. Wir begnügen uns heute die Grundzüge des

entwickelten Planes festzuhalten. Das ganze Projekt bezieht sich überhaupt nur auf die Altersunterstützung, nicht auf die Invalidenversicherung, auf die Unterstützung der Erwerbsunfähigkeit durch Invalidität, wie das im deutschen Gesetze weitaus das wichtigste ist (1905 zum Beispiel 114,3 Mill. M. ausschliesslich für Invalidenrenten, neben Beitrags-erstattungen, Heilverfahren usw., knapp 19,5 Mill. M. für Altersrenten). Die Rente soll, wie in Deutschland, mit 70 Jahren fällig werden, und 260 M., für Verheiratete 195 M. pro Kopf betragen (Deutschland je nach den Lohnklassen 110 bis 230 M.). Ausser dem Alter gehört zum Rentenempfang das dürftige Einkommen, nämlich unter 520 M. pro Jahr, oder bei Verheirateten unter 780 M., während wir als Rentenvoraussetzung einfach die Versicherungspflicht oder doch die tatsächliche Versicherung haben, von der man in England nach wie vor vollkommen absieht. Ausländer, Verbrecher, Unzurechnungsfähige und Almosenempfänger sollen nach der Rede von Asquith keine Alterspension erhalten. Die Bemühungen der Arbeitervertreter richten sich hauptsächlich auf Herabsetzung der Altersgrenze auf 65 oder 60 Jahre.

× **Kurze Chronik** Noch im Laufe des Jahres will man die europäischen Schutztruppen von Kreta zurückziehen, da die Bildung einer einheimischen Gendarmerie und Miliz von den vier Schutzmächten als vollendet angesehen wird; die noch engere Verbindung der Insel mit Griechenland dürfte damit einen grossen Schritt vorwärtsgerückt sein. × In Marokko scheinen sich neuerdings die Aussichten des Gegenseultans Mulai Hafid wesentlich verbessert zu haben. In Berlin benutzten die Alldeutschen die Anwesenheit von Delegierten dieses Gegenseultans zu chauvinistischen Lärmversammlungen gegen die allzu nachgiebige deutsche Diplomatie. Sicher ist, dass das unerwartete Vorrücken Mulai Hafids den französischen Regierungskreisen schwere Verlegenheiten bereitet.

× **Literatur** Wer noch der kindlichen Meinung ist, dass sich selbst in Zeiten fortreisender höchster revolutionärer Erregung, bestimmte soziale Entwicklungsstufen einfach überspringen liessen, und dass daher eine wirklich zielsichere Taktik sich im wesentlichen darin erschöpfen

könne, die *Kluft* zwischen der Arbeiterklasse und den, bis zu einem gewissen Grade rivalisierenden bürgerlich-fortschrittlichen Schichten zum Bewusstsein zu bringen und bewusst zu erweitern, dem sei die Schrift A. Tscherewanins *Das Proletariat und die russische Revolution* / Stuttgart, Dietz/ zu recht erstem Nachdenken empfohlen. Der Verfasser geht sogar so weit, dass er das Wiederaufstreben und Wiedererstarken der alten Regierungsgewalt der Taktik zuschreibt: den nächsten notwendigen Zielen, dem Kampf zwischen Absolutismus und bürgerlicher Gesellschaft, immer gleich das Zukunftsendziel, den Kampf zwischen bürgerlicher Gesellschaft und Proletariat, als Knüppel zwischen die Beine zu werfen. »Die alten Bundesgenossen, mit denen das Proletariat soeben den Oktobersieg gemeinsam durchgefochten hatte, hat es rücksichtslos von sich gestossen. Um in diesem gefährlichen, verhängnisvollen Moment die Kluft zwischen dem Proletariat und den Massen der Bourgeoisie und bürgerlichen Demokratie noch tiefer und klaffender zu machen, liess die Sozialdemokratie . . . die Idee einer Revolution in Permanenz und des unmittelbaren Überganges der bürgerlichen Revolution in eine soziale Revolution auftauchen . . . Das war eine unheilvolle Idee, die der Revolution nichts als Schaden bringen konnte . . . Diese Taktik stärkte die Machtstellung der Regierung im Moment ihres Zusammenstosses mit der *Duma*, gab ihr die Kühnheit die *Duma* auseinander zu jagen, bevor diese Zeit hatte die Volksmassen zu gewinnen und zu organisieren, und nach der *Duma*auflösung machte sie das Auftreten des Proletariats und die allgemeine Unterstützung der *Duma* unmöglich.« So viel heute über den allgemeinen Standpunkt der wertvollen Schrift, die freilich auch manche Legende — zum Beispiel über den Charakter der Volksaufstände im Kaukasus, in den baltischen Provinzen — zerstört.

Sozialpolitik / Robert Schmidt

Krankenkassenkongress In Berlin tagte am 12. und 13. Mai ein Kongress der Krankenkassen, an dem 1115 Delegierte teilnahmen, darunter ungefähr ein Drittel Arbeitgeber. Vertreten waren alle Arten der Krankenkassenorganisationen, am stärksten die Ortskrankenkassen. Das Reichsamt des Innern hatte die Einladung zum Kongress abgelehnt und mitgeteilt, dass die Ab-

sicht bestehe Vertreter der Krankenkassen zu einem Gutachten über die Reform der Arbeiterversicherung heranzuziehen. Den preussischen Ministerien fehlte es an Zeit, um an den Beratungen teilzunehmen. Dagegen hatte die Berliner städtische Verwaltung einige Vertreter der Behörden entsandt, die mit den Kassenverwaltungen zu tun haben, ferner waren Vertreter der verschiedenen Gewerkschaftskorporationen und einige Reichstagsabgeordnete erschienen. Zur Erörterung standen zwei für die Krankenkassen sehr wichtige Fragen: die Bestrebungen zur Reform der Arbeiterversicherung und die Gefährdung der Selbstverwaltung der Krankenkassen. Der Referent des ersten Punktes, Gustav Bauer, forderte einen Zusammenschluss aller Versicherungsweige, mindestens aber eine organische Verbindung aller Kasseneinrichtungen, ferner die Mitwirkung der Versicherten bei den Verwaltungen und die Aufrechterhaltung des Selbstverwaltungsrechtes der Kassen. Die Verwaltung soll auf grund eines Proportionalwahlsystems bestimmt werden.

Über den Ausbau der Leistungen der einzelnen Versicherungszweige beschloss man folgendes:

Krankenversicherung: Intensivste Ausgestaltung und Ausdehnung der Fürsorge und Prophylaxe auch auf die Angehörigen der Versicherten. Einräumung des Rechts für die Betriebe hygienische Vorschriften zu erlassen und Kontrolle über deren Durchführung und über die auf grund der Gewerbeordnung erlassenen Bestimmungen auszuüben.

Invalidenversicherung: Ausgestaltung dieser zu einer Pensions-, Witwen- und Waisenversicherung; Ausdehnung der Versicherungspflicht auf alle gegen Entgelt beschäftigten Personen, deren Jahresverdienst bis 5000 M. beträgt. Unzulässigkeit aller privaten Ersatzinstitute; Anerkennung der Berufsinvalidität. Die Kosten der Versicherung werden zu gleichen Teilen vom Reich, Arbeitgeber und Arbeitnehmer getragen. Die Belastung des Reiches soll aus direkten Steuern gedeckt werden. Entsprechend der Erweiterung der Verdienstgrenze sind die Beitragsklassen auf 10 zu erhöhen.

Unfallversicherung: Entschädigung ist nicht nur bei Unfällen, die durch das Erwerbsleben verursacht werden, sondern auch bei solchen durch das gewöhnliche Leben hervorgerufenen zu

gewähren. Chronische Gewerbekrankheiten sind als Folgen von Betriebsunfällen anzusehen. Die Entschädigungspflicht der Berufsgenossenschaften beginnt mit dem Tage des Unfalls. Die Leistungen sind auszugestalten.

Streitigkeiten: Gewährung der Rechtshilfe und Einheitlichkeit des Rechtsweges für alle Träger der Arbeiterversicherungsgesetzgebung.

Die Bestrebungen eine besondere Versicherungseinrichtung für Privatbeamte zu schaffen, fanden keinen Anklang; mit grosser Majorität entschied man sich für deren Angliederung an die Landesversicherungsgesellschaften. Es braucht kaum betont zu werden, dass die Reformvorschläge der Regierung, die gegenwärtig im Auszug in der Presse bekanntgegeben werden, weder von Referenten noch in der Diskussion vertreten wurden, vielmehr verlangte man eine einheitliche grosszügige Reform, wie sie vom Referenten mit guter Sachkenntnis dargestellt wurde.

Der zweite Referent Albert Kohn-Berlin widerlegte mit einem sorgfältig zusammengeträgten Material die seit geraumer Zeit mit grosser Gehässigkeit gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen erhobenen Angriffe und zeigte zugleich, zu welchen unsinnigen Massnahmen die Aufsichtsbehörden oft greifen. Bemerkenswert ist, dass der Selbstverwaltung auch aus den Kreisen der Unternehmer ungeteilte Zustimmung zu teil wurde. Diese Kundgebung von Männern, die als berufene Beurteiler aus der Praxis ihr Urteil bilden, gewinnt damit an Bedeutung und lässt die von politischem Hass und Leidenschaft diktierten Verdächtigungen reaktionärer und *liberal* schillernder Arbeiterfeinde glatt zu Boden sinken.

An dem Urteil eines so wichtigen Kongresses wird auch die Regierung nicht achtlos vorübergehen können.

× **Arbeitersekretariate** Die Statistik der *Generalcommission der Gewerkschaften* über die Arbeitersekretariate in Deutschland gibt uns eine Übersicht der Inanspruchnahme und der fortgesetzten Ausdehnung dieser Institute. Im Jahre 1907 bestanden 96 Sekretariate und Auskunftstellen, die an 419832 Personen Rat, Auskunft in Rechtsstreitigkeiten erteilten. Eine Gegenüberstellung der Zahlen vom Jahre 1901 vergegenwärtigt uns die schnelle Entwicklung der Sekretariate. Diese

ersten Erhebungen verzeichneten 29 Sekretariate und 167 363 Besucher. Von den im Jahre 1907 erteilten Auskünften entfallen auf die Arbeiterversicherung 134 447, Bürgerliches Recht 127 762, Arbeits- und Dienstvertrag 67 597, Strafrecht 32 833, Gemeinde- und Staatsbürgerrecht 57 719, Handels- und Gewerbsachen und Privatversicherung 6362, Arbeiterbewegung 7412 und sonstige Sachen 8081. Von den Sekretariaten werden 9 vom Verband der Bergarbeiter von geringen Zuwendungen der Gewerkschaftskartelle erhalten. Für 2 Sekretariate bestreitet die *Generalkommission* die Ausgaben, daneben sind für eine Anzahl anderer besondere Zuwendungen gewährt. In 35 Orten trägt die sozialdemokratische Partei und in 12 Orten die Parteipresse zu den Kosten bei. Die Mittel zur Unterhaltung werden sonst fast ausschliesslich aus Beiträgen der Kartelle bestritten, die Jahresbeiträge von 20 Pfg. bis 1,56 M. pro Mitglied erheben. Nach den Angaben von 88 Sekretariaten beliefen sich die Einnahmen auf 428 372 M. und die Ausgaben auf 368 132 M. Nicht einbezogen in diese Statistik ist das Zentralarbeitersekretariat in Berlin, das von der *Generalkommission* erhalten wird und seine Tätigkeit nur auf die Vertretung der Ansprüche aus der Arbeiterversicherung vor dem Reichsversicherungsamt beschränkt. Das Zentralarbeitersekretariat erhielt von den Sekretariaten, Gewerkschaftsorganisationen und auch direkt von einzelnen Personen im Jahre 1907 1352 Streitsachen übermittlelt, die mit den Rückständen aus dem Vorjahre die Bearbeitung von 1620 Streitsachen ergaben. Von den Streitsachen betreffend die Unfallrente wurden 463 ganz oder teilweise zu gunsten und 409 zu ungunsten der Verletzten entschieden. Von den 55 Revisionen in Invalidensachen hatten 24 der Versicherten und 6 der Landesversicherungsanstalten keinen Erfolg. In 698 Fällen wurde ausser den laufenden Streitsachen schriftliche Auskunft erteilt. Die Ausgaben für das Zentralarbeitersekretariat betrugen im Jahre 1907 13 456,49 M.

✕ **Kurze Chronik** Im Reichstag wurde noch kurz vor Schluss der Tagung die Regierungsvorlage, die eine Änderung des § 63 H. G. B. verlangte, abgelehnt, die Kommissionsbeschlüsse wurden angenommen. Danach soll den Handlungsgehilfen bei Verhinderung an der Dienstleistung durch

unverschuldetes Unglück während 6 Wochen das Gehalt ohne jeden Abzug fortgezahlt werden. Die Regierung hat erklärt, dass die Fassung des Paragraphen für sie unannehmbar ist. ✕ Die österreichische Regierung hat einen Gesetzentwurf eingebracht, der den Arbeitern in der Zündholzfabrikation bei der Verarbeitung des gelben Phosphors grösseren Schutz gewähren soll. Die besten Massregeln müssen hier ihren Zweck verfehlen, wenn nicht zum Verbot der Verarbeitung von gelbem Phosphor übergegangen wird. ✕ Die englische Regierung hat dem Parlament einen Gesetzentwurf betreffend die Altersversicherung unterbreitet.

Kommunalpolitik / Hugo Lindemann

Verkehrsverband für Gross-Berlin In den Sitzungen vom 7. und 11. Mai hatte sich die Berliner Stadtverordnetenversammlung mit der Magistratsvorlage über die Errichtung eines Verkehrsverbandes mit den Vorortgemeinden zu beschäftigen. Die Gründung dieses Zweckverbandes wurde von der Berliner Stadtverwaltung bereits im Vorjahre angeregt, als sie endlich zu der Erkenntnis gekommen war, dass sie den Kampf gegen die *Grosse Berliner Strassenbahn* und die unter ihrer Kontrolle stehenden Vorortbahnen nur in enger Verbindung mit den Vorortgemeinden erfolgreich aufnehmen könne. Sie arbeitete seinerzeit einen Statutenentwurf nebst Erläuterungsbericht aus und legte ihn im Juli 1907 einer Versammlung von Vertretern der Gemeinden und Kommunalverbände Gross Berlins vor. Die Vorortgemeinden nahmen damals eine ziemlich ablehnende Haltung ein. Nur Friedrichsfelde erklärte seine Zustimmung zum Entwurf, während die anderen namentlich den §§ 2, 6, 9, 13 und 18 des Statutenentwurfes mit grossen Bedenken gegenüberstanden. Nach § 2 des Entwurfs sollten nämlich die Mitglieder des Verbandes alle ihre Rechte auf Übernahme der *Grossen Berliner Strassenbahn* und der Berliner Vorortbahnen an den Verband übertragen und darauf verzichten diesen Gesellschaften neue Rechte einzuräumen, die die Übernahme unmöglich machen oder erschweren. § 6 handelt von dem Ausbau neuer Strecken, der auf Antrag von ein oder mehreren Verbandsmitgliedern erfolgen soll. Für diesen Fall haben die Antragsteller die Selbstkosten des Baus und des Betriebes dem Verband zu erstatten. Die Feststellung des Stimmrechtes der Gemeinden im Ver-

band ist in § 9 festgelegt, die Zusammensetzung des Ausschusses in § 13, während § 18 den Austritt der Mitglieder aus dem Verband ordnet. Mehrere Gemeinden sprachen die Befürchtung aus, dass der Verzicht auf die Erteilung weiterer Konzessionen an die Privatgesellschaften einen Stillstand in der Entwicklung der Gemeinden bis zum Jahre 1919 bedeuten würde. Bis dahin läuft eine grössere Anzahl von Konzessionen, neue sollen nicht erteilt werden, und der Zweckverband wird kaum in der Lage sein vorher neue zu bauen. Die Deckung der Selbstkosten, wie sie § 6 vorschreibt, dürfte für manche Gemeinden unerschwinglich sein. Der Entwurf wurde einer Kommission zur Bearbeitung überwiesen und liegt nunmehr in abgeänderter Fassung den verschiedenen Gemeinden zur Beschlussfassung vor. Die Berliner Stadtverordneten beschäftigten sich, wie bereits angeführt, in ihren Sitzungen vom 7. und 11. Mai mit ihm. Nach § 1 des abgeänderten Entwurfes soll der Verband die Interessen der angeschlossenen Kommunen, Kreis- und Kommunalverbände gegenüber der *Grossen Berliner Strassenbahn* und der Berliner Vorortbahnen gemeinsam wahrnehmen und die ihnen zustehenden Rechte auf Überlassung der Bahnen gemeinschaftlich ausüben. Ausserdem soll der Verband berechtigt sein andere in Berlin oder den Vororten betriebene Strassenbahnen zu erwerben und zu betreiben sowie neue Strassenbahnen zu bauen und zu betreiben. Hoch- oder Untergrundbahnen sollen nach einem Zusatzantrag des Ausschusses nicht zu den Strassenbahnen im Sinne des Vertrages gehören. In der Beratung über den § 1 führte der Gegensatz zwischen den allerdings stark zusammengeschmolzenen Anhängern der Privatgesellschaft und den Vertretern der Mehrheit zu scharfen Konflikten. Die freisinnige Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung, die von jeher die Grundsätze eines beschränkten Manchesterturns vertreten hat, ist durch die aggressive Haltung der Privatgesellschaft allmählich von ihrem Standpunkt abgedrängt worden. Während man früher die Übertragung des Strassenbahnwesens an eine private Gesellschaft im weitesten Umfang als den Gipfel der kommunalen Verwaltungskunst anpries, ist man jetzt zu der Erkenntnis gekommen, dass man sich mit der Konzessionierung dieser Gesellschaft eine Rute aufgebunden habe, deren Streichen man sich kaum noch er-

wehren kann. Man erhoffte bei Abschluss des Vertrages von der Konkurrenz der Privatgesellschaften unter einander alles mögliche. Das Ergebnis der Entwicklung war aber in Berlin das gleiche wie in anderen Grossstädten auch: an die Stelle der Konkurrenz trat das Monopol. Die *Grosse Berliner Strassenbahn* hat die übrigen Gesellschaften unter ihre Kontrolle gebracht. Sie liess sie, wie der sozialdemokratische Stadtverordnete Heimann ausführte, formell fortbestehen und gewann damit die Möglichkeit Verträge mit den Vororten abzuschliessen und durch Anschlussverträge den Einheitstarif zu durchlöchern, den sie mit der Stadt Berlin abgeschlossen hatte. Der Einfluss der Gesellschaft steigerte sich unaufhörlich, und durch die Übernahme des Ministerialdirektors Mücke in die Gesellschaft verstand sie es sich die wertvollsten Beziehungen zum preussischen Eisenbahnministerium zu verschaffen. Die besten Verträge, die die Stadt mit der Gesellschaft abgeschlossen hatte, wurden trotz aller ihrer juristischen Feinnessen wertlos, weil die Gesellschaft sich ihrer Verpflichtungen zu entledigen wusste. Ohne Kenntnis der Stadt Berlin verschaffte sie sich eine Konzessionsverlängerung für den Fortbetrieb der Strassenbahnen bis zum Jahre 1949. Sie verstand es die Stadt trotz des Betriebsumwandlungsvertrages dabei gründlich übers Ohr zu hauen. Vergeblich hat sich die Stadt gegen die Machenschaften der Strassenbahngesellschaft zu wehren gesucht. Sie schloss den Vertrag mit Siemens & Halske ab wegen der Hoch- und Untergrundbahn, sie übernahm einige Strassenbahnlinien in eigene Regie, beschloss den Bau einiger städtischer Linien, insbesondere auch das bekannte Nordsüdbahnprojekt, um den Machtbereich der Privatgesellschaft einzuschränken. Alle diese Gegenzüge der Gemeinde parierte die Gesellschaft mit dem grossen Untertunnelungsprojekt in der Leipziger Strasse, und mit dem Verlangen einer Konzessionsverlängerung um 90 Jahre. Und wie bei allen Projekten, so fand sie auch bei diesem das unbeschränkte Wohlwollen der Staatsbehörden, die der Kommune Berlin mit dem gleich grossen Ubelwollen gegenüberstehen. Selbst der Vertreter der freisinnigen Mehrheit hielt eine Einigung der Stadt und der Privatgesellschaft über diese Projekte und die durch sie bedingten und von der Gesellschaft bereits geforderten Tariferhöhungen für absolut

ausgeschlossen. Herr Cassel ist an und für sich kein Gegner einer Einigung mit der Privatgesellschaft, aber die Aufgabe der Tunnelprojekte macht auch er zur Vorbedingung jeder Einigung. Auch aus seinen Ausführungen wie aus denen der Mehrzahl der Redner sprach die Furcht vor dem Eingriff der Staatsbehörden in die Rechte der städtischen Selbstverwaltung. Schutz dagegen erwartet auch er von dem Gemeindeverband, denn gegen 30 Gemeinden, die sich geeinigt haben, kann der Staat nicht in der gleichen Weise vorgehen wie gegen die einzelne Stadt Berlin. Gegenüber den Empfehlungen, die von einer Anzahl von Stadtverordneten ausgesprochen wurden, man möge doch den Weg der Verständigung mit der Privatgesellschaft betreten, sie sei nicht der Feind sondern der *Sozius* der Stadt, man möge das Alte begraben sein lassen und neue Bedingungen ausmachen, legte Oberbürgermeister Kirschner in einer glänzenden Rede, deren Schärfe bei ihm besonders auffiel, die Art des *Sozius*-verhältnisses zwischen Privatgesellschaft und Stadt klar. Die *Grosse*, so führte er aus, hat von dem Mittel sich aller Verpflichtungen ledig zu machen in ausgiebigster Weise Gebrauch gemacht. Sie hatte sich verpflichtet, der Stadt den Wegekörper, die Patente usw. im Jahre 1919 zu überlassen. »Wie konnte ein Unternehmer«, rief Herr Kirschner aus, »unter diesen Umständen, wenn er irgendwie ehrlich war, sich über 1919 die Konzession erteilen lassen? Die Konzession des gemischten Systems liess sich die *Grosse* abkaufen. Hinter unserm Rücken ist ihr von einer höheren Gewalt, angeblich ohne ihre Zustimmung die Last des unbequemen Akkumulatorensystems abgenommen, und statt der 2% = 600 000 M. haben wir eine Entschädigung von etwa 18 000 M. erhalten.« Trotz des Vertrages denkt die *Grosse* nicht mehr daran für Verlängerungen der Linien die Zustimmung der Stadtverwaltung nachzusuchen. Bei Verkürzungen macht sie nur Mitteilung, statt die Genehmigung der Stadt nachzusuchen. »Der 10 Pf.-Tarif war unser Stolz, die *Grosse* hat die Erfindung der *Anschlussbetriebe* gemacht, und es gibt 15 Pf.-Strecken!« Freieste Konkurrenz wollte man durch den Vertrag sichern: drei Gerichtserkenntnisse waren nötig, um den Einspruch der *Grossen* gegen die Untergrundbahn aus dem Wege zu räumen, 250 000 M. Prozesskosten kostete der Scherz die Stadt. Bei der Gewinnbeteiligung ist die Stadt nach den Aus-

führungen Herrn Kirschners ganz erheblich benachteiligt worden, und jetzt kommt die *Grosse* mit der Forderung einer Konzession auf 90 Jahre mit Tarifierhöhung! So hat der *loyale Sozius* seine Pflicht erfüllt! Herr Kirschner wies dann auf den mächtigen Einfluss hin, den sich die *Grosse* in der Presse zu sichern gewusst hat. »Es ist uns wiederholt schwer gefallen in einen grösseren Kreis von öffentlichen Blättern tatsächliche Berichtigungen zur Aufnahme zu bringen«, sagte Herr Kirschner. »Auf einem der wichtigsten Gebiete des öffentlichen Lebens hat sich die *Grosse* mit der Zeit eine Macht angeeignet, die die Selbstverwaltung aufhebt. Wir müssen um unsere Existenz kämpfen.« Alle Versuche der Anhänger der *Grossen Berliner Strassenbahn* in der Stadtverordnetenversammlung waren gegenüber diesen erdrückenden Tatsachen nicht im stande den Vertrag zum Scheitern zu bringen. Mit überwältigender Mehrheit wurde § 1 der Vorlage angenommen, und ebenso in der Sitzung vom 11. Mai auch die übrigen Paragraphen. Auch hier wurde noch einmal der Versuch gemacht den ganzen Vertrag durch Einschaltungen, die dem Verband die Ausführung aller möglichen Strassendurchbrüche auferlegen wollten, zu hintertreiben. Mit grossen Mehrheiten wurden aber die Angriffe abgeschlagen und schliesslich die ganze Vorlage angenommen sowie der städtischen Verkehrsdeputation die Verwaltung der Geschäfte übertragen, die der Stadt als Mitglied des Verkehrsverbandes Gross Berlin obliegen.

× **Heimatschutz** Nach dem Vorbilde Preussens hat auch die sächsische Regierung den Landständen und zwar zunächst der ersten Kammer den Entwurf eines Gesetzes gegen die Verunstaltung von Stadt und Land vorgelegt. Der Antrag ist in der ersten Deputation dieser Kammer beraten worden, und vor kurzem der Bericht darüber erschienen. Nach dem Entwurf erhalten die Polizeibehörden — das sind die Amtshauptmannschaften, und in den Städten mit revidierter Städteordnung die Stadträte — das Recht, Reklamezeichen aller Art zu verbieten, wenn sie Strassen, Plätze oder einzelne Bauwerke, das Orts- oder Landschaftsbild zu verunstalten geeignet sind. Die Reklamezeichen umfassen Aufschriften, Abbildungen, Bemalungen, Schaukästen. Auch Beleuchtungseffekte durch Schein-

werfer sollen darin einbegriffen sein, wobei allerdings Bedingung ist, dass eine Verunstaltung des abendlichen Ortsbildes eintreten muss, nicht nur eine Belästigung vorliegt. Auch Aufschriften, Anschläge, Abbildungen und Bemalungen anderer Art fallen unter den § 1. Unter den Bemalungen ist auch der Anstrich der Häuser zu verstehen. Im § 2 wird der Baupolizeibehörde das weitere Recht gegeben die Genehmigung zur Ausführung von Bauten und zu baulichen Änderungen zu versagen, wenn durch die Bauausführung ein Bauwerk oder dessen Umgebung, oder das Strassen-, Orts- oder Landschaftsbild verunstaltet werden würde. Ebenso kann die Genehmigung von Bebauungs- oder Fluchtlinienplänen von ihr versagt werden, wenn durch deren Ausführung die gleichen Verunstaltungen herbeigeführt werden würden. Durch die §§ 1 und 2 wird also der Schutz der Polizei übertragen, und diese damit zum Kunstrichter gemacht. Man mag von der Notwendigkeit des Heimatschutzes noch so sehr überzeugt sein und wird doch zugeben müssen, dass mit solchen Gesetzen den Polizeibehörden Vollmachten gegeben werden, die zu den allergrößten Missbräuchen, Eingriffen in das Privateigentum und Schablonisierungen des Bauwesens führen können. Denn die Baupolizeibehörde ist sicherlich trotz der §§ 1 und 2 keine kunstverständige Behörde. Auch die Zuziehung von Sachverständigen wird diesen Mangel nicht ausgleichen können, ganz abgesehen davon, dass bei den Sachverständigen in Kunst- sachen in der Regel ebenso viel Meinungen wie Köpfe sind. Die Baupolizeibehörde ist an das Urteil der Sachverständigen in keiner Weise gebunden. Sie kann von ihm Gebrauch machen, sie kann es aber auch ebenso gut bei Seite legen, wenn es ihr nicht zusagt, und sie ihr eigenes Kunsturteil für richtiger hält. Wie kann man erwarten, dass die Baupolizeibehörden plötzlich in den Besitz eines feinen Empfindens für ästhetische Bauweise gelangen? Und dann die grosse Gefahr der Versteinerung dieses ästhetischen Empfindens, das sich allen originalen Schöpfungen gegenüber ablehnend verhält und die Entwickelung einer neuen Baukunst verzögert! Die §§ 3 und 4 des Entwurfs wollen dann weitergehend die Beeinträchtigung von Bauwerken, die durch ihr Alter oder ihren Kunstwert ausgezeichnet sind, oder von Strassen- und Ortsbildern alter und interessanter Städte, von Landschaftsbildern hervor-

ragend schöner Gegenden durch Neubauten oder bauliche Änderungen alter Bauwerke verhindern. Dieser Schutz wird aber an den Erlass eines Ortsgesetzes geknüpft. Gemeinden, die kein Verständnis für diese Aufgaben haben, können durch das Ministerium des Innern zum Erlass solcher Ortsgesetze angehalten werden; falls sie der Aufforderung nicht nachkommen, kann das Ministerium an ihrer Stelle die erforderlichen Vorschriften erlassen. Auch hier treffen die gleichen Bedenken zu wie gegen die beiden ersten Paragraphen. Reglementiererei in Kunstsachen scheint uns die grösste Gefahr für die Kunst selbst zu bedeuten. X X

Kurze Chronik Die zweite sächsische Kammer hat das Fürsorgegesetz nach den Beschlüssen ihrer Gesetzgebungsdeputation angenommen. Das Gesetz belastet die Gemeinden beträchtlich und bedeutet zugleich eine Einschränkung ihrer Selbstverwaltung. X Die städtischen Kollegien in Freiberg i. S. haben beschlossen eine Mütterberatungs- und Säuglingsfürsorgestelle im städtischen Krankenhaus zu errichten. X Die Wormser Stadtverordnetenversammlung bewilligte zur Erbauung neuer städtischer Arbeiterwohnhäuser für städtische Arbeiter 82000 M. X Die Hanauer Stadtverordneten bewilligten für die städtischen Beamten mit einem Gehalt bis 3000 M. eine Teuerungszulage von je 150 M., für die mit einem Gehalt von 3000 bis 4560 M. eine solche von 100 M. X Die Mainzer Bürgermeisterei hat den Stadtverordneten eine Vorlage wegen Einführung einer Besitzwechselabgabe und einer Wertzuwachssteuer gemacht.

Gewerkschaftsbewegung / Ernst Deinhardt

Baugewerbe Die grosse Tarifbewegung im Baugewerbe hat nun ohne einen grösseren Kampf ihren Abschluss gefunden. Nach Abbruch der zumeist ergebnislosen örtlichen Verhandlungen fanden vom 23. bis zum 27. April in Berlin nochmals Einigungsverhandlungen und wiederum unter dem Vorsitz der Gewerbergerichtsvorsitzenden von Schulz-Berlin, Dr. Prenner-München und Dr. Wiedfeldt-Essen statt, die nach stürmischen Auseinandersetzungen zum Frieden führten. Zunächst wurde über den Abschluss eines Vertrages für das Berliner Vertragsgebiet verhandelt, über den eine Einigung unter den Parteien nicht erzielt wurde, so dass

die 3 unparteiischen Vorsitzenden einen Schiedsspruch fällen mussten. Danach gilt für Berlin bis zum 31. März 1910 der im vorigen Jahr dort abgelaufene Vertrag, der für Maurer und Zimmerer einen Stundenlohn von 75 Pf., für Bauarbeiter von 50 Pf. vorsieht. Auch über die materiellen Streitfragen an den übrigen Orten war eine Einigung nur möglich auf Grund eines von den Organisationen akzeptierten Schiedsspruches der 3 Unparteiischen. Sie entschieden, dass irgend eine Verschlechterung der Lohnbedingungen nicht eintreten darf, dass bereits vereinbarte oder von Unternehmern angebotene Lohnerhöhungen durchzuführen sind, dass in den Lohngebieten, wo nach dem 1. April 1906 Lohnerhöhungen nicht eingetreten, auch nicht bis zum 1. April 1909 vorgesehen sind, mit dem 1. April 1909 der Stundenlohn um 1 Pf. zu erhöhen ist, dass für jeden Bezirk respektive für jedes Lohngebiet ein Schiedsgericht mit unparteiischem Vorsitzenden durch die zuständigen Organisationen einzusetzen ist, das die ausser der Lohnfrage bestehenden Streitigkeiten bis zum 16. Mai endgültig zu entscheiden hat. Für die Arbeiter bringt dieser Abschluss immerhin eine, wenn auch geringe Besserung der Verhältnisse, während die Unternehmer auf die Durchführung ihres weitgehenden Scharfmacherprogramms verzichten mussten. Und dass es zu dem geplanten grossen Kampf im Baugewerbe nicht kam, ist der grösste Gewinn dieser Bewegung.

✕ **Malergewerbe** ✕ Auch im Malergewerbe ist bereits eine Einigung erzielt worden, und zwar ebenfalls durch Eingreifen der genannten 3 Unparteiischen. Die entscheidenden Tarifverhandlungen fanden vom 28. bis zum 30. April in Berlin statt. Es wurde zunächst die Frage der Zulassung der Arbeiterorganisationen geregelt. Die Unparteiischen entschieden, dass alle Gewerksvereine im Verhältnis ihrer Mitgliederstärke zugelassen werden sollten, und so wurde dem Hirsch-Dunckerschen Gewerksverein 1, dem christlichen Gewerksverein 4 und der freien Gewerkschaft 50 Vertreter zugebilligt. Eine von den Unternehmern verlangte Bestimmung betreffs Lohneinbehaltung wurde beim Vertragsentwurf von den Unparteiischen beseitigt; für Lohnarbeit wurde die Notwendigkeit der Festsetzung eines Leistungstarifs ausgesprochen. Über die Lohnfrage entschieden die Un-

parteiischen: 1. in Lohngebieten mit einer längeren als der 10stündigen Arbeitszeit wird der Arbeitstag mit Beginn des Vertrages auf 10 Stunden festgesetzt; 2. von den Parteien für die Vertragsdauer bereits vereinbarte Lohnerhöhungen sind durchzuführen; 3. von den Arbeitgeberorganisationen bereits angebotene Lohnerhöhungen müssen gewährt werden; 4. in den übrigen Lohngebieten, wo 1907 keine Lohnerhöhung vorgenommen ist, wird der Stundenlohn von Beginn der Vertragsdauer um 2 Pf., soweit im Jahre 1907 eine Lohnerhöhung vorgenommen ist, jetzt um 1 Pf., vom 1. Januar 1909 ab um einen weiteren Pfennig erhöht; 5. für jeden Gau, nötigenfalls für jedes Lohngebiet ist ein Schiedsgericht mit unparteiischem Vorsitzenden zu bilden, das über alle sonst noch bestehenden Differenzen bis 16. Mai endgültig zu entscheiden hat.

Auch hier ist der Schiedsspruch, der den Arbeitern ganz annehmbare Vorteile bietet, von den beteiligten Organisationen akzeptiert worden, so dass auch im Malergewerbe der Friede für dieses Jahr gesichert ist.

✕ **Kongresse und** ✕ **Die Steinarbeiter**
Verbandstage hielten ihren Verbandstag in der ersten Aprilwoche in Kassel ab. Die Einführung der Erwerbslosenunterstützung wurde abgelehnt, die Streikunterstützung erhöht. Der Vorstand wurde verpflichtet, für die Verschmelzung der Bauarbeiterorganisationen zu einem gemeinsamen Verband rege zu wirken. Im Anschluss an den Verbandstag fand ein internationaler Steinarbeiterkongress statt, der unter anderem beschloss, dass die Landesorganisationen für die Aufbringung der Unterstützung bei Streiks selbst zu sorgen haben, ferner dass eine internationale Statistik über Arbeitszeit, Akkordarbeit, Berufskrankheit und Unfallhäufigkeit aufzunehmen sei, deren Resultat den Regierungen unterbreitet werden soll. Der Vorort des internationalen Sekretariats bleibt Zürich.

Die Maschinisten und Heizer tagten während der Ostertage in Köln. Der Beitrag wurde auf 50 Pf. pro Woche erhöht, nur in rückständigen Gegenden soll der alte Satz beibehalten werden. Es sollen ein zweiter Vorsitzender, 2 weitere Gauvorsteher und in Zahlstellen von über 500 Mitgliedern eventuell Lokalbeamte angestellt werden. Die Streik- und Gemassregeltunterstützung wurde

erhöht, und die Erwerbslosen- und Krankenunterstützung neu normiert. Das Verbandsorgan erscheint künftig alle 14 Tage und bekommt ausschliesslich den Charakter einer Gewerkschaftszeitung.

Wichtige Änderungen beschlossen die Bureauangestellten auf ihrem zu Ostern in Berlin abgehaltenen Verbandstag. Sie führten ihre Verschmelzung mit dem Verband der Verwaltungsbeamten durch, beschlossen Beiträge von 60 Pf. und 1,20 M. pro Monat, wofür eine Arbeitslosen-, Kranken-, Gemassregelten-, Streik- und Sterbeunterstützung gewährt wird. Sitz des Verbandes ist Berlin.

Zu gleicher Zeit tagten die Dachdecker in Mannheim. Der Vorstand wurde ermächtigt in Verbindung mit dem Ausschuss weitere Gauleiter anzustellen. Die Beiträge wurden neu normiert, sie schwanken zwischen 40 und 75 Pf. pro Woche. Ferner wurde die Reise-, Sterbefall- und Streikunterstützung erhöht und eine Krankenunterstützung neu eingeführt; die Unterstützungssätze schwanken je nach Beitragshöhe und Mitgliedschaftsdauer zwischen 2,10 und 7,20 M. pro Woche. Das Verbandsorgan soll künftig 8tägig erscheinen.

Schliesslich ist noch kurz über den Verbandstag der Textilarbeiter zu berichten, der in der zweiten Maiwoche in Leipzig stattfand. Hier wurde mit allen gegen 5 Stimmen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung beschlossen. Sie soll je nach der Beitragsklasse und Mitgliedschaftsdauer in Höhe von 4 bis 9 M. und für die Dauer von 6 bis 10 Wochen gewährt werden. Der Beitrag wurde um 10 Pf. erhöht. Die Gehälter der Beamten wurden erhöht, dergestalt, dass Vorstandsbeamte pro Jahr 2000 M., steigend bis 3000 M., Hilfsarbeiter jährlich 1800 M., steigend bis 2600 M. beziehen.

× Schweiz ×
Das Bundeskomitee des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes erstattete in der Arbeiterstimme seinen Rechenschaftsbericht für die letzte 2jährige Geschäftsperiode. Die typischen Erscheinungen dieser Periode sind guter Geschäftsgang, Verteuerung der Lebensbedingungen der Arbeiter, eine erhebliche Zunahme der Lohnbewegungen und ein beträchtliches Erstarken der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter wie der der Unternehmer. Die Entwicklung stellte an das Bundeskomitee erhöhte An-

forderungen, besonders auf dem Gebiet der Agitation. Leider waren die Mittel des Komitees nur beschränkte, so dass seiner Tätigkeit verhältnismässig enge Grenzen gezogen waren. Immerhin war sie von grossem Einfluss auf die Bewegung. Auch an der Gründung des Handels- und Transportarbeiterverbandes hat das Bundeskomitee mitgewirkt. In der Berichtsperiode wurden ferner der Verband der Hilfsarbeiter im graphischen Gewerbe und der Hutmacherverband in den Bund aufgenommen; der Schneiderverband hat durch Urabstimmung den Anschluss abgelehnt. Die Konzentration der Gewerkschaften zu grösseren Verbänden hat weitere Fortschritte gemacht. So hat sich der Verband der Hafner dem Steinarbeiterverband angeschlossen, die Uhrenarbeiterverbände haben im Prinzip beschlossen sich zu einem allgemeinen Verband zu vereinigen, die Verbände in der Textilindustrie haben ihre Vereinigung in einer Organisation schon am 1. April 1908 vollzogen; die Verbände der Schuhmacher und Sattler planen die Gründung einer allgemeinen Lederarbeiterorganisation, und die Verbände der Buchbinder und der graphischen Hilfsarbeiter betreiben ebenfalls den Zusammenschluss. So sind in der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung alle Anzeichen zu einer günstigen Entwicklung gegeben. Störend wirkten dabei neben vielen anderen Momenten der Syndikalismus, der in der Schweiz einigen Anhang hat, und die Sprachunterschiede.

Dem Bundeskomitee stehen 3 Beamte zur Verfügung, 2 Sekretäre und 1 Sekretärin. Es verfügte in den Jahren 1906 und 1907 über 24 423 respektive 20 545 fr. Einnahmen, denen 22 257 respektive 17 536 fr. Ausgaben gegenüberstanden.

Auf dem Gewerkschaftskongress, der zu Ostern in Biel tagte, wurde einer gewissen Unzufriedenheit mit den gegenwärtigen Verhältnissen im Gewerkschaftsbund Ausdruck gegeben. Im Herbst soll ein ausserordentlicher Kongress stattfinden, der sich ausschliesslich mit der Reorganisation des Bundes beschäftigen soll.

× Kurze Chronik ×
Die christlichen Gewerkschaften hatten in den letzten Wochen wieder ihren Fall, diesmal einen Fall Behrens. Franz Behrens, der Generalsekretär des christlichen Bergarbeiterverbandes, daneben aber auch noch christlich-sozialer

Politiker ist, hatte bei der zweiten Lesung des Reichsvereinsgesetzes im Reichstag für den Sprachenparagrafen gestimmt und damit einem Ausnahmegesetz gegen die Gewerkschaften zur Annahme verholfen. Bei der Schlussabstimmung über das ganze Gesetz hat Behrens sich dann der Abstimmung enthalten. Ob dieses Verhaltens machte sich in den Kreisen der christlichen Gewerkschaften grosse Missstimmung bemerkbar, doch hat die Leitung der christlichen Gewerkschaften und der Vorstand des christlichen Bergarbeiterverbandes Herrn Behrens schnell ein Vertrauensvotum ausgestellt, um den Entrüstungsturm gegen ihn einzudämmen. Nun ist alles wieder gut. X Im Formstecherverband ist durch Urabstimmung mit 267 gegen 132 Stimmen der Anschluss dieser Organisation an den Lithographenverband beschlossen worden.

WISSENSCHAFT

Sozialgeschichte / Paul Kampfmeyer

Deutschlands Entwicklung Ein Franzose hat uns mit einem guten Buch über *das moderne Deutschland und seine Entwicklung* /Dresden, Reissner/ beschenkt: Henri Lichtenberger. Die Hauptmomente, die Deutschland in einen kapitalistischen Industriestaat umschufen, hat Lichtenberger packend zusammengestellt. Dem Aufstieg des kapitalistischen Unternehmertums durch die wirtschaftlichen Entwicklungsphasen der Heimarbeit und Manufaktur zur Grossindustrie widmet Lichtenberger wenige, aber um so inhaltreichere Seiten. In der Darstellung der deutschen Agrarrevolution des 19. Jahrhunderts hat Lichtenberger nicht die bauernfeindliche preussische Deklaration von 1816 berücksichtigt. Sie begrenzte die Regulierbarkeit der bäuerlichen Stellen sehr wesentlich, sie führte zur Vernichtung ganzer Klassen leistungsfähiger Bauern, zur Degradation dieser zu unselbständigen Tagelöhnern und zur kolossalen Bereicherung des Adels mit Land und Kapital. Den Sieg der preussischen Monarchie über Deutschlands Einzelstaaten hat Lichtenberger in gar zu starken Farben gemalt. Er schreibt: »Seit 1870 gibt es in Deutschland im Grunde genommen keine Staaten mehr, sondern nur noch Provinzen. Die kaiserliche Autorität ist immer ausschlaggebender geworden, und die Einrichtungen des Reiches haben sich

in einheitlichem Sinne entwickelt. Das neue, von Bismarck geschmiedete Deutschland ist kein einfacher Bund unabhängiger Staaten mehr sondern eine starke Militärmonarchie, die kaum weniger zentralisiert ist als die anderen europäischen Staaten.« Und diese eiserne »Militärmonarchie« verscheuchte mit rauher Hand alle die Weltfriedensträume bürgerlicher Idealisten. Sie hat bisher noch kein festes harmonisches Verhältnis zu der französischen Nation gefunden. Nicht ohne innere starke Ergriffenheit schreibt Lichtenberger die Zeilen nieder: »Ich beschränke mich darauf festzustellen, dass zwischen Deutschland und Frankreich seit dem Frankfurter Frieden ein gewisses gegenseitiges Misstrauen besteht, das schwer zu zerstreuen und jederzeit bereit ist wieder hervorzu brechen. Trotz des künstlerischen und intellektuellen Austausches zwischen beiden Ländern, der so lebhaft ist wie nie, trotz der grossen Fortschritte auf dem Wege der Annäherung, der jedermann als höchst vernünftig und wünschenswert erscheint, und obgleich man sich gegenseitig immer besser kennen und immer mehr schätzen lernt.«

In der deutschen Entwicklungsgeschichte Lichtenbergers ist anschaulich und zutreffend das Eindringen der sozialen Klasseninteressen in die Prinzipien und die Taktik der politischen Parteien dargestellt. Die konservative Partei wandelte sich durch den *Bund der Landwirte* in eine agrarische Partei mit christlichen und antisemitischen Tendenzen, die nationalliberale Partei wurde das politische Organ der deutschen Grossindustrie. Nicht gerecht wird Lichtenberger der Bedeutung der Sozialdemokratie für die brennende Frage der Demokratisierung Deutschlands. Und das erklärt sich aus seiner irrigen Grundvorstellung von dem Wesen dieser Partei, in der er immer noch einen starken philosophischen Utopismus arbeiten sieht, obwohl er selbst nicht die zunehmende praktische Tätigkeit der Sozialdemokratie verkennt. »Er [der Sozialismus],« schreibt Lichtenberger, »beschränkt sich mehr und mehr auf eine rein praktische Aufgabe: die Organisation des Proletariats zum Klassenkampf, die friedliche Eroberung der Macht mit Hilfe des Stimmzettels und der Propaganda des Gedankens.« Diese von praktischen Aufgaben ganz erfüllte sozialdemokratische Partei hat bei dem Absterben des deutschen radikalen Liberalismus auch

die grosse historische Mission einer wurzeltiefen Demokratisierung der politischen Institutionen Deutschlands zu erfüllen.

Das Lichtenbergersche Buch wird den Franzosen trefflich das Verständnis für die Entwicklung und das Wesen der deutschen Einrichtungen vermitteln, aber auch der gebildete Deutsche dürfte aus diesem Buche noch vieles lernen.

× **Berliner Arbeiterbewegung** Die *Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung* Edward Bernsteins /Berlin,

Buchhandlung *Vorwärts!* ist im wesentlichen eine Geschichte der Berliner Sozialdemokratie. Und eine derartige Geschichte lag ja auch ganz in der Absicht Bernsteins. Er nennt zwar seine Arbeit bescheiden nur ein Kapitel zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, in Wirklichkeit schreibt er aber die Hauptkapitel einer Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Das gilt namentlich für seine historische Darstellung des Kampfes der gewaltigen *anonymen Masse* gegen das Polizeibüffel- und Spitzeltum des Ausnahmegesetzes. An vielen Stellen seines Werkes strebt aber Bernstein über den Rahmen einer sozialdemokratischen Parteigeschichte hinaus. Jene aber werden den Kulturhistoriker am stärksten fesseln, denn Bernstein lässt ihn tief in die Lebensverhältnisse des vormärzlichen Arbeiters hineinblicken. In den Lohnverhältnissen des Arbeiters des Jahres 1848 spricht sich die ganze Enge der sozialen Verhältnisse des Proletariats der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts aus. Die von Bernstein wiedergegebenen Reden Berliner Arbeiter der Märztage atmen zum Teil noch den Dunst der kleinmeisterlichen Werkstatt. Bernstein braucht nur die ersten Kapitel seines Werkes durch einige Züge aus dem familiären und sozialen Leben des Berliner Proletariats zu ergänzen, und wir haben den leibhaftigen Berliner Arbeiter der Märztage in seinem ganzen äusseren und inneren Leben vor uns. Gerade das Bernsteinsche Werk regt uns immer wieder zu den Fragen an: Wie wohnte der Berliner Arbeiter der Märztage, hauste er noch in der Familie des Meisters, wie gestaltete er seine materielle und geistige Bedürfniswelt? Dem sozial-kulturellen Moment in der Geschichte der Berliner Arbeiterschaft wird Bernstein jedenfalls in dem 3. Bande seines Buches noch eine grössere Bedeutung beimessen als in den

vorhergehenden Bänden. Bernstein widmet mit Recht der kulturellen Schöpfung der Berliner Arbeiterschaft, der Berliner *Freien Volksbühne* bereits einige Seiten. Kulturhistorisch treten gerade die Wandlungen in der Lebensweise, in den geistigen Bedürfnissen des Berliner Arbeiters in den Vordergrund. Der heutige Berliner Arbeiter, der seinen Sonntag im Kiefernwalde zubringt, der sich durch eine Ibsenvorstellung der *Freien Volksbühne* anregen lässt, ist doch eine ganz andere geistige Persönlichkeit als der Arbeiter der siebziger Jahre des verflossenen Jahrhunderts, der sich im dunstigen Raume der *Budike* herumdrückte und der durch die mangelhafte Entwicklung der Berliner Verkehrsmittel von dem erhebenden Naturgenuss ausgeschlossen war. Wie reizvoll wäre eine Untersuchung über die Erweiterung des geistigen Horizontes des Berliner Arbeiters, eine Erweiterung, die ja treu der wachsende Inhalt der Berliner sozialdemokratischen Zeitungen widerspiegeln muss!

× **Kurze Chronik** Am 8. Mai feierte die Handelskammer Frankfurt a. M. ihr 100jähriges Bestehen. Zu ihrem Jubiläum gab sie eine umfangreiche *Geschichte der Handelskammer zu Frankfurt a. M. 1707 bis 1908, Beiträge zur Frankfurter Handelsgeschichte* /Frankfurt a. M., Baer/ heraus. In dem Werke rollt sich ein grosses Stück der wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Geschichte der Stadt Frankfurt a. M. ab. Und mit dieser Geschichte verknüpft sich aufs innigste die Geschichte der Probleme, die sich dem deutschen Volke auf dem Gebiet der Handels- und Gewerbepolitik während zweier Jahrhunderte aufdrängten. × Zur 75. Wiederkehr des Hambacher Festes bereitete Wilhelm Herzberg eine grössere Arbeit *Das Hambacher Fest, Geschichte der revolutionären Bestrebungen in Rheinbayern um das Jahr 1832* /Ludwigshafen, Gerisch/ vor. Bei dieser Arbeit schlossen sich ihm die klaffenden Lücken der sonstigen Geschichtsschreibung über jene bedeutungsvolle demokratische Kundgebung auf; seine auf Quellenstudium gestützte Schrift sucht sie auszufüllen.

× **Literatur** Aus der historischen Arbeit Dr. Adolf Werners *Die politischen Bewegungen in Mecklenburg und der ausserordent-*

liche Landtag im Frühjahr 1848 /Berlin, Rothschild/ tritt besonders klar die umwälzende Macht des 18. März auf die politischen Geschicke der norddeutschen Einzelstaaten hervor. Dr. Werner zitiert folgende charakteristische Stelle aus dem Tagebuch des Grossherzogs Friedrich Franz II.: »Ich hatte bisher gesucht, das monarchische und ständische Prinzip zu retten. Im Gegensatz zu letzterem erschien mir das konstitutionelle ungeeignet, weil in der Theorie falsch und in der Praxis nicht hinlänglich bewährt. Durch Gewalt gedrängt, war ich entschlossen, den Andringenden mich oder die Konstitution zur Wahl zu stellen. Da kam die Proklamation des Königs [von Preussen] vom 18., der Kampf in der Nacht auf den 19.! Das alte System war gefallen, das konstitutionelle hatte gesiegt. . . . Bei den Wahlen zur Frankfurter Nationalversammlung bekundeten die mecklenburgischen Tagelöhner einen gesunden Klasseninstinkt: »Die Grossgrundbesitzer«, so schreibt Dr. Werner, »schnitten also schlecht ab bei der Wahl; da die Tagelöhner es für die Hauptaufgabe der Abgeordneten ansahen ihre Lage zu verbessern und die Gutsherren nicht dafür geeignet hielten, hatten sie auch nur ausnahmsweise Gutsbesitzer zu Wahlmännern gewählt.« X In seiner *Urgeschichte der Ehe* /Stuttgart, Franckh/ bekämpft F. von Reitzenstein die Westermarcksche Ansicht, dass die Monogamie die Urform der Ehe sei. Das wahre monogamische Verhältnis habe die Liebe nur ein rein körperlicher Drang. Von ehelosen Zuständen zur Ehe und in dieser von der Vielweiberei zur Einweiberei ist die Menschheit nach Reitzenstein emporgestreckt. Erst nach und nach erwächst aus der physischen Liebe die psychische, »die Trägerin höherer Beziehungen zwischen den beiden Geschlechtern und die Hauptgrundlage für die Monogamie, insbesondere für deren edelste Form, die freie Ehe«.

KUNST

Dichtkunst / Max Hochdorf

Hermann Als vor zwei Jahren der Roman *Jettchen Gebert* des Georg Hermann erschien, da konnte ich schon auf die

zarte Begabung des Schriftstellers hinweisen, der im stande ist in die duftlosen Dinge unseres Lebens ein poetisches Dasein zu zaubern; ich sagte aber schon damals, dass Georg Hermann einer Hauptperson seines Werkes, dem liebenden Dichter Kössling, nur ein blosses und verwehendes Wesen eingegeben hat, dass er solchen Typus nicht genügend kannte und deswegen auch nicht plastisch formen konnte. Nun ist der 2. Band des Romans erschienen, der das Geschick der Jettchen Gebert bis zu ihrem frühen, aber notwendigen Selbstmord schildert. *Henriette Jacoby* /Berlin, Fleischel/ betitelt er sich. Die Jungfrau Gebert hat sich von dem aufgezwungenen Gatten zu trennen, und in der neuen Erzählung ist es ein lieblicher Zug, dass sie selbst in solch lautes, vielleicht auch unsauberes Geschäft fast gar nicht verwickelt wird. So bleibt ihre rührende Schönheit, manchmal wohl eine zu rührende, gekünstelte und in Empfindung etwas überschwengliche, rein und rosig. Aber während Jettchen spielend aus den legitimen Verhältnissen erlöst wird, spinnen sich um sie Schicksale, die der Dichter mit geübter, für den Betrachter des Technischen sehr angenehmer Hand wob. Der Liebhaber Kössling wird immer mehr von ihr entzückt. Der Dichter hat ihn zu sehr ins Schattenhafte entfernt und dadurch einen Hauptspieler des Dramas zum Schaden der vollständigen Harmonie ausgeschaltet. Der nur geschriebene, nicht gesehene Kössling hat einen heftigen Nebenbuhler im Onkel Jason, dem ständigen Beschützer des holden Jettchen. Diese Figur ist ihrem Schöpfer wohl vertraut, und so hat er diesen Onkel und dem heimlichen Wachsen seiner Neigung das Beste gewährt, das er aus einem bewegten Gemüt holen konnte. Jettchen und Jason müsste die stille Liebesgeschichte heissen, derontwegen das Buch seinen ernsthaften Wert erhält. Sonst ist alles Klang, Nachhall in der zweiten Geschichte, durch die als klug und herzlich erlebte Episode des Hinstorben zweier Eheleute im greisen Alter gewirkt ist. Dann aber kommt ein Ende, das noch ans Ende der nicht gewünschten Romanschlüsse streift, das viel schwächer, viel gewöhnlicher ist als alles Vorherige. Und doch, wenn man noch einmal den ganzen Roman überdenkt, der sich die Liebe, das Gerede und das Geld der Massen gewann, dann muss man den Erfolg des Verfassers ehrlich erworben

heissen. Er ist einer, der gewissenhaft, ernst und liebend an den Menschen vorübergeht. Es liegt in seinem Leben und in seinem Temperament begründet, dass er nur in einen einzigen Kreis von Menschen gelangte, dass sein Verständnis für Schicksale der Seelen sich nicht sehr verzweigen, nicht sehr ausdehnen konnte. Die Welt aber, in die er sich vertiefen durfte, hat er begriffen und ihr Wesen behorcht.

×
Romane

×

Hermann ist ein subjektiver Schriftsteller, der mit seinen Menschen redet, der sie verteidigt und sie schilt, der uns von vornherein sagt, wohin unsere Freundschaft gleiten soll. Und wie er sein Bestes schafft, indem er die Wesen und das Walten einer behäbigen, versunkenen Welt von neuem belebt, so ist auch sein Stil dem breiten, überreichen Stil des Biedermeiers angepasst. Es muss aber in tausend Herzen die Stimmung für solche urgrossväterliche Rhetorik schlummern, da tausend Herzen von ihr innig berührt werden. Wenige — aber nicht die schlechtesten — Herzen dürften vorbereitet sein, um das Klingen in der Kunst des Grafen Eduard von Keyserling zu hören. Dieser wahre Dichter hat ein grosses, hier schon oft gerühmtes Talent. Seine Objektivität, seine Raffiniertheit, die sich mit Schlichtheit paart: all das ist ungewöhnlich; und wenn man bedenkt, dass er jetzt, schwer leidend, ein dünnes, aber durchaus gutes Werklein dichtet, dann muss man hochzufrieden sein. *Dumala* heisst der Roman /Berlin, S. Fischer/. Der Pastor von Dumala, der gerade und gesund ist und doch unbewusst die Enge empfindet und sehnsüchtig über die Mauer sieht, hat eine heimliche Liebe zur adligen Gutsherrin. Die Gutsherrin hat einen rückenmarkschwindsüchtigen Gemahl, einen sie anbetenden Pagen und einen welt erfahrenen, zugreifenden Patron von Liebhaber. Mit diesem brennt sie durch. Sie leidet hierbei Schiffbruch, und nachdem der Gemahl der schmerzenden Glieder auf die Bahre gestreckt hat, kommt sie zur Verwunderung einer hocharistokratischen Sippschaft zur Trauer. Alle sind der Frau fremd. Nur der Page schwört in sich auf ihre Grösse, und der Pastor fühlt mit ihr. Aber all diese Schicksale werden nicht etwa geklärt, sondern jeder geht weiter mit seinem Schmerze, mit seiner Sehnsucht, mit seinem Hochmut, auch mit seiner Dumm-

heit. Der Dichter denkt nie daran persönlich in den Gang der Dinge einzugreifen. Objektiv und abwartend verharret er, und wir sehen weder seine Freude noch seine Tränen. Keyserling ist ein karger und ein keuscher Dichter. Es scheint, dass die Dichter gezwungen sind wieder auf die Objektivität und die Menschenforschung zurückzugehen. Denn sie werden viel zu persönlich in ihrem gegenwärtigen Schaffen. Sie werden, um es rund heraus auszudrücken, zu grossen Dandies. Indem sie nur sich selber lieben, verehren, besingen und kennen, wächst der Subjektivismus ins Masslose. Sie verlernen die Welt, und ihr weltfremdes Schreiben ist langweilig, öd und geschwollen. *Hagia Hybris* sagt einer von ihnen, Hanns Flöerke /München, Georg Müller/, und in seinem Zorn, der eine ganz profane, gar nicht geweihte Überheblichkeit ist, zieht er gegen moderne Erziehungskunst in einem Erziehungsroman zu Felde. Den Grund der Bildung empfängt der Jünger des Buches in der Einsamkeit. Früher waren die Robinonaden des Handwerks in Mode, heute sind es die Eremitengeschichten der Ästhetiker. Aber das ist eben ihr Fehler, dass sie vermeinen Dichter zu werden, wenn sie nur träumen. Dichter, die uns heute etwas sein sollen, müssen vor allen Dingen sehen. Das kann er nicht. Sein *Buch des Zorns und der Weltliebe* gilt daher wenig.

Wie anders wirkt zum Beispiel der Sohn Peter Roseggers auf uns, H. L. Rosegger! Er ist jetzt schon mehr als sein Vater, obwohl er die Feder erst eintaucht. Er liess einen Tagebuchroman *Die Verbrecherkolonie* /Zehlendorf, Krüger/ erscheinen. Die einzelnen Menschen sind darin voll von Leben. Vor allen Dingen dieser Einsiedler, der an Verbrechern, an einer traurigen Geliebten, an einer erst leichtfertigen, dann sehnsüchtig resignierten Frau seine schöne Menschlichkeit übt.

Noch ein Grazer Poet, Wilhelm Fischer, ist zu loben, nicht wegen seiner Phantasie, auch nicht wegen seiner Gestaltungskraft, sondern wegen seiner lieben herzlichen Art in die Menschen hineinzureden und die Menschen reden zu lassen. Sein letzter Roman *Sonnenopfer* /München, Georg Müller/ schildert das Absterben einer alten Zeit, das Herauskommen einer neuen. In der alten stehen die innigen, individuellen Menschen, in der neuen die flattrigen, die leichten. Tod und auch Liebe webt in

diesen Ereignissen, die nicht immer ganz neu, vielleicht auch ein wenig zu lehrhaft gruppiert, die aber schliesslich Erzeugnisse eines Dichterhirnes sind.

Als ein solches kann man die Arbeit des geistreichen Journalisten Alexander Ular, den wirklich spannenden Roman *Die gelbe Flut* /Frankfurt a. M., Rütten & Loening/ freilich nicht bezeichnen. Aber geschickt geschrieben ist das Buch. Nur an wenigen Stellen wird dieser gute Stilist töricht. Meist charakterisiert er sehr gut, sehr gewandt, sehr eindrucksvoll, fast künstlerisch, die Chinesen, ihren Kampf gegen die Grossunternehmer Europas, die Passionen der modernen Welt-erobrer. Selbst wenn man das Lockende der Exotik abzieht, bleibt eine sehr achtungswerte Arbeit.

Feiner und zarter ist dann schliesslich noch der dänische Roman des Karl Larsen. *Eine alltägliche Ehegeschichte* /Stuttgart, Juncker/. Es ist an diesem Buche der Vorzug, dass leis und vorsichtig ein Ehebruch vorbereitet wird, der am Ende doch nie geschieht. Mir scheint diese Wendung eine starke Seelenerkenntnis, und der Schriftsteller, der sie fand, ein nicht wenig Begabter.

× **Kurze Chronik** Ein Lyriker, der mit edlem Fleiss und ernster Schönheitsliebe der Kunst diene, der nicht neue Wege wies, aber auf alten sicher und liebenswert ging, ist mit dem Prinzen Emil von Schönau-Carolath gestorben. × Der Russe Ossip Dymow hat seine Alltags-tragödie *Nju*, von der bereits in der Rubrik *Bühnenkunst* (pag. 641) die Rede war, als Buch erscheinen lassen /Berlin, Ladyschnikow/. Das sind in novellistischem Dialog fein gesponnene Gespräche zwischen einer Frau, deren Geliebten und dem verlassenen Gatten dieser Frau. Das hat alles viel gut gehörte Seelenmystik, aber es blieb doch im schattenhaften Umriss stecken.

× **Literatur** Ist die Sprache das absolute Mittel des Denkens; ist sie das Werkzeug, das die Gedanken formt und sie hervorwachsen lässt zur logischen Klarheit? Oder ist die Sprache das unbeständige, gefährliche Mittel, das den Gedanken ihre vernünftige Reinheit nimmt und die Menschen verführt, das Absolute, die endgültige Wahrheit bis zur Undeutlichkeit zu verschleiern? Das sind die bei-

den Fragen, die seit dem seligen Monbodo, dem Vorgänger Herders, die Sprachforscher und Sprachphilosophen nicht ruhen liessen. Fritz Mauthner hat in drei Folianten schon zu dem Problem Stellung genommen, und er hat es jetzt wiederum in dem Bändchen *Die Sprache* getan, das in der Sammlung *Die Gesellschaft* /Frankfurt a. M., Rütten & Loening/ erschienen ist. Mauthner ist der leidenschaftlich verteidigten Ansicht, dass die Sprache das lieblichste, der menschlichen Phantasie entspringende Verständigungsmittel unter den Menschen sei. Aber die Sprache ist niemals ein Mittel Dingen der Einsicht und Vernunft ihre absolute Wesenheit nachzuzeichnen. Sie ist dagegen ein herrliches Mittel die Scheinsphäre der Kunst Dinge und ihrer Formen schillern zu lassen. Mauthner ist stolz auf diese Entdeckung, und er ist mit vielem Pathos und vielem Witz auf dem Felde, um seine Entdeckung als eigentlich originär zu rühmen. Das haben ihm einige sehr heisse Enthusiasten, die blindlings glaubten, auch ebenso eifrig bestätigt. Sie haben sogar, Landauer und Saudek zum Beispiel, ein eigenes System Mauthners konstruiert. Die mehr Unterrichteten und ruhiger Prüfenden haben sich gern von Mauthner das Geständnis von der tropischen Pracht der Sprache und ihrer logischen Ohnmacht wiederholen lassen, sie können aber nicht das unerhörte Neue in diesem scharfen Kopfe unbedingt anerkennen. In einem Kapitel über Dichtkunst soll Mauthners Buch aber genannt werden, weil es unterhaltend und klug von den Vorteilen spricht, die unsere Sprache allen poetisch Zeugenden gewährt.

Musik / Hugo Leichtentriff

Russen Diesmal sei die Rede von einer Anzahl ausländischer Kompositionen, über die zu berichten sich früher keine Gelegenheit geboten hatte. Von interessanten russischen Novitäten ist seit Jahren fast in jeder Saison zu referieren. Auch diesmal gab es wieder einiges besonders Bemerkenswerte. Oskar Fried führte in Berlin die hier fast unbekannt 2. Symphonie Borodins auf, eines der besten Werke dieses bedeutenden Meisters, der, gleich einer Anzahl anderer russischer Komponisten, die Kunst nur im Nebenfach, also als Dilettant betrieb. Dieser rassigen, von reichem rhythmischen Leben erfüllten, geistreichen und meisterlich durchgearbeiteten Musik wird

man es aber schwerlich anhören, dass ihr Schöpfer Doktor der Medizin und staatlicher Professor der Chemie war. Borodin gehört zu der älteren Gruppe der russischen Radikalen, die mit aller Macht ein *Los von Deutschland* in musikalischen Dingen erstrebten, die das Russische mit aller Schärfe betonten. Unter den Schöpfern einer spezifisch russischen Musik steht er obenan, neben Mussorgskij, Balakirew und Rimskij-Korsakow. Neben ihnen kommt selbst ein Tschaikowskij trotz seiner Weltberühmtheit als nationalrussischer Komponist nur mit mancherlei Einschränkungen in betracht. Die jüngere jetzt noch wirksame Generation hat zwar die glänzende technische Gewandtheit jener älteren Meister geerbt, steht an Originalität jedoch sehr erheblich hinter ihnen zurück.

Gegenwärtig hört man Werke des Petersburger Konservatoriumsdirektors Glasunow sehr häufig; in diesem Winter wurden hier von ihm aufgeführt die 6. Symphonie (in den Panzer-Konzerten), ein Streichquartett (vom Petersburger Quartett), eine Klaviersonate (von Ossip Gabrilowitsch). Alle Künste einer raffinierten Technik vermögen nun freilich nicht darüber hinwegzutäuschen, dass es sich hier nicht um urwüchsige Kunst handelt, dass nur eine Musik aus zweiter Hand vorliegt. Viel wertvoller war eine Symphonie des jung verstorbenen Kalinnikow, die in ihrer frischen melodischen Erfindung, ihrer charaktervollen Prägung, ihrem fremdländischen, reizvollen Kolorit einen bedeutenden Eindruck hinterliess.

Auch von Rachmaninow hörte man interessante Stücke, besonders sein Klavierkonzert, von ihm selbst mit einer erstaunlichen Vollendung vorgetragen, schlug ein. Vielleicht hat die Kunst des Pianisten an diesem Erfolg sogar mehr Anteil als die des Komponisten.

× Russische Kirchenmusik ×

So sehr nun auch alle diese Russen in ihren Kompositionen sich von der westlichen Musik unterscheiden, russische Musik von reinstem Wasser bieten sie noch viel mehr in ihren Vokalwerken als in den Orchester- und Kammermusikwerken. Diesen Winter hatten wir zum erstenmal Gelegenheit, ein paar Proben neurussischer Kirchenmusik zu hören, die sonst für die westlichen Länder eine Mythe ist. Man bekommt davon trotz grosser Mühe nicht einmal gedruckte

Exemplare zu sehen. Vorgetragen wurde diese seltsame Musik von einer Vereinigung, die ihresgleichen wohl kaum wieder findet, dem Archangelskij Chor. Das Stimmenmaterial dieses Chors ist überwältigend. Besonders die Bässe haben eine fabelhafte Tiefe — sie singen fast eine Oktave tiefer als die unsrigen —, dabei eine Kraft und ein Volumen des Klanges, die hierzulande unbekannt sind. In Reisebeschreibungen ist oft die Rede von dem überwältigenden Eindruck, den der Chorgesang in der Moskauer Kathedrale macht. Dass derartige Schilderungen wohl nicht übertrieben sind, lehrte uns Archangelskij, der auf die Durchbildung seines Chors Jahrzehnte verwendet hat. Nicht nur die absolute Vollendung der technischen Dinge im Chorgesang setzt in Erstaunen. Zu einem aufs reichste nuancierten Vortrag kommt eine Musik, die von unserer Chormusik ganz und gar verschieden ist: eine Musik, die den polyphonen Satz verschmätzt, der uns als das Erstrebenswerteste im vornehmen Chorsatz gilt, eine Musik, die mit meines Erachtens rein instrumentalen Mitteln arbeitet, einer zügellos beweglichen Harmonik, richtiger akkordisch gesungener Begleitung zu solo rezitierter Psalmodie, dynamischen Effekten von ungeahnter Kühnheit. Das Ergebnis: Stücke von seltsamster Beschaffenheit, aber von einer Unmittelbarkeit des Ausdrucks, die ausserordentlich stark wirkte. Da gab es zum Beispiel Stücke, die direkt auf Schreien, Stammeln, Schluchzen gestellt waren und diesen primitiven, elementaren Gefühlsäusserungen bei geringer Stilisierung doch eine starke künstlerische Wirkung abgewannen. Komponisten, wie Gretschaninow, der schon genannte Kallinikow, Lwowskij, Kastalskij, Archangelskij, Naprawnik, und andere waren vertreten.

× Amerikaner ×

Was aus anderen Ländern kam, war nicht so sehr von Belang. Eine Serenade für Blasinstrumente des Amerikaners Arthur Bird war immerhin ein recht gutes Stück, doppelt annehmbar, wenn man an die Kargheit der Literatur für Blasinstrumente denkt.

Ein *homo novus* aus Amerika, Henry Hadley, stellte sich mit grossen Werken vor, einer Symphonie, einer Tondichtung *Salome* nach Wilde und anderm. Man merkte solides Können, erhebliches Talent, indessen fehlt es, wie

fast immer bei diesen Angelsachsen an Persönlichkeit.

Ossip Gabrilowitsch spielte das opus 2 eines jungen Amerikaners, Daniel Mason, eine Elegie in Variationenform, in der sich ungewöhnliche Begabung und sehr ansehnliche Satzkunstkundgeben. Sicherlich eine der gehaltvollsten Klavierkompositionen der letzten Jahre.

×
Belgier

Der Dirigent der Ostender Symphoniekonzerte, Léon Rinskopf, gab in Berlin ein Orchesterkonzert mit belgischen Kompositionen. Das Hauptstück war *La Mer* von Paul Gilson, vom Komponisten als *esquisses symphoniques* bezeichnet. Diese Komposition hat vor etwa 15 Jahren den Ruf des jungen Gilson begründet und hat ihren Weg in die Symphoniekonzerte aller Länder gefunden. Damals erregte sie Aufsehen, galt als vielversprechend, als kühn und neu, heute wirkt sie äusserlich, geräuschvoll, leer, theatralisch. Man fragt sich verwundert, was wohl damals so stark für das Werk einnahm. Parallelen zu diesem Fall sind neuerdings in der Literatur und Malerei häufiger gewesen als gerade in der Musik.

Aber auch das machte hier wenig Eindruck, was die in Belgien gefeierten Jan Blockx, Edgar Tinel zu sagen hatten, dieser in seiner Ouvertüre zu der dramatischen Legende *Godoleva*, jener in einer ziemlich groben Karnevalsmusik aus der Oper *Princesse d'Auberge*. Von den Belgiern fesselte mich am stärksten Théophile Ysaye, der Bruder des berühmten Geigers mit einer Phantasie über ein wallonisches Thema, und diese Komposition war überdies noch bis in die Fingerspitzen pariserisch.

×
Kurze Chronik Im Berliner Opernhause

wurde mit mässigem Erfolge E. N. von Resnais' musikalisches Lustspiel *Donna Diana* aufgeführt, eine Oper, die schon vor etwa 15 Jahren über deutsche Bühnen ging. × Die Leitung der Symphoniekonzerte der Berliner königlichen Kapelle hat Dr. Richard Strauss übernommen, nach einem Interregnum, das seit Weingartners plötzlichem Weggang ausgefüllt war durch Hofkapellmeister Blech aus Berlin, Generalmusikdirektor Schuch aus Dresden und hauptsächlich Kapellmeister Laugs aus Hagen.

×

Literatur

Zur Wagnerliteratur gehört das gemeinsame Werk der Herren Eduard Fuchs und Ernst Kreowski *Richard Wagner in der Karrikatur* /Berlin, Behr/. Auch aus der Gegnerschaft, die ein Künstler fand, aus der Leidenschaftlichkeit, mit der er bekämpft wurde, ergibt sich schliesslich ein Massstab für seine Grösse. So gibt also auch das Thema *Wagner als Zielscheibe des Spottes* mancherlei Aufschluss über den Gang der Wagnerbewegung, über die merkwürdige Persönlichkeit dieses Musikers, über die Heftigkeit des Kampfes, der damals um die neue Kunst tobte. Eine Fülle von Abbildungen aus den Witzblättern jener Jahre ist über das Buch verstreut, und darunter sind nicht wenige, die als Kunstwerke eine eingehendere Betrachtung wohl verdienen. Die Sammlung und Auswahl der Zeichnungen besorgte Fuchs. Kreowski schrieb dazu einen ausführlichen Kommentar, der sich nicht auf die Erörterung der Zeichnungen beschränkt sondern ausgiebige Seitenblicke in die Biographie tut. Der Ton ist freilich zuweilen sehr unangebracht und manche Polemik ist stark veraltet. Das Ganze ist ein ebenso unterhaltsames wie in mancher Hinsicht lehrreiches Buch und sei deswegen der Beachtung empfohlen. × Das *Klavierbuch* Walter Niemanns /München, Callwey/ will, wie der Untertitel besagt, eine *kurze Geschichte der Klaviermusik und ihrer Meister, des Klavierbaues und der Klavierliteratur* sein. Zwei bedeutende, umfangreiche Bücher gibt es über dieses Thema, Seiffert-Weitzmanns *Geschichte der Klaviermusik*, eine durch ihre einsichtige Quellenforschung grundlegende Behandlung der älteren Zeit, und Oskar Bies *Klavier und seine Meister*, was die ästhetische Betrachtung und die Schreibweise angeht, eines der besten Bücher über Musik. Niemanns kleines Buch steht mit keinem der genannten Werke auf gleicher Stufe, hat aber gleichwohl seinen Wert, indem es ein zuverlässiger, kenntnisreicher, eindringlicher Berater ist, den jeder Liebhaber der Klaviermusik bei Gelegenheit wohl mit Nutzen befragen wird. Insbesondere die Kapitel über die ausländische Klaviermusik und über die kleineren Klaviermeister in der Gefolgschaft der Romantiker Mendelssohn, Schumann bringen manche feine Bemerkung über zu Unrecht vergessene oder bei uns noch ganz unbekanntes Klaviermusik.

×